



Landespräventionsrat
Brandenburg

Offensiv
für Sicherheit

GEWALT
BERLIN GEGEN
GEWALT

Berliner Forum Gewaltprävention in Zusammenarbeit mit dem Landespräventionsrat Brandenburg

FACHTAG
GEGEN RECHTSEXTREMISMUS
KOMMUNALE NETZWERKE, BERATUNG,
BILDUNG UND AUFKLÄRUNG
12. JUNI 2013



Landespräventionsrat
Brandenburg

Offensiv
für Sicherheit

GEWALT
BERLIN GEGEN
GEWALT
Landeskommission
Berlin gegen Gewalt


LAND
BRANDENBURG
Ministerium des Innern

be  **Berlin**

Landeskommission
Berlin gegen Gewalt

Landespräventionsrat
Sicherheitsoffensive
Brandenburg

Dokumentation des Berlin-Brandenburger
„Fachtages gegen Rechtsextremismus/Kom-
munale Netzwerke, Beratung, Bildung und
Aufklärung“ am 12. Juni 2013 in der Staats-
kanzlei Potsdam

Impressum

Berliner Forum
Gewaltprävention

Das BFG erscheint
unregelmäßig.

Es wendet sich an
Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter
von Institutionen,
Verwaltungen,
Verbänden und an
die interessierte
Öffentlichkeit als
Forum zur Diskussion
und Information über
Prävention.

Herausgeberin:
Landeskommission
Berlin gegen Gewalt
Vorsitzender:
Staatssekretär
Andreas Statzkowski
Senatsverwaltung für
Inneres und Sport

Klosterstr. 47,
10179 Berlin-Mitte

Telefon:
(030) 90223 - 2913
Telefax:
(030) 90223 - 2921

E-Mail:
berlin-gegen-gewalt@
seninnssport.berlin.de

Internet:
berlin-gegen-gewalt.de

Inhaltsverzeichnis

Rudolf Zeeb Staatssekretär im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg Grußwort und Eröffnung des Fachtages	8
Andreas Statzkowski Vorsitzender der Landeskommission Berlin gegen Gewalt, Staatssekretär für Sport und Verwaltung Grußwort	11
Prof. Dr. Dietmar Sturzbecher / Jana Voigt Entwicklung kommunaler Strategien gegen Extremismus (EKSE)	15
Dr. Michael Kohlstruck Forschungsberichte zum Thema „Vorurteilsmotivierte Gewalt und Möglichkeiten ihrer Prävention“	24
Dr. Christoph Kopke / Gebhard Schultz Feindbild Polizei – wie reden Rechtsextreme über die Polizei?	32
Uwe Steinbeiß / Thomas Weidlich Ohne Blaulicht – Feuerwehr ist mehr als Retten, Löschen, Bergen, Schützen	44
Sascha Quäck KomPakt – Entwicklung von Kooperationsformen zwischen Kommune, Polizei und Zivilgesellschaft	49
Eva Prausner Lichtblicke: ElternStärken – Beratung, Vernetzung, Fortbildung zum Thema Familie und Rechtsextremis- mus	56
Sabine Ritter Initiative „Handeln Statt Wegsehen“ - Antirassistisches Engagement in Betrieben, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)	59
Dr. Silke Wolf Verfassungsschutz als Demokratiedienstleister	61

Redaktion:
Ute Violet, Ingrid Luzie
Haller, Markus Hinz,
Martin-Erich Mürre

Die Redaktion behält
sich vor, eingereichte
Beiträge zu kürzen.
Für die namentlich
gekennzeichneten
Beiträge übernehmen
die Autorinnen und
Autoren die volle
Verantwortung
im Sinne des
Pressegesetzes.

Nachdrucke sind nur
mit Quellenangabe
gestattet und bedürfen
der Zustimmung der
Autorin oder des
Autors.
ISSN 1617 - 0253

V.i.S.d.P.:
Ute Violet

Nr. 49
2013, 14. Jahrgang

Druckauflage:
3.000 Exemplare

Druck:
MOTIV OFFSET
Druckerei

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	66
Veröffentlichungen der Landeskommission Berlin gegen Gewalt	68

GEWALT
BERLIN GEGEN
GEWALT

Veranstaltung





Rudolf Zeeb

Grußwort und Eröffnung des Fachtages „Gegen Rechtsextremismus“

Sehr geehrter Herr Statzkowski,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Berliner und Brandenburger Praxis- und Forschungsprojekte, sehr geehrte Damen und Herren,

in Vertretung des Innenministers des Landes Brandenburg und Vorsitzenden des Landespräventionsrats Brandenburg, der gemeinsam mit der Landeskommision Berlin gegen Gewalt diese Veranstaltung organisiert hat, darf ich Sie recht herzlich zu unserem länderübergreifenden Fachtag „Gegen Rechtsextremismus: Kommunale Netzwerke, Beratung, Bildung und Aufklärung“ hier in Potsdam begrüßen.

Am 29. Mai diesen Jahres jährte sich das folgenschwerste ausländerfeindliche Verbrechen der deutschen Nachkriegsgeschichte zum 20. Mal: Der Brandanschlag von Solingen. Am 29. Mai 1993 zündeten vier junge Männer aus rechtsextremen Motiven ein von Menschen türkischer Abstammung bewohntes Haus an.

Fünf tote Frauen und Mädchen durch die Brandstiftung junger Neonazis. Eine 27-jährige Frau sprang mit ihrem Kind im Arm vor den Augen der Feuerwehr in den Tod, eine 18-Jährige und drei Mädchen im Alter von vier bis zwölf Jahren erstickten und verbrannten in den Flammen. Acht weitere Menschen wurden schwer, zum Teil lebensgefährlich verletzt. Darunter ein sechs Monate alter Säugling und ein dreijähriges Kind. Ein 15-jähriges Opfer des Anschlags erlitt schwerste Verbrennungen und musste sich seither 30 Operationen und Hauttransplantationen unterziehen.

Dieser Anschlag erschütterte Deutschland und die Welt.

Die vier jungen Täter wurden bereits nach wenigen Tagen ermittelt und wegen Mordes zu langen Haftstrafen verurteilt. Zwei der jungen Täter passen dabei genau in die allgemeinen Vorstellungen über rechtsextreme Gewalttäter: vorbestrafte rechtsextreme Jugendliche mit zerrüttetem Elternhaus, frühzeitig gewaltauffällig, der braunen Szene zugehörig. Die zwei anderen Täter aber nicht: Einer wuchs in einer Handwerkerfamilie auf, der andere entstammt einer Arztfamilie.

Dies zeigt, dass Rechtsextremismus kein Problem am Rand unserer Gesellschaft ist. Dies war damals nicht so und auch heute hat sich daran nichts geändert. Rechtsextreme Einstellungen sind weit verbreitet und finden sich in allen Teilen unserer Gesellschaft. Rekrutierungsprozesse finden auch mitten in der sogenannten Bürgerlichen Gesellschaft statt.

Der Solinger Anschlag war 1993 der Höhepunkt einer ganzen Welle fremdenfeindlicher, rassistischer Anschläge in Deutschland. Auch Brandenburg war in dieser Zeit wegen zahlreicher rechtsextremistischer Vorfälle bekannt und verrufen. Seither hat sich viel getan, sehr viel sogar.

Brandenburg hat heute im Kampf gegen den Rechtsextremismus für viele Vorbildcharakter. Es ist der Verdienst eines lang anhaltenden und breiten zivilgesellschaftlichen Engagements, dem Zusammenwirken von Kommunen, Initiativen, Bürgern und staatlichen Stellen, dass wir in Brandenburg viel erreicht haben. Alten und neuen Nazis bläst in Brandenburg der Wind ins Gesicht.¹

Am 18. Mai diesen Jahres veranstalteten Rechtsextreme in Finowfurt im Barnim ein Neonazi-Konzert. Rund 650 Neonazis aus ganz Deutschland reisten an. Hunderte Menschen haben an diesem Tag friedlich gegen das Spektakel protestiert. Es begann mit einer Ansprache von Pfarrer und Ortsvorsteher in der Konzerthalle Finowfurt, über eine Filmvorführung bis hin zu einem Protestzug zum Konzertgelände mit dem Motto „Den Nazis den Stecker ziehen“. Dazu hatten die Initiativen „Finowfurt Nazifrei“ und „Bunte Schorfheide“ gemeinsam aufgerufen. Unterstützung kam zudem von den Mobilen Beratungsteams und dem Toleranten Brandenburg. Auch zahlreiche Politiker gingen mit auf die Straße. Dadurch wurde jedem Konzertteilnehmer klar – sie sind in Brandenburg nicht willkommen. Auch die Brandenburger Polizei war mit Unterstützung anderer Landespolizeien und der Bundespolizei im Einsatz. Letztlich musste durch sie das Konzert aufgelöst werden, nachdem Teilnehmer zuvor wiederholt den Hitlergruß gezeigt hatten.

Es gilt, dieses breite Engagement in Brandenburg zu erhalten und fortzuentwickeln. Darum treffen wir uns heute. Denn Prävention von Rechtsextremismus braucht neben Initiative und Engagement auch Diskussion und Forschung. Es kommt nicht nur auf das „ob“, sondern auch auf das „wie“ an.

Ein solches Engagement darf oder vielmehr muss auch Forderungen an die Politik und die Gesellschaft als Ganzes erheben. Es muss klare Antworten auf Fragen erwarten können, die für den Kampf gegen den Rechtsextremismus bedeutsam sind. Als Beispiel hierfür möchte ich auf das jüngst vom Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam begonnene Projekt „Überprüfung umstrittener Altfälle ‚Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt‘“ verweisen. Es geht in diesem Projekt um jene Tötungsverbrechen, bei denen bis heute nicht geklärt werden konnte, ob ihnen rechtsextremistische, rassistische oder fremdenfeindliche Motive zugrunde lagen.

Wie Sie wissen, gibt es eine große Differenz zwischen den von der Polizei nach den jeweils geltenden Kriterien gezählten Todesopfern und den Zählungen von Medien, Opferschutzeinrichtungen sowie Opferhilfevereinen für unser Bundesland. Die Differenz von 9 Opfern in den „offiziellen“ Statistiken zu 32 in den „inoffiziellen“ Zählungen ist dabei so groß wie in keinem anderen Bundesland.

Im Zusammenhang mit der NSU-Mordserie prüfen unsere Sicherheitsbehörden selbstverständlich alle ungeklärten Tötungsverbrechen auf mögliche rechtsextremistische Bezüge, darunter auch die Fälle der sogenannten „Opferliste“.

Wir gehen in Brandenburg jedoch mit dem Projekt noch einen Schritt weiter. Jeder Fall der „Opferliste“ wird nun umfassend und mit großer Sensibilität durch externe Forscher geprüft. Das Projekt, für das engagierte und renommierte Wissenschaftler des Moses Mendelssohn Zentrum gewonnen werden konnten, wird unter Einbindung weiterer staatlicher wie auch gesellschaftlicher Partner versuchen, alle relevanten Aspekte in die Betrachtung der Fälle mit einzubeziehen

¹ Zitat aus Rede „Zivilcourage und der demokratische Rechtsstaat“ von Minister Woidke vom 19. April 2012

und so einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens zu erreichen. Dieser ist in diesem hochsensiblen Feld von besonderer Bedeutung. Wir sind es den Opfer und Angehörigen schuldig, Zweifel am „Warum“ der Taten möglichst auszuräumen.²

Unser Fachtag widmet sich der Prävention von Rechtsextremismus. Er will Wissen vermitteln, mit dem schon die ideelle Grundlage solch schrecklicher Taten bekämpft werden kann. Denn die hasserfüllte Propaganda des Rechtsextremismus geht der Gewalt voraus wie der Blitz dem Donner.³ Der Fachtag stellt die Frage nach funktionierenden und auch in Zeiten knapper Ressourcen praktikabler Ansätze, um Rechtsextremisten auf verschiedenen Ebenen unseres täglichen Lebens entgegenzutreten und lädt ausdrücklich auch zur Diskussion darüber ein.

Ich empfinde dies als einen wesentlichen Baustein, um das von mir hervorgehobene breite Engagement in Brandenburg in seiner Wirksamkeit zu erhalten, weiterzuentwickeln und damit auch in Zukunft zu sichern.

Wir müssen gemeinsam wachsam bleiben und dürfen keinen Deut nachlassen, wenn es darum geht, sich mit den Zielen und dem Handeln von Rechtsextremisten auseinanderzusetzen und ihnen – ganz gleich an welcher Stelle – eine klare Abfuhr zu erteilen.⁴

Ich wünsche Ihnen Allen auf unserem heutigen Fachtag anregende Gespräche und einen reichen Erkenntnisgewinn!

² Nach Pressemitteilung MI Nr. 019/2013 vom 11.03.2013

³ Zitat aus Pressemitteilung MI Nr. 036/2013 vom 14.05.2013

⁴ Zitat aus Pressemitteilung MI Nr. 019/2013 vom 11.03.2013

Grußwort zum Fachtag gegen Rechtsextremismus

Sehr geehrter Herr Zeeb,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Berliner und Brandenburger Praxis- und Forschungsprojekte,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, dass der Präventionsrat Brandenburg und die Landeskommision Berlin gegen Gewalt den heutigen Fachtag gegen Rechtsextremismus gemeinsam veranstalten und übernehme es gerne, ein Grußwort zu Ihnen zu sprechen.

Der Rechtsextremismus mit seinen Ursachen und Erscheinungsformen wird in Berlin und Brandenburg sehr ernst genommen und die Kooperation unserer beiden Länder ist auch auf diesem Gebiet sehr wichtig. Wie bei unserer gemeinsamen Kinderschutzschutzkampagne hoffe ich auch hier auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Es gibt in Berlin und Brandenburg zahlreiche Initiativen, Projekte und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus. Einige von ihnen werden heute vorgestellt und die Projektverantwortlichen freuen sich auf den Austausch mit Ihnen.

Meine Damen und Herren, das Phänomen Rechtsextremismus ist vielschichtig und heterogen. Zu ihm gehören unterschiedliche Ursachen, Inhalte und Aktivitäten, gegen die auf allen Ebenen des politischen und gesellschaftlichen Lebens mittels Prävention und Intervention vorgegangen wird.

Auf welche Ursachen lassen sich nun aber rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen zurückführen?

Erklärungsansätze gibt es viele. Genannt seien hier exemplarisch: eine unzureichende persönliche Identität und Wertschätzung, ein Mangel an Selbstwert, das Bedürfnis nach Zugehörigkeit und Kontrolle, aber auch wirtschaftliche und existentielle Ängste, die durch Arbeitslosigkeit oder den drohenden Verlust des Arbeitsplatzes ausgelöst werden können.

Die Erforschung der Ursachen des Rechtsextremismus eröffnet wichtige Ansatzpunkte für die Bildung, Beratung und Aufklärung, die auch vom heutigen Fachtag verfolgt werden.

Außerdem ist die Ursachenkenntnis notwendige Voraussetzung für präventive, möglichst früh in der Entwicklung junger Menschen ansetzende Gegenmaßnahmen. Denn auch die rechtsextremen Organisationen und Parteien versuchen bereits sehr frühzeitig über zunächst unpolitisch erscheinende Aktivitäten junge Menschen an rechtsextremistisches Gedankengut heranzuführen.

Deswegen bemüht sich Berlin zusammen mit den anderen Bundesländern um ein Verbot der NPD und tut alles für seinen erfolgreichen Abschluss.

Bei den sonstigen rechtsextremen Zusammenschlüssen gibt es in Berlin nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes einen harten Kern aktionsorientierter Rechtsextremisten, der ungefähr 1000 Personen umfasst. Dazu gehören auch ca. 100 Autonome Nationalisten und das Netzwerk Freie Kräfte mit ca. 180 Angehörigen. Von dem harten Kern werden ca. 650 Personen als gewaltbereit eingestuft.

Vor allem der Anschluss junger Berlinerinnen und Berliner an rechtsextreme Kameradschaften ist problematisch, so dass auch hierauf das besondere Augenmerk bei Aufklärung und Prävention liegen muss.

Wie gehen nun aber die rechtsextremen Parteien und Zusammenschlüsse vor, um ihre Inhalte umzusetzen und ihre geistigen und aggressiv-kämpferischen Aktivitäten zu entfalten?

Zu den geistigen Aktivitäten des Rechtsextremismus gehören auch in Berlin Medien, Publikationen, Symbole, Musik und Versammlungen.

Rechtsextreme nutzen in zunehmendem Maße das Internet zur Kommunikation, Mitgliederwerbung und Verbreitung von Inhalten. Dabei verstoßen sie gegen geltendes Medien- und Strafrecht. Diesem Missbrauch des Internets wird mit staatlichen und gesellschaftlichen Maßnahmen begegnet, die allerdings wegen weltweit uneinheitlicher Richtlinien nur begrenzt wirksam sind. Daher ist es wichtig, die Medienkompetenz, insbesondere von jungen Menschen, zu fördern. Die Landeskommision Berlin gegen Gewalt hat sich mit diesem Thema auf dem 12. Präventionstag im letzten Jahr intensiv beschäftigt.

Die subkulturelle Neonaziszene tritt neben den modernen Medien über Musikstücke und Tonträger an Jugendliche heran. Auch rechtsextreme Parteien versuchen mit eigenen „Schulhof-CDs“, die Attraktivität rechtsextremer Ideologien und Inhalte bei jungen Leuten zu steigern.

Mit Sorge sehen wir auch auf Rechtsextreme Versammlungen in Berlin und Brandenburg, die die Öffentlichkeit beunruhigen und das demokratische Empfinden nachteilig berühren. Hier sind Versammlungsrecht und Sicherheitsorgane gefordert, und wo immer möglich, werden rechtsextreme Aufzüge, vor allem an nationalen Gedenktagen, unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit verboten, umgeleitet oder mit strengen Auflagen versehen.

Zu den aggressiv-kämpferischen Auswüchsen des Rechtsextremismus gehören Gewalttaten, andere strafrechtlich relevante Übergriffe und der Rechtsterrorismus.

Von Angehörigen der rechtsextremen Szene werden auch in Berlin Gewalt- und andere Straftaten begangen. Im Jahr 2012 waren es nach den Feststellungen des Verfassungsschutzes 1.325 rechtsextrem motivierte Straftaten. Das ist ein Anstieg gegenüber 1.192 Delikten in 2011. Demgegenüber ist die Zahl der rechtsextremen Gewaltvorfälle von 70 im Jahr 2011 auf 58 im Jahr 2012 zurückgegangen.

Ein Vorfall sei hier beispielhaft erwähnt: Am 20. März 2013 befand sich ein Jugendlicher im Berliner Ortsteil Alt-Hohenschönhausen mit anderen Klassenkameraden in einer Straßenbahn. Er wurde von einer unbekannten männlichen Person mit den Worten: „Geh in Dein Land zurück!“ verbal angegriffen. Der Geschädigte äußerte, dass er aus Dänemark kommt und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Daraufhin äußerte die weibliche Begleiterin des Mannes, dass er nicht hierhin gehört und wieder nach Hause gehen soll. Beim Aussteigen wurde der Geschädigte von ihr geschubst, danach erhielt er von dem Mann einen Stoß und einen Faustschlag ins Gesicht.

Der wohl erschütterteste rechtsterroristische Gewaltakt aus jüngster Zeit ist die Mordserie des selbst so genannten Nationalsozialistischen Untergrunds, an dessen Aufklärung und Ahndung auf Bundesebene, in den Ländern und in Berlin mit aller Kraft gearbeitet wird.

Und wenngleich die Sicherheitsbehörden entschlossen mit den Mitteln der Strafverfolgung und Sanktionierung auf diese Gewaltakte reagieren, so müssen sie doch dringend an anderer Stelle unterstützt werden. Hier denke ich an die Prävention und an die vielen Erfolg versprechenden Gegenmaßnahmen, aber auch an weitere, die noch zu konzipieren sein werden.

Meine Damen und Herren, der Berliner Senat fördert jährlich fast 40 Berliner Projekte, die sich mit menschenfeindlichen Einstellungen und Rechtsextremismus in allen Erscheinungsformen auseinandersetzen. Im Rahmen der Landeskonzption für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Berlin und dem damit verbundenen Landesprogramm wird auf unterschiedlichen Themenfeldern versucht, den rechtsextremen Phänomenen entgegenzuwirken. Diese möchte ich kurz erwähnen.

Aus dem 1. Handlungsfeld „Demokratie im Gemeinwesen und Sozialraum“ nenne ich die Leitprojekte „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR)“ und das „Beratungsteam Ostkreuz“. Aus dem 2. Handlungsfeld „Bildung für Jugend und Demokratie“ seien die „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ sowie das Anne Frank Zentrum und „Demokratiepädagogik im Schnittpunkt Schule/Jugendhilfe/Gemeinwesen“ erwähnt. Und im 3. Handlungsfeld „Stärkung von Demokratie und Menschenrechten“ sind das Antifaschistische Presse- und Bildungszentrum (apabiz), die Opferberatung ReachOut und das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB) geförderte Projekte.

Zur Landeskonzption gehört weiter der Berliner Ratschlag für Demokratie, bei dem es sich um ein Bündnis bekannter Berliner Persönlichkeiten handelt, die sich für ein demokratisches Miteinander, Pluralität und eine Kultur des Respekts in Berlin einsetzen.

Letztendlich sei auch noch das Berliner Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus benannt, ein zentrales Vernetzungs- und Kooperationsgremium für Expertinnen und Experten, die professionell im Bereich Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in der Beratungs- und Projektarbeit tätig sind.

Als Vorsitzender der Landeskommision Berlin gegen Gewalt möchte ich Ihnen auch einen Einblick in unsere Aktivitäten auf den verschiedenen Gebieten gegen Rechtsextremismus vorstellen. So betreute die Landeskommision

das Förderprogramm „Schule und Eltern aktiv für Toleranz und demokratisches Handeln“, die Veranstaltung für Eltern „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“ sowie die Veranstaltung für Lehrkräfte „Überzeugend handeln gegen braune Ambitionen“, Sie führte zwei Plakatwettbewerbe für Schülerinnen und Schüler durch, den Wettbewerb „Für ein respektvolles Miteinander gegen Rechtsextremismus“, den Wettbewerb „Welche Farbe hat Deine Toleranz?“ sowie einen Schreibwettbewerb an Berliner Schulen zum Thema „Das ist mir fremd. Das war mir fremd. Das kenne ich - Die Suche nach Wegen zur interkulturellen Verständigung“.

Von den heute vorgestellten Projekten förderte die Landeskommision Berlin gegen Gewalt die Initiative „Handeln Statt Wegsehen“ - Antirassistisches Engagement in Betrieben Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) sowie einige Forschungsvorhaben von Herrn Dr. Kohlstruck von der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zentrum für Antisemitismusforschung Berlin, von dem wir heute noch einen Beitrag hören werden. Aktuell, d.h. im

Frühjahr dieses Jahres wurde ein weiterer Forschungsauftrag an das Zentrum für Antisemitismusforschung erteilt, von dem wir uns einen wertvollen Beitrag zur pädagogischen Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und Rechtsextremismus in Berlin erwarten.

Abschließend möchte ich noch die bezirkliche Ebene erwähnen. Auch hier gibt es in Berlin zahlreiche Präventionsaktivitäten. In fast allen Bezirken bestehen Präventionsräte, die Akteure, Gruppen, Initiativen und Projekte vernetzen und ein konzertiertes, abgestimmtes Vorgehen gegen Rechtsextremismus und andere Gewaltphänomene ermöglichen.

Meine Damen und Herren, das solidarische und abgestimmte Vorgehen gegen Rechtsextremismus durch alle demokratischen Kräfte mit ihren Projekten, Initiativen und Maßnahmen ist auf einem guten Weg, der auch in den nächsten Jahren in Berlin und Brandenburg entschlossen und immer erfolgreicher fortgesetzt werden muss. Dazu leisten die Landeskommision Berlin gegen Gewalt und der Präventionsrat Brandenburg sehr wichtige Beiträge.

Ich wünsche Ihren Angehörigen und Unterstützern alles Gute für die weitere Tätigkeit und uns heute eine interessante und nutzbringende Veranstaltung.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Entwicklung kommunaler Strategien gegen Extremismus (EKSE)

Inhalt

1	Ausgangslage und Zielstellung des Projekts	13
2	Forschungsschwerpunkt „Tätertypen und Täterkarrieren“	15
2.1	Zielstellung	15
2.2	Methodisches Vorgehen	16
2.3	Tätertypen	16
3	Das Instrument der Sozialräumlichen Analyse	17
3.1	Zielstellung	17
3.2	Inhaltsbausteine der Sozialräumlichen Analyse	18
3.3	Ergebnisse der Sozialräumlichen Analysen in Bezug auf die kommunale Präventions- und Interventionsarbeit	19 20
3.4	Schlussfolgerungen zu den Sozialräumlichen Analysen	21
4	Ausblick und weiterer Forschungsbedarf	21
	Literatur	

1 Ausgangslage und Zielstellung des Projekts

Forschungs- und Entwicklungsprojekte zur Prävention von Rechtsextremismus haben am IFK eine lange Tradition. Seit 1991 wird die landesrepräsentative Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ durchgeführt, mit der in sieben Teiluntersuchungen (1991, 1993, 1996, 1999, 2001, 2005, 2010) Phänomene in den Bereichen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Gewalt und Kriminalität untersucht wurden (Hoffmann & Sturzbecher, 2012). Länderübergreifend hat das IFK im Jahr 1996 eine vergleichende Analyse zum Antisemitismus an Schulen in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen durchgeführt sowie die Entwicklung der Schulberichterstattung zum Thema „Rechtsextremismus und Gewalt“ und die Bereitstellung von Fortbildungsangeboten für Lehrer in zehn Bundesländern durch ein Projekt vom BMBF im Zeitraum von 2000 bis 2004 gefördert.

Trotz zahlreicher wissenschaftlicher Studien und Anstrengungen sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene, Rechtsextremismus durch gezielte Präventions- und Interventionsarbeit einzudämmen, stellt die Bekämpfung von (Rechts-) Extremismus auch in Brandenburg nach wie vor eine große Herausforderung dar. Im Jahr 2012 hat die Anzahl von politisch motivierten Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um 15,4 Prozent (von 1.410 auf 1.627 Fälle) im Land Brandenburg zugenommen. Eine noch deutlichere Zunahme um 44,3 Prozent (von 61 auf 88 Fälle) zeigt sich, wenn man nur die politisch motivierten Gewaltdelikte betrachtet. Rechtsextremistische Straftaten bzw. Gewaltdelikte bilden dabei den weit überwiegenden Anteil der politisch motivierten Kriminalität (PMK).

Warum fasziniert und beeinflusst (rechts-) extremistisches Gedankengut immer wieder Teile der Bevölkerung, und warum konnten die vielfältigen bisherigen Forschungs- und Entwicklungsprojekte die Bedrohung der Demokratie und der Zivilgesellschaft durch Rechtsextremismus nicht nachhaltig verringern? Ein wesentlicher Grund liegt darin, dass die mit Rechtsextremismus verbundenen Vorurteile kognitive, soziale und emotionale Funktionen besitzen und damit menschliche Bedürfnisse befriedigen (Freytag & Sturzbecher, 2000). Die kognitive Funktion von Vorurteilen besteht darin, komplexe Sachverhalte zu vereinfachen: In diesem Sinne können Vorurteile als Orientierungshilfen verstanden werden, die in der unübersehbaren Fülle an Urteilen und Entscheidungen, die im Alltagsleben zu treffen sind, die Komplexität reduzieren und die individuelle Handlungsfähigkeit erhalten. Dies gilt vor allem für Menschen, die wenig bereit bzw. fähig sind, sich geistig mit ihrer Umwelt auseinanderzusetzen. Die soziale Funktion von Vorurteilen bezieht sich dagegen auf die Organisation des sozialen Zusammenlebens und bedient vor allem das Bedürfnis nach Gruppenzugehörigkeit. In diesem Zusammenhang verschaffen Vorurteile dem Einzelnen soziale Anerkennung durch die Abwertung von Fremdgruppen gegenüber der eigenen Gruppe. Diese Form des „billigen“ Anerkennungserwerbs, der wenig Anstrengung und Leistung voraussetzt, nutzen vor allem Menschen, die sich nicht auf gesellschaftskonforme Weise Reputation erarbeiten können. Schließlich können Vorurteile den Einzelnen von Verantwortung entlasten: Wenn die wahren Ursachen eigener Frustrationen entweder unbekannt sind oder nicht änderbar erscheinen, kann man mit Hilfe von Vorurteilen leicht „Sündenböcke“ finden, an denen man seine Frustrationen abreagieren kann (emotionale Funktion).

Um zu verhindern, dass Menschen rechtsextremistische Einstellungen zur Befriedigung der oben genannten Bedürfnisse übernehmen, müssen im Kindes- und Jugendalter frühzeitig gezielte effektive Präventionsmaßnahmen stattfinden – nicht nur im direkten sozialen Umfeld der Gefährdeten (also dem Elternhaus und der Schule), sondern ganzheitlich auf kommunaler Ebene. Voraussetzung für die Herausbildung der Intention, eine solche systematische Prävention und Intervention gegen Rechtsextremismus aufzubauen, sind die realitätsgemäße Wahrnehmung des Problems sowie die Einsicht in die Notwendigkeit zu handeln. Weiterhin braucht man Informationen und Kenntnisse über die Erscheinungsformen von Extremismus sowie die Umweltbedingungen, die solche Erscheinungsformen begünstigen (Risikopotenziale) bzw. entgegenstehen (Ressourcen). Schließlich müssen Informationen über wirksame Präventions- und Interventionsstrategien zur Verfügung stehen. In einem nächsten Schritt muss eine Analyse zu den auslösenden und aufrechterhaltenden Bedingungen von extremistischen Aktivitäten sowie zu den vorhandenen bzw. erschließbaren Bekämpfungsressourcen durchgeführt werden, um kommunenspezifische – also passgenaue – Lösungsstrategien zu entwickeln. Im Anschluss an diese aktionale Phase muss ein Selbstmanagement in der Kommune aufgebaut werden, um die Präventions- und Interventionsarbeit nachhaltig zu stabilisieren.

Anregungen für die wissenschaftliche Unterstützung von Kommunen bei einer derartigen Extremismusbekämpfung, welche die Ursachen und Erscheinungsformen von Extremismus deutlich sichtbar werden lassen, bietet das vom Ministerium des Innern des Landes Brandenburg geförderte Projekt „Entwicklung kommunaler Strategien gegen Extremismus“ (EKSE), welches im Zeitraum von 2009 bis 2012 durch das IFK bearbeitet wurde. In diesem Projekt wurden Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen lokalen Gegebenheiten (z. B. soziale Lebensbedingungen, Interventionsarbeit) und extremistischen Aktivitäten in 12 brandenburgischen Projektkommunen untersucht. Die in den Kommunen vorgefundenen extremistischen Aktivitäten waren dabei weitestgehend der rechtsextremistischen Szene zuzuordnen, sodass sich die nachfolgenden Ergebnisse auf diesen Phänomenbereich beziehen.

Das wichtigste Ziel des EKSE-Projekts bestand darin, durch vergleichende „Sozialräumliche Analysen“ die Erscheinungsformen von Extremismus unter Berücksichtigung der unterschiedlichen kommunalen Kontextbedingungen und der bereits unternommenen Präventions- und Interventionsarbeiten sowohl in der Qualität als auch in der Quantität zu erfassen. Diese Forschungsergebnisse sollten anschließend für die Kommunen bereitgestellt werden, um ihre Präventions- und Interventionsstrategien zu optimieren.

Neben der Entwicklung und Durchführung der „Sozialräumlichen Analyse“ als forschungsbasiertes Analyse- und Steuerungsinstrument für die Extremismus-Prävention wurden innerhalb des Projekts auch die fünf folgenden Forschungsschwerpunkte bearbeitet:

- (1) Im Schwerpunkt „Tätertypen und Täterkarrieren“ wurden anhand von Täterinterviews mit rechtsextremistischen Straftätern die Entwicklungsverläufe und biografischen Einflussfaktoren von rechten Gewalttätern analysiert und Täterprofile erarbeitet.
- (2) Im Schwerpunkt „Rekrutierungsstrategien“ wurden die unterschiedlichen Strategien extremistischer Gruppen zur Anwerbung von Sympathisanten und Mitgliedern in Kommunen untersucht.
- (3) Im Schwerpunkt „(De-)Stigmatisierung“ stand die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für Kommunen zur Medien- und Öffentlichkeitsarbeit nach dem Auftreten von extremistischen Erscheinungen im Vordergrund.
- (4) Im Schwerpunkt „Best Practices“ wurden die in den Projektkommunen stattfindenden Präventions- und Interventionsarbeiten im Kampf gegen Rechtsextremismus beschrieben und hinsichtlich ihrer Wirksamkeit analysiert.
- (5) Im Schwerpunkt „Frühwarnsystem“ wurde die Frage untersucht, ob unterschiedliche PMK-Belastungen in systematischer Art und Weise mit Unterschieden in kommunalen Strukturmerkmalen einhergehen.

In den folgenden Ausführungen sollen ausgewählte Teilergebnisse aus dem Forschungsschwerpunkt „Tätertypen und Täterkarrieren“ sowie das Instrument der „Sozialräumlichen Analyse“ vertiefend vorgestellt werden. Weitere Informationen zu den Forschungsschwerpunkten „(De-)Stigmatisierung“, „Rekrutierungsstrategien“ und „Best Practices“ können in komprimierter Form den Handreichungen entnommen werden, die bei der Durchführung des Fachtages „Gegen Rechtsextremismus“ bereit gestellt wurden.

2 Forschungsschwerpunkt „Tätertypen und Täterkarrieren“

2.1 Zielstellung

In diesem Forschungsschwerpunkt wurden die sozialen Lebensbedingungen, die psychosozialen Entwicklungshintergründe und die individuellen Persönlichkeitseigenschaften von rechtsextremistischen Gewalttätern in ihrem Zusammenspiel bei der Entwicklung extremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen untersucht. Weiterhin wurden diese Faktoren täterübergreifend im Hinblick auf auftretende Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Biografien analysiert, um Täterprofile zu erarbeiten und darauf aufbauend Tätertypen zu klassifizieren.

2.2 Methodisches Vorgehen

Zur Rekonstruktion von Entwicklungsverläufen rechtsextremistischer Straftäter wurde eine Sekundäranalyse von Täterinterviews durchgeführt. Diese leitfadengestützten, biografisch orientierten Interviewdaten sind in einem vom Justizministerium Brandenburgs geförderten und bereits abgeschlossenem Projekt (2005-2007) zur Optimierung von Präventions- und Interventionsmaßnahmen bei fremdenfeindlichen Straftätern erhoben worden und konnten unter den im EKSE-Projekt relevanten Gesichtspunkten – Rekonstruktion typischer Täterkarrieren, Identifizierung von einstiegs- bzw. ausstiegsbegünstigenden Faktoren – inhaltsanalytisch neu ausgewertet werden. Die Stichprobe der Täterinterviews beinhaltete insgesamt 15 Täter, die aufgrund einer politisch rechts motivierten Straftat verurteilt wurden.

2.3 Tätertypen

Aus den ausgewerteten Täterinterviews ließen sich – obwohl die vorliegende Stichprobe nur einen speziellen (nämlich straffällig gewordenen) Ausschnitt aus dem rechtsextremen Spektrum abbildet – charakteristische Täterkarrieren erkennen, die in ihren Entwicklungsverläufen sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede aufwiesen. In Bezug auf die Gemeinsamkeiten fanden sich bei der Mehrheit der befragten Täter folgende Merkmale: männlich (14 von 15 Tätern), teils früher und starker (tatbegleitender) Alkoholkonsum (13 von 15 Tätern) und die Beeinflussung durch eine rechtsorientierte, gewaltbereite Jugendclique (13 von 15 Tätern).

Anhand der dennoch aufgetretenen unterschiedlichen Verlaufsmuster in der individuellen Entwicklung, vor allem in Bezug auf die gegebenen Risiko- und Schutzfaktoren, konnten drei markante Tätertypen mit folgenden Charakteristiken herausgearbeitet werden: (1) der „Desintegrationstyp“, (2) der „Kurzzeitextremist“ und (3) der „Nachwuchsextremist“.

- (1) Der „Desintegrationstyp“ wächst in der Regel in einer sogenannten „Broken-Home-Situation“ auf, die durch instabile Familienverhältnisse (Scheidungen, Ehekrisen, Heimaufenthalte), Vernachlässigung und Alkoholmissbrauch eines Elternteils geprägt ist. Die fehlende emotionale Unterstützung und eine latente Gewaltbereitschaft innerhalb der Familie führen dazu, dass kaum kommunikative Konfliktbewältigungsstrategien entwickelt werden. Gewaltvolle Auseinandersetzungen führen vor allem in der Schule zur Ausgrenzung aus Gruppen gleichaltriger Jugendlicher; Schulverweigerung und Schulabbruch sind die Folge. Die daraus resultierende Außenseiterposition führt zum Anschluss an Peergroups, die nach dem Lustprinzip agieren und dem gefährdeten Jugendlichen die gewünschte Aufmerksamkeit und Anerkennung entgegenbringen. Jugendliche dieses Typus vertreten ausländerfeindliche Positionen, um sich durch die Abwertung anderer Bevölkerungsgruppen selbst aufzuwerten. Es kommt häufig – auch aufgrund beruflicher Perspektivlosigkeit – zu Delikten und fremdenfeindlichen Straftaten, für die keine Verantwortung übernommen wird; das rechtsextreme Weltbild bleibt häufig bestehen, auch wenn teilweise ein Szeneausstieg erfolgt.
- (2) Beim „Kurzzeitextremisten“ sind die extremistischen Aktivitäten eher ein häufig in der Pubertät vorkommendes passageres Phänomen. Er verfügt – im Gegensatz zum „Desintegrationstyp“ – über eine vertrauensvolle Beziehung zu seinen Familienangehörigen. Das fördernde und unterstützende Familienklima bildet die Grundlage für den Aufbau von gewaltfreien Kommunikations- und Konfliktlösungsstrategien. Im Jugendalter wenden sich „Kurzzeitextremisten“ rechtsextrem orientierten Peergroups zu und übernehmen die dort dominierenden Einstellungen; Motive für diesen Anschluss sind die Lust an Provokationen und Tabubrüchen sowie die (entwicklungstypische) Abgrenzung zur Herkunftsfamilie. Temporär wird die Schule vernachlässigt; ein Schulabschluss erfolgt allerdings, sodass berufliche Perspektiven

vorhanden sind. Gewöhnlich begehen „Kurzzeitextremisten“ nur einzelne Straftaten, die mit Bewährungsstrafen geahndet werden und den Betroffenen den Impuls zum Umdenken geben. Es erfolgt nicht nur eine Verantwortungsübernahme in Bezug auf ihre Gewalttat, sondern meist auch ein Ausstieg aus der rechtsextremen Szene. Die tragende Bindung zur Familie und deren stetige Unterstützung, trotz Missbilligung der rechtsextremistischen Aktivitäten, stellen für diesen Typus maßgebliche Schutzfaktoren dar.

- (3) Der „Nachwuchsextremist“ verfügt – wie der „Kurzzeitextremist“ – über gewaltfreie, stabile Familienstrukturen; die engen Bezugspersonen vertreten jedoch antidemokratische und ausländerfeindliche Einstellungen, mit denen die späteren Rechtsextremisten bereits in ihrer Kindheit aufwachsen. Im Jugendalter schließen sie sich Cliquen Gleichaltriger an, in denen ausländerfeindliche Einstellungen vertreten werden, rechtsextreme Musik gehört wird und gewalttätige Auseinandersetzungen geführt werden. Ähnlich wie beim „Desintegrationstyp“ nehmen Schulprobleme zu – Schulabbruch und berufliche Perspektivlosigkeit sind meist die Folge. Ihre Bestätigung suchen Jugendliche diesen Typus’ stattdessen durch Aktivitäten in der rechtsextremen Szene (z. B. Teilnahme an Demonstrationen, Veranstaltungen, Kameradschaftstreffen). Für ihre Gewalttaten übernehmen „Nachwuchsextremisten“ keine Verantwortung; ihre rechtsextreme Einstellung ist so gefestigt, dass die Motivation zum Ausstieg aus der Szene sehr gering ist.

Anhand der Analyse der individuellen Entwicklungsverläufe und der daraus abgeleiteten Tätertypen wird deutlich, dass es den „typischen Rechtsextremisten“ – dessen stereotypes „Einheitsbild“ (dumm, betrunken, Springerstiefel und Bomberjacke tragend) auch heute noch oftmals über die Medien vermittelt wird – nicht (mehr) gibt, da erhebliche Unterschiede im Entwicklungsverlauf und in den Entwicklungsprognosen bei unterschiedlichen Gruppen von rechtsextremistischen (Gewalt-) Tätern auftreten. Darüber hinaus steht hinter jedem einzelnen Täter ein komplexes Geflecht individueller, sozialer und teilweise auch kommunaler Einflussfaktoren, die es bei Präventions- und Interventionsmaßnahmen zu berücksichtigen gilt. So sind stabile und gewaltfreie Familienverhältnisse nicht immer ein Schutzfaktor gegen die Entstehung rechtsextremer bzw. demokratiefeindlicher Einstellungen; vielmehr wirken Geborgenheit und Zusammenhalt in der Familie nur dann protektiv, wenn rechtsextremistische Einstellungen von den Eltern abgelehnt werden. Als einer der wesentlichen Faktoren, die bei Tätern einen Ausstieg aus der rechten Szene begünstigen können, hat sich die klare Positionierung des unmittelbaren sozialen Netzwerkes gegen rechtsextremistisches Gedankengut herausgestellt: Ein solches Netzwerk kann – neben einer permanenten Kritik am rechtsextremistischen Denken und Handeln – auch Orientierung und Gesprächsangebote für einen Einstellungswandel geben.

3 Das Instrument der Sozialräumlichen Analyse

3.1 Zielstellung

Mit Hilfe des entwickelten forschungsbasierten Instruments der „Sozialräumlichen Analyse“ sollen vergleichende Analysen von rechtsextremistischen Erscheinungsformen in 12 ausgewählten Projektkommunen durchgeführt werden. Diese Kommunen unterschieden sich in ihren PMK-Belastungen, in den Wahlergebnissen politisch extremistischer Parteien sowie in ihren demografischen und sozialen Entwicklungen. Bei den „Sozialräumlichen Analysen“ handelt es sich um Fallstudien zur Beantwortung der Forschungsfragen, welche sozialräumlichen Kontexte die Entstehung, Verbreitung und Verfestigung von Extremismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen fördern bzw. verhindern können und welche Präventions- bzw. Interventionsstrategien aufseiten der Kommunen verfolgt werden.

3.2 Inhaltsbausteine der Sozialräumlichen Analyse

Unter dem Begriff „Sozialräumliche Analyse“ wird im EKSE-Projekt das entwickelte Forschungsinstrument zur Erhebung von kommunenspezifischen Entstehungs- und Verbreitungsmechanismen extremistischer Erscheinungen verstanden. Die „Sozialräumliche Analyse“ ist somit nicht mit dem weitverbreiteten Begriff der „Kommunalanalyse“⁵ gleichzusetzen; sie umfasst neben einem multimethodalen Ansatz zur Analyse von Extremismus-Phänomenen auch sogenannte „Feed-backveranstaltungen“ zur Ergebnispräsentation (vgl. Abb. 1).

Der multimethodale Ansatz beinhaltet insgesamt fünf Methodenkomponenten, mit denen eine möglichst objektive und umfassende Beschreibung der extremistischen Phänomene in einer Kommune gewährleistet werden soll:

- (1) Die historischen Vulnerabilitäten für Radikalisierungsprozesse in einer Kommune wurden – meist für den Zeitraum der letzten 100 Jahre – erhoben, um zum einen bestimmte Bezüge zum Leben in der Kommune und zur politischen Entwicklung herzustellen; zum anderen galt es Gelegenheitsstrukturen (z. B. Gedenkstätten) zu identifizieren, die Verletzlichkeiten schaffen und extremistische Aktivitäten (z. B. Aufmärsche) begünstigen können. Die Kenntnis solcher Hintergrundinformationen ist wichtig, um als Wissenschaftler vor Ort für eine valide Analyse der Gegebenheiten ausreichend sensibilisiert zu sein.
- (2) Weiterhin wurden kommunenbezogene statistische Daten u. a. zur Bevölkerungsstruktur, zur sozioökonomischen Situation der Einwohner (z. B. Arbeitslosenquote, verfügbares Einkommen der privaten Haushalte) und zur Bildungsstruktur in der Gemeinde/Region (z. B. Schüler- und Absolventenzahlen nach Schultyp, Schulabbrecherquote) ausgewertet. Diese Daten wurden vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg eingeholt. Weiterhin wurde die Entwicklung der PMK-Belastung und der Wahlergebnisse der politisch extremistischen Parteien analysiert.
- (3) Durch kommunenbezogene Medienanalysen konnte ein umfassendes Bild von den Vorkommnissen und Ereignissen – sowohl hinsichtlich der aufgetretenen extremistischen Aktivitäten als auch der politischen Lage im Allgemeinen – gewonnen werden. Zusätzlich wurde die Berichterstattung von extremistischen Erscheinungen in Bezug auf ihre Konnotation und die damit verbundene Rolle der Medien bei Stigmatisierungsprozessen von Kommunen infolge rechtsextremistischer Aktivitäten untersucht.
- (4) In den Sozialraum-Begehungen fanden teilstrukturierte Beobachtungen im kommunalen sozialen Raum zur Dokumentation von öffentlich wahrnehmbaren Anzeichen von rechtsextremistischen Gruppen (z. B. Plakate, Graffiti, Fahnen) sowie zur Identifizierung und Beschreibung von sozialen Brennpunkten und eventuell vorhandenen Treffpunkten extremistischer Gruppen statt.
- (5) In leitfadengestützten Interviews mit kommunalen Schlüsselpersonen (Akteure aus der Verwaltung, der Polizei, der Schule und dem sozialen Bereich), die sich haupt- oder nebenberuflich für die Gemeinde und die dort lebenden Menschen engagieren und im Rahmen ihrer Tätigkeit mit Rechtsextremismus oder der Rechtsextremismus-Prävention zu tun haben, konnten Informationen zu den relevanten Projektschwerpunkten erhoben werden, die nicht

⁵ Es sei dazu angemerkt, dass der Begriff der „Kommunalanalyse“ mit unterschiedlichem Gehalt gebraucht wird. Kokoschko (2007) bezeichnet mit ‚Kommunalanalyse‘ einen im Umfeld der mobilen Beratungsarbeit gegen Rechtsextremismus vorrangig in den neuen Ländern und in Berlin entwickelten Ansatz. Kommunalanalysen dieser Art bilden den ersten Schritt im Rahmen eines „Community Coaching“ genannten Konzepts. Das Ziel solcher Kommunalanalysen ist dabei weniger eine möglichst objektive Beschreibung extremistischer Phänomene, sondern vielmehr das Herausarbeiten kommunaler Handlungsoptionen und die praktische Veränderung der untersuchten Problemlage (vgl. Borstel, 2002; ZDK, 2009).

über die bisherigen Methoden (1-4) zugänglich waren. Neben den Erfahrungen der kommunalen Akteure ist weiterhin unabdingbar, auch Interviews mit Jugendlichen – der Zielgruppe von rechtsextremistischen Rekrutierungsstrategien – zu führen und ihre Erfahrungen einzubeziehen.

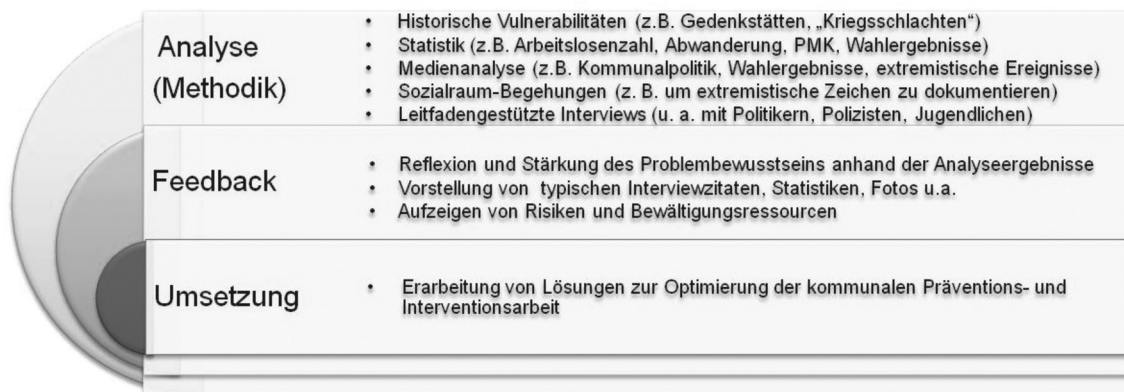


Abb. 1: Inhaltsbausteine der Sozialräumlichen Analyse

Die inhaltsanalytische Auswertung der Daten erfolgte im Hinblick auf die Ergebnisbereiche „Kommunale Rahmenbedingungen“, „Extremismus/extremistische Aktivitäten“ und „Präventions- und Interventionsaktivitäten“ in einer Kommune.

Im Ergebnis erbrachten die „Sozialräumlichen Analysen“ empirisch fundierte Hinweise auf kommunenspezifische Risikopotenziale zu Entstehungs- und Verbreitungsmechanismen extremistischer Erscheinungen und zum Bewältigungspotenzial. Diese Analyseergebnisse wurden in sog. „Feedbackveranstaltungen“ den Kommunalpolitikern, Verwaltungsangehörigen und interessierten Einwohnern der teilnehmenden Kommunen in Form anonymisierter Interviewaussagen, Fotomaterialien und statistischer Daten verbunden mit Handlungsempfehlungen zurückgespiegelt. Es zeigte sich, dass unterschiedliche strukturelle Gegebenheiten auch verschiedene Präventions- und Interventionsansätze erfordern. Während z. B. in Ballungsräumen der Handlungsschwerpunkt auf der Bekämpfung öffentlichkeitswirksamer Aktionen rechtsextremistischer Erscheinungsformen und politisch motivierter Kriminalität lag (bedingt u. a. durch Anonymität, jugendaffine Tatgelegenheiten und Jugendarbeitslosigkeit), stellten für ländliche Gemeinden das vergleichsweise höhere rechtsextremistische Einstellungspotenzial in der Bevölkerung, das durch Abwanderung bzw. demografischen Wandel bedingte Wegbrechen von Infrastrukturen und eine daraus resultierende Politikunzufriedenheit die wichtigsten Herausforderungen dar.

3.3 Ergebnisse der Sozialräumlichen Analysen in Bezug auf die kommunale Präventions- und Interventionsarbeit

Die Ergebnisse der „Sozialräumlichen Analysen“ der 12 Projektkommunen verdeutlichen, dass der Umgang mit rechtsextremistischen Aktivitäten, die kommunalen Herausforderungen bzgl. Extremismus wie auch die Ressourcen zu deren Bewältigung variieren. So gab es unter den Projektkommunen auf der einen Seite Kommunen, die sich dem Risikopotenzial des Extremismus nicht oder nur geringfügig bewusst waren; auf der anderen Seite – wenn auch eher selten – proaktiv handelnde Kommunen, die sich frühzeitig und intensiv mit dieser Problematik auseinandersetzten. Insgesamt konnten die Kommunen in Bezug auf ihre Präventions- und Interventionsstrategien einem der vorgefundenen drei Interventionstypen zugeordnet werden (vgl. Tab.

1): Die Kommunen des Typs A zeichnen sich dadurch aus, dass rechtsextremistische Aktivitäten tendenziell als Normalphänomene angesehen werden. Hierbei werden die offenkundigen Probleme kaum wahrgenommen oder verkannt. Bei der Interventionspraxis zeigt sich eine gewisse „Handlungsohnmacht“, und es werden kaum Projekte gegen Rechtsextremismus gestartet. Die Kommunen der Typen B und C hingegen haben ein spezifisches Problembewusstsein entwickelt, reagieren auf rechtsextreme Erscheinungen und unternehmen Versuche, dem Rechtsextremismus aktiv zu begegnen. Vor allem Kommunen des Typs C – sog. „proaktiv handelnde Kommunen“ – praktizieren aufgrund eines sehr stark ausgeprägten Problembewusstseins eine frühzeitige und nachhaltige Interventionspolitik.

Tab. 1: Kommunale Interventionstypen

A. Re-aktiv handelnde Kommunen	B. Aktiv handelnde Kommunen	C. Pro-aktiv handelnde Kommunen
- Benötigen Anstoß von außen	- Problemnahes Vorgehen	- Frühzeitiges Vorgehen
- Extremistische Probleme werden geduldet	- Extremistischen Erscheinungen wird auf verschiedenen Ebenen begegnet	- Nachhaltige Interventionspolitik
- Fehlendes Problembewusstsein	- Teilweise vorhandenes Problembewusstsein	- Ausgeprägtes Problembewusstsein
- Kaum bürgerschaftliches Engagement	- Teilweise bürgerschaftliches Engagement	- Breites bürgerschaftliches Engagement
- Vor allem repressive Strategien	- Strategien mit präventiven und repressiven Zügen	- Präventive und aktive Strategien
- Kaum Vernetzungsbestrebungen	- Ausbaufähige Vernetzungsarbeit	- Gute Vernetzungsarbeit

Aus den Ergebnissen zur Interventionspraxis geht hervor, dass es keine allgemeingültige und erfolgsversprechende „richtige“ Intervention gibt. So gehen insbesondere regional unterschiedliche demografische Dynamiken mit verschiedenen Mustern von Erscheinungsformen des Extremismus einher, welche die Entwicklung differentieller Präventions- und Interventionsstrategien erfordern. Zusätzlich besteht ein wesentlicher Handlungsbedarf darin, die erfolgreichen Präventions- und Interventionsmaßnahmen sowie die damit verbundenen Erfahrungen vor allem den reaktiv handelnden Kommunen zur Verfügung zu stellen.

3.4 Schlussfolgerungen zu den Sozialräumlichen Analysen

Es zeigte sich, dass die „Sozialräumlichen Analysen“ nicht nur als Form einer erweiterten Sozialberichterstattung und als periodisches Extremismus-Monitoring-System von großem Nutzen sein können, sondern vor allem als Steuerungsinstrument für lokale Präventions- und Interventionsmaßnahmen: Die Kombination der verschiedenen Datenquellen ermöglicht eine umfassende Erkennung von Risikopotenzialen, die in den Feedbackveranstaltungen aufgrund der authentischen und empiriebasierten Befunde nicht nur das Problembewusstsein schärft, sondern gleichzeitig eine hohe Akzeptanz bei den kommunalen Akteuren findet. Die Ergebnisse verdeutlichen extremistische Milieus und Trends, zeigen kommunenspezifische Möglichkeiten zu ihrer Bekämpfung auf und regen konstruktive Prozesse innerhalb der Lokalpolitik und der Verwaltung an (z. B. im Hinblick auf die Jugendarbeit oder die politische Bildung). Die „Sozialräumlichen Analysen“ haben sich somit als Steuerungsinstrument bewährt, da sie durch die Ressourcenaktivierung eine Hilfe zur Selbsthilfe bieten

4 Ausblick und weiterer Forschungsbedarf

Im Rahmen des EKSE-Projekts wurden in den verschiedenen Projektschwerpunkten unterschiedliche Dimensionen von Rechtsextremismus untersucht; dabei zeigten sich – neben neuen Erkenntnissen – auch weitere Forschungsbedarfe. In Bezug auf die rechtsextremistischen (Gewalt-)Täter müssen die offensichtlichen Wandlungsprozesse des Rechtsextremismus im Allgemeinen und der Tätertypen im Besonderen kontinuierlich untersucht werden. Durch eine vertiefende Aktenanalyse der von der brandenburgischen Generalstaatsanwaltschaft geführten Gewalttatenliste und durch Täterinterviews könnten die aktuellen Erscheinungsbilder des Rechtsextremismus und die von ihnen ausgehenden Gefährdungen offengelegt werden.

Mit der „Sozialräumlichen Analyse“ wurde im Projekt ein forschungsgestütztes Instrument zur Erfassung von extremistischen Erscheinungen mit großer Praxisrelevanz entwickelt, dessen Einsatz sich vor allem in Bezug auf die Schärfung des Problembewusstseins und der Ressourcenaktivierung kommunaler Verantwortlicher bewährt hat. Um den kommunalen Akteuren ein wissenschaftlich begründetes und leicht praktizierbares Analyseinstrument zur Früherkennung und zur Einschätzung von Radikalisierungstrends in ihrer Kommune bereitzustellen, muss das Methodeninventar der „Sozialräumlichen Analyse“ anhand der jetzt vorliegenden Projekterfahrungen bis zur Praxisreife weiterentwickelt, nochmals – auch im Hinblick auf seine Effizienz – in weiteren Kommunen erprobt und schließlich für Praktiker dokumentiert werden. Das Ziel sollte es sein, die „Sozialräumliche Analyse“ als sozialwissenschaftliche Serviceleistung für Kommunen zur Verfügung zu stellen, um diese bei der Entwicklung von passgenauen Präventions- und Interventionsmaßnahmen zu unterstützen. Darüber hinaus zeigen die Forschungsergebnisse, dass ein dringender Bedarf nach einem kommunenübergreifenden Erfahrungsaustausch und nach einer verbesserten Vernetzung zwischen den Kommunen besteht. Wünschenswert erscheint es hier, ein „Kommunales Netzwerk gegen Rechtsextremismus“ in Form eines Forums aufzubauen, in dem sich Kommunen über erfolgreiche und weniger erfolgreiche Strategien austauschen und somit von den Erfahrungen anderer Kommunen profitieren können. Auch der Aufbau eines solchen Netzwerkes benötigt eine wissenschaftliche Unterstützung: Beispielsweise bedarf es einer wissenschaftlichen Aufarbeitung der bereits vorhandenen (empirisch evaluierten) Präventions- und Interventionsstrategien sowie der Prüfung der nachhaltigen Wirksamkeit von zukünftig entwickelten oder aktuell eingesetzten Maßnahmen.

Literatur

Freytag, R. & Sturzbecher, D. (2000). Die Psychologie des Antisemitismus. In D. Sturzbecher & R. Freytag (Hrsg.), *Antisemitismus unter Jugendlichen* (S. 9-20). Göttingen, Bern, Toronto, Seattle: Hogrefe.

Hoffmann, L. & Sturzbecher, D. (2012). Die Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ – Methodischer Rahmen und Untersuchungsanlage der Erhebungswelle 2010. In D. Sturzbecher, A. Kleeberg-Niepage & L. Hoffmann (Hrsg.), *Aufschwung Ost? Lebenssituation und Wertorientierungen ostdeutscher Jugendlicher* (S. 9-20). Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Michael Kohlstruck

Vorurteilsmotivierte Gewalt und Möglichkeiten ihrer Prävention

An der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus des Zentrums für Antisemitismusforschung (TU Berlin) wurden in den letzten Jahren drei Studien zur Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex Rechtsextremismus und rechter Gewalt erarbeitet. Die Studien sind in enger Kooperation mit der Landeskommision Berlin gegen Gewalt konzipiert und durchgeführt worden und in der grünen Reihe der Landeskommision, dem „Berliner Forum Gewaltprävention“ und auch im Internet veröffentlicht worden (Kohlstruck/ Krüger/ Münch 2007; Kohlstruck/ Krüger/ Krüger 2009; Kohlstruck/ Glock/ Linsler/ Dobberke 2012).⁶

Ausdrücklich möchte ich betonen, dass es sich bei den Untersuchungen nicht um Evaluationen gehandelt hat; die Wirksamkeit der einzelnen Arbeitsansätze wurde von uns nicht systematisch untersucht, wir haben aber vorliegende Evaluationsergebnisse in die Darstellung eingearbeitet. Die Forschungsberichte sind an die Untersuchungszeiträume, die jeweilige Fragestellung und die Berliner Situation gebunden. Trotzdem können einige Annahmen und Ergebnisse vorgestellt werden, die sich verallgemeinern lassen.

Die These der Ausführungen besagt, dass im Hinblick auf rechte Gewalt primäre, sekundäre und tertiäre Prävention sinnvoll und erforderlich ist und dass dazu praktische Modelle und Erfahrungen vorliegen.

Prioritäten setzen

Zunächst zu den Voraussetzungen und den Ausgangsdefinitionen: Unter dem Begriff „Rechtsextremismus“ werden sehr verschiedene Phänomene zusammengefasst. Man kann den Begriff mit einem offenen Container vergleichen: Neben Einstellungen und aversiven Gefühlen finden sich darin Verhaltensweisen, die nicht strafbar sind wie der Kauf von Immobilien, die Wahl rechtsextremer Parteien oder die Durchführung einschlägiger Veranstaltungen, andererseits aber auch brandgefährliche Straftaten, etwa die Androhung von Gewalt und Kapitalverbrechen.

Es gehörte es zu den vorwissenschaftlichen Annahmen unserer Studien, dass sich staatliche Aktivitäten nicht auf alle diese Subphänomene gleichermaßen beziehen dürfen und auch nicht können. Sie dürfen es nicht, da der Staat eine Neutralitätspflicht gegenüber der gesellschaftlichen Meinungsvielfalt und dem Meinungs- und Willensbildungsprozess hat (vgl. Volkmann 2010). Dazu kommt das pragmatische Argument, dass man sparen muss und sich deshalb auf die dringendsten Probleme zu beschränken hat.

Rechtsextremismus ist sowohl das Fieberthermometer wie auch die Krankheit selbst. In einigen Aspekten kann man den Rechtsextremismus als Symptom für eine Unzufriedenheit mit demokra-

⁶ Die hier zusammengefassten Argumentationen werden in den drei Studien detailliert ausgeführt. Auf Einzelnachweise wurde verzichtet, lediglich neu berücksichtigte Literatur ist angegeben.

tischen Politikern, mit konkreten politischen Entscheidungen oder mit dem derzeitigen Zustand der Demokratie verstehen. In anderen Hinsichten verweist er nicht nur auf andere Probleme, er ist selbst das Hauptproblem, d.h. er fordert unmittelbare Intervention und langfristig angelegte Prävention.

An erster Stelle der mit Rechtsextremismus assoziierten Probleme steht meines Erachtens, aber nicht nur aus meiner Perspektive, das Gewaltproblem – konkret also die Androhung und die Ausübung von körperlicher Gewalt. Auf weit ausholende Begründungen kann ich wohl verzichten – es ist selbstevident, dass Gewalt gegen Personen die zentrale Herausforderung darstellt.

„Rechte Gewalt“

Eine Erläuterung zum Begriff der rechten Gewalt. Dabei handelt es sich um einen Terminus aus der polizeilichen Statistik, nicht um ein sozialwissenschaftliches Konzept.

Die Polizeikategorie der rechten Gewalt umfasst zwei Typen von Straftaten: Einmal die im engeren Sinne rechtsextremistische Gewalt, also die Gewaltstraftaten, die auf eine Systemüberwindung gerichtet sind. Zum anderen auch die Gewaltstraftaten, die aufgrund der tatsächlichen oder vermeintlichen Zugehörigkeit der Opfer zu einer von den Tätern abgelehnten und angefeindeten Gruppe begangen werden. Die Polizei erfasst beide Typen von Gewalt in der Rubrik der „Politisch motivierten Kriminalität - rechts“, kurz: PMK rechts.

Die polizeistatistische Kategorisierung eröffnet die Möglichkeit eines Missverständnisses: Die Bezeichnung „politisch motivierter Gewalt“ darf nicht so verstanden werden, als handele es sich dabei im engeren psychologischen Sinne um eine Aussage zu den Beweggründen der Tatverdächtigen. Eine solche Motivation auch nur im rechtlichen Sinne festzustellen, ist nicht die Aufgabe der Polizei, sondern – falls es zu einem Strafverfahren kommt – der Gerichte. Noch weniger will die Polizei wissenschaftliche Erklärungen über das Zustandekommen von Gewaltstraftaten liefern. Gemeint ist mit der Bezeichnung „politisch motivierter Gewalt“ lediglich, dass aufgrund der polizeilichen Ermittlungen Gründe dafür sprechen, dass es sich um eine politisch relevante Straftat handelt.

Die Gründe für derartige Hervorhebungen liegen auf der Hand. Es sind Gewalttaten, bei denen nicht private Bereicherungs-, Rache- oder Machtmotive im Vordergrund stehen; es sind Akte einer sozialen Bewegung, der es um die Veränderung der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung geht oder es sind gruppenbezogene Ablehnungen und Feindschaften. Letztere werden häufig auch als „Hasskriminalität“ bezeichnet, für die in der Kriminologie der sachlich angemessene Terminus der „Vorurteilskriminalität“ verwendet wird.

Die Kategorie „rechte Gewalt“ dient also der Markierung solcher Gewalttaten, denen man eine besondere Bedeutung für das gesellschaftliche Zusammenleben beimisst – sei es, dass man ihnen als solchen eine besondere Signalwirkung zuschreibt, sei es, dass die Urheber mit ihren Taten ausdrücklich Botschaften verbinden, die über die unmittelbare Tat hinausgehen, sei es, dass die Täter direkt auf Veränderung der Rahmenbedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zielen.

Ergebnisse

Politische und vorpolitische Motivationen

Die Durchsicht zum damaligen Forschungsstand zu rechter Gewalt stand unter der Frage, inwieweit sich die als politisch rubrizierten Gewalttaten tatsächlich auf spezifische, nur für sie geltende Ursachen zurückführen lassen und inwieweit sie auf Ursachen zurückgehen, die für die Gewaltkriminalität im Allgemeinen gelten. Von der Beantwortung dieser Frage hängt es ab, inwieweit die Versuche, rechte Gewalt zu verringern, auf theoretische Modelle und praktische Ansätze zurückgreifen können, die für die Reduktion allgemeiner Gewaltkriminalität entwickelt worden sind, oder inwieweit es erforderlich ist, sich nach besonderen, spezifischen Ansätzen umzusehen.

Zu dieser Frage sind in den 1990er und frühen 2000er Jahren viele Studien entstanden.

Ich verweise auf die Arbeiten des Berliner Kriminologen Heinz Cornel zu „Schwere Gewaltkriminalität durch junge Täter in Brandenburg“, die Gutachten und Fachpublikationen aus der Forensischen Psychiatrie, namentlich von Andreas Marneros und Frank Wendt sowie auch auf die Studie von Andrea Kopp und Meike Betz zu den Entwicklungsverläufen von jugendlichen Gewalttätern mit rechtsextremer Tatmotivation aus dem Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung (IFK).

Sie stimmen darin überein, dass die Motivation bei einem Großteil der untersuchten Täter wenig oder nichts mit politischen Zielen und einer ideologischen Begründung zu tun hatte. Stattdessen sprechen die angeführten Studien von einer Mischung aus diffusen Vorurteilen gegen alles Fremde und einer hohen Gewaltneigung vor dem Hintergrund fremdenfeindlicher Gruppenkulturen und hoher Gewaltpraxis. Etwas vereinfacht quantifiziert, kann man von einem Verhältnis 85:15 sprechen. Bei ca. 85 % der untersuchten Täter gingen die als politisch rechte Gewalttaten kategorisierten Straftaten auf diese Mischung von gewalttätiger Gruppenpraxis und fremdenfeindlichen Vorurteilen zurück, bei ca. 15 % lagen im engeren Sinne gerichtete politische Ziele und ideologische Begründungen vor.

Verhaltens- und Verhältnisprävention

Bevor ich auf weitere Ergebnisse und Empfehlungen eingehe, noch ein Wort zu den als politisch geltenden Gewalttaten: Die zitierten Untersuchungen und auch unsere eigenen Untersuchungen haben sich auf die sog. Verhaltensprävention konzentriert. Das bedeutet, im Hinblick auf Täter, auf potentielle Täter oder für einen unspezifizierten Adressatenkreis der Frage nachzugehen, wie pädagogische und/ oder sozialarbeiterische Angebote zugeschnitten sein müssen, um die Wahrscheinlichkeit von Gewalttätigkeiten zu reduzieren.

Diese Art von Verhaltensprävention ist jedoch nur eine Seite der Medaille, insofern damit das Gewaltproblem individualisiert und personalisiert wird. Die andere Dimension, also die Verhältnisprävention im Unterschied zur Verhaltensprävention, umfasst die öffentliche und private Art und Weise, wie über gesellschaftliche Minderheiten gesprochen wird und wie sie in den Medien dargestellt werden. Die auf diesem Weg erzeugten Bilder des Fremden gehören gleichermaßen zu den Entstehungsvoraussetzungen von Vorurteilsgewalt.

Prävention in einem umfassenden Sinn hat sich also auch mit dem rechtlichen Status von Minderheiten und der Diskurskultur zu befassen.

Wir haben uns bei unseren Studien allerdings auf die Verhaltensprävention konzentriert. Dafür spricht u.a., dass sich pädagogisches und sozialarbeiterisches Handeln leichter steuern lässt als die öffentliche Diskurskultur.

Vier Wege zur rechten Gewalt

Die Zusammenführung von vorliegenden Forschungsergebnissen, namentlich die unter der Leitung von Klaus Wahl am Deutschen Jugendinstitut entstandenen Arbeiten, haben Antworten auf die Frage gegeben, wie man sich entwicklungspsychologisch das Zustandekommen von rechter Gewalt erklären kann. Wahl unterscheidet vier Entwicklungspfade, nämlich die Entwicklung überdurchschnittlicher Aggressivität, die Entwicklung von Fremdenfeindlichkeit, die Entwicklung von antisozialem Verhalten und schließlich auch rechtsextreme Ideologiebildung. In seinem Modell beginnt der Pfad der Aggressivitätsbildung lebensgeschichtlich am frühesten und der der Ideologiebildung zuletzt.

Dieses Modell hat für die Präventionsfrage eine hohe Bedeutung. Es zeigt erstens, dass die im Jugend- oder im Erwachsenenalter begangenen Gewalttaten einen langen biographischen Vorlauf haben. Zweitens wird deutlich, dass dieser Vorlauf über Jahre hinweg nichts mit dem Phänomenbereich politisch relevanter Straftaten zu tun hat, sondern dass eine besondere Aggressivität, Devianz und eine generelle Xenophobie manifest werden. Damit aber – und das ist das Entscheidende – werden für das Gros der rechten Gewalttaten, die nicht ideologisch oder politisch motiviert sind, im Grundsatz die gleichen Erklärungen relevant, wie sie auch für nicht-politische Gewalttätigkeiten gelten. Das von Wahl u.a. entwickelte Modell ist damit – drittens – prinzipiell anschlussfähig an die allgemeinen Forschungen zur entwicklungspsychologischen Erklärung von Gewalttätigkeiten und Vorurteilen bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen.

Klaus Wahl hat vor diesem Hintergrund Prinzipien der Prävention und der Intervention formuliert. Dazu gehören:

(1) Frühe Prävention und Intervention: Die Neigung zu aggressivem Verhalten beginnt früh in der Kindheit. Ähnlich früh setzen andere emotionale Auffälligkeiten wie Ängstlichkeit, Unsicherheit und Trauer ein. Präventive Ansätze sollten daher in der Kindheit beginnen. Diese Hinweise werden durch die Forschungen ergänzt, die der Psychologe und Präventionsexperte Andreas Beelmann und sein Team vorgelegt haben. Für die Weichenstellung bei Vorurteilen halten Raabe/Beelmann auf Grundlage einer neueren Auswertung von 128 Studien aus aller Welt das Alter bis zu zehn Jahren für entscheidend (Raabe/Beelmann 2011).

(2) Emotionale Sozialisation: Bei vielen Tätern sind elementare Emotionen gestört, die für das Sozialleben eine hohe Bedeutung haben. Die äußert sich in Wutgefühlen, in sozialer Ängstlichkeit, Gefühlen der Einsamkeit und des Ausschlusses. Nicht selten bestimmt ein elementares Misstrauen das Verhältnis zu ihrer sozialen Umwelt. Wichtig scheint deshalb eine „emotionale Resozialisierung“ bzw. eine früh in der Kindheit beginnende Förderung einer emotionalen Intelligenz.

(3) Individuelle Problemlagen erkennen: Aus der Kindheit und Jugend der untersuchten Täter wird häufig über extreme, inhaltlich aber sehr unterschiedliche Emotionen berichtet. Manche waren hyperaktive und dominant-aggressive Kinder, andere waren besonders unsicher und ängstlich oder traurig. Dieses Spektrum von Ausgangsphänomenen verdeutlicht, wie wichtig es ist, die individuellen Problemlagen angemessen zu erfassen.

(4) Familien- und Gruppensozialisation: Ungünstige Sozialisationsbedingungen in den Familien können zu einer besonders intensiven Zuwendung junger Leute zu Gleichaltrigengruppen und damit auch zu devianten Cliquen führen. Alternative Angebote, die Freizeitspaß, Solidarität, Herausforderungen und Gruppenwärme enthalten, können die Attraktivität von rechtsextrem orientierten Gruppierungen reduzieren.

Soweit zu den Begrifflichkeiten und den Annahmen.

Die allgemeinen Grundsätze, wie sie von Klaus Wahl formuliert wurden, werden seit langem in der Praxis von Regelstrukturen und Projekten berücksichtigt. Ich möchte das im Folgenden anhand von praktischen Beispielen für die drei funktionalen Präventionsgesichtspunkte veranschaulichen.

Tertiäre Prävention

Dabei beginne ich mit der tertiären Prävention, also der auf Rückfallvermeidung ausgerichteten Arbeit. In diese Arbeit werden diejenigen einbezogen, gegen die bereits ein Sanktions- oder Strafverfahren lief und die zu Haftstrafen oder zu anderen Sanktionen nach dem Jugendstrafgesetz verurteilt worden sind. Jugendliche und Heranwachsende sind über die Maßnahmen nach dem Jugendgerichtsgesetz (JGG) besser zu erreichen als Erwachsene.

Antigewalt- und Kompetenztraining

Das Antigewalt- und Kompetenztraining (AKT) verbindet Elemente aus Antigewalt- und politischer Bildungsarbeit und richtet sich an Jugendliche und Heranwachsende im Jugendstrafvollzug. Der Ansatz zielt auf ihre Gewaltbereitschaft wie auf eine vorurteilsbehaftete Motivation. Als Grundprinzipien des Konzepts gelten Akzeptanz (der Person), Freiheit von Demütigungen und Ressourcenorientierung. Das AKT verbindet Gruppenarbeit in den Trainingsreihen mit einer optionalen Einzelbetreuung nach der Haftentlassung. Zudem gibt es Schulungs- und Qualifizierungsangebote für Bedienstete der Justizvollzugsanstalten. AKT wurde vom Violence Prevention Network (VPN) entwickelt und wird seit 2002 in Modellprojekten in Kooperationen mit Justizministerien der Länder angewendet.

Das AKT will bei einem ganzheitlichen Verstehen delinquenter junger Menschen ansetzen: Sie „werden in der Gesamtheit ihrer Geschichte und ihrer Lebenswelten und im Kontext sowohl ihres abweichenden Verhaltens wie auch ihrer vorhandenen Kompetenzen und Ressourcen betrachtet“. Auf Basis einer „verlässlichen Beziehungsarbeit“ und Freiwilligkeit sollen die Teilnehmer zu selbstbestimmten Lernprozessen angeregt werden. Im eigentlichen Training setzt das Programm auf Gruppenarbeit, um innerhalb der Peergroup der Jugendlichen „gegenseitige Empathie- und Unterstützungsprozesse“ zu ermöglichen. Einen wesentlichen Anteil am AKT hat die Auseinandersetzung mit vorurteilsbehafteten Einstellungsmustern der Teilnehmer.

Nach dem aktuellen Stand läuft die Finanzierung des Landes Brandenburg mit dem Ende dieses Jahres 2013 aus. Das würde das Ende dieser Arbeit bedeuten. Im Bundesministerium der Justiz wird aktuell an dem Vorhaben gearbeitet, eine Fortführung der Arbeit in einer gemeinsamen Finanzierung seitens der Justiz- und Innenministerien des Bundes und der Länder zu erreichen

Sekundäre Prävention

Die sekundäre Prävention arbeitet mit Adressaten, bei denen man von einer erhöhten Wahrscheinlichkeit von rechter Gewalt ausgeht, also mit denjenigen, die meistens als „rechtsextremistisch gefährdet“ bezeichnet werden. Dass eine sozialpädagogische Arbeit auch mit dieser Klientel sinnvoll und erforderlich ist, zeigen existierende Arbeitsansätze und die dort gemachten Erfahrungen. In Berlin stehen dafür seit langem der Sportjugendclub Lichtenberg und die Straßensozialarbeit von Gangway.

Nach wie vor gilt, dass „schwierige“ Zielgruppen, also männliche (aktionistisch orientierte) Jugendliche mit eher niedrigen Bildungsabschlüssen bzw. -ambitionen und vor allem Jugendliche aus rechtsextrem orientierten Szenen an Angeboten der politischen Bildung oder geschlechtsspezifischen Angeboten kaum teilnehmen. Sie sind aber erreichbar und zwar über Offene Jugendarbeit, Streetwork, sport-, körper- und erlebnisorientierte Angebote, über Einzelfallbetreuungen, Soziale Trainingskurse oder Anti-Aggressionstrainings.

Mit Kurt Möller, Professor für Soziale Arbeit in Esslingen, der seit Jahren zu rechtsextremen Cliquen, zu Einstiegs- und Ausstiegsprozessen in die rechtsextreme Szenen forscht, kann man die Erfolgchancen solcher Angebote bestimmen. Sie sind aussichtsreich, soweit sie ihren Adressaten Angebote vermitteln, die mit den Angeboten des politischen Rechtsextremismus konkurrieren können. In diesem Sinne sind „funktionale Äquivalente“ gefragt, also Angebote, die tatsächlich „funktionieren“, die angenommen werden und die Rechtsaußen-Angebote ersetzen können. Dabei geht es um Welt-, Gesellschafts- und Geschichtsdeutungen, um Hilfen bei der Strukturierung von Erfahrungen, es geht um Aussichten, das eigene Leben kontrollieren und handeln zu können, und um die Erfahrung, selbst wirksam sein zu können.

Rechtsextreme Orientierungen wie problematisches Gewaltverhalten werden in diesem Modell als Ausdruck und Folge defizitärer Voraussetzungen und der Verarbeitung von Erfahrungen verstanden. Sie lassen sich in drei Komplexen zusammenfassen: die beängstigende Erfahrung des Kontrollverlustes gegenüber der eigenen Biographie und nahen Umwelt, als Erfahrung einer schwindenden sozialen Zugehörigkeit bzw. einer Überforderung durch die Vielfalt moderner Lebenswelten und als Fehlen personaler und sozialer Kompetenzen.

Zu Recht sieht Möller aussichtsreiche Strategien darin, die Erfahrungs- und Kompetenzgrundlagen zu verändern, die eine Hinwendung zu komplexitätsreduzierenden und damit auch zu rechtsextremen Gesellschaftsinterpretationen bzw. zu gewalttätigem Handeln motivieren. Im Einzelnen bedeutet das, solche individuellen Handlungsweisen zu unterstützen, die Kontrolle über das eigene Leben ermöglichen, Integrationserfahrungen in verständigungsorientierte Kommunikations- und Kooperationskontexte zu ermöglichen und Selbst- sowie Sozialkompetenzen zu erweitern.

Primäre Prävention

Damit bin ich bei der primären Prävention und zugleich bei unserer jüngsten Studie, die sich der Situation von Vorurteils- und Gewaltprävention in zwei Berliner Quartiersmanagement-Gebieten, also Gebieten gewidmet hat, die im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ gefördert werden.

Bereits die Arbeitsprinzipien der tertiären und der sekundären Prävention haben sich als die Kombination allgemeiner sozialarbeiterischer Grundsätze erwiesen, die um spezifische Kompetenzen ergänzt werden, also Kenntnisse der lokalen Szenen, der Musik, der gängigen Themen der Rechtsextremen sowie Geschichtskenntnisse bei der sekundären und etwa Fähigkeiten zur Unterstützung bei der Tataufarbeitung im Falle der tertiären Prävention.

Bei der primären Prävention nun kann von solchen spezifischen Ergänzungen nicht mehr die Rede sein. Die allgemeinen Ziele von Betreuung, Erziehung und Bildung und Arbeitsprinzipien, wie sie etwa im Berliner Bildungsprogramm festgelegt sind und die für alle Kinder gelten, können gleichermaßen auch als primäre Prävention im Hinblick auf rechte Gewalt gelten.

Für die primäre Prävention ist – wie bereits ausgeführt – das Vorschul- und Grundschulalter entscheidend.

Soweit es sich um sog. soziale Brennpunkte handelt, ist die Situation an den Grundschulen stärker durch verbale als durch körperliche Gewalt geprägt. Die befragten Lehrkräfte beschreiben darüber hinaus Respektlosigkeiten, „emotionale Verrohung“ und insgesamt schwach ausgebildete Fähigkeiten der Kinder, die eigenen Befindlichkeiten und die von anderen wahrzunehmen. Dies muss als Ausdruck und Folge von Sozialisationsprozessen verstanden werden, die einen besonderen Entwicklungs- und Förderbedarf signalisieren.

Anhand der neueren Diskussion um den erweiterten Bildungsbegriff möchte ich diese Diagnose präzisieren. Vier Arten von Kompetenzen machen bekanntlich den erweiterten Bildungsbegriff aus. Thomas Rauschenbach, der Direktor des Deutschen Jugendinstituts in München, hat sie folgendermaßen zusammengefasst:

„Erstens **kulturelle** Kompetenzen, mit denen sich Menschen die Wissensbestände einer Gesellschaft und ihre Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben oder Rechnen erschließen können; zweitens **personale** Kompetenzen, die es dem Einzelnen ermöglichen, mit seiner Gedanken- und Gefühlswelt, seiner Körperlichkeit und seiner Emotionalität umzugehen; drittens **soziale** Kompetenzen, dank derer Menschen am Gemeinwesen teilhaben und soziale Verantwortung übernehmen können; viertens **instrumentelle** Kompetenzen, die es den Menschen ermöglichen, sich in der stofflichen Welt der Natur, der Waren und Produkte handelnd zu bewegen.“ (Rauschenbach 2012)

Ein besonderer Unterstützungsbedarf besteht bei den personalen und sozialen Kompetenzen. Damit sind die Fähigkeiten gemeint, die es den Einzelnen ermöglichen, mit ihrer je individuellen Gedanken- und Gefühlswelt, ihrer Körperlichkeit, ihren Wünschen und Ängsten umzugehen bzw. sich mit anderen als Teil einer Gemeinschaft so zu verständigen und zu handeln, dass jeder zu seinem Ausdruck und zu seinem Recht kommt.

Unsere Untersuchung hat die besondere Bedeutung von Sozialarbeit an Schulen unterstrichen, ebenso die Kultur der Konfliktmediation einschließlich der Ausbildung von Konfliktlotsen. Weitere Möglichkeiten sind die Einführung eines eigenen Faches an Grundschulen mit einer zusätzlichen Schulstunde, in der das soziale Klima in Klassen im Vordergrund steht.

Eine weitere Idee, die teilweise bereits realisiert wird, basiert auf dem Konzept der zweifachen Identität und dient der frühen Einübung in Gemeinschaften von Kindern und Jugendlichen, die sich aus heterogenen Herkunftsgruppen zusammensetzen (vgl. Beelmann/ Saur/ Ziegler 2010, 9). Dieses Konzept zielt darauf, neben der mitgebrachten ethnischen nationalen oder religiösen

Identität der Kinder eine zweite, neue inklusive Identität zu begründen und zu kultivieren. Diese zweite Identität bezieht sich nicht auf das, was einen unterscheidet oder trennt, sondern auf das, was einen verbindet. Eine solche inklusive Identität kann sich auf die Klasse, die Schule, den Jugendklub oder vielleicht auch auf ein ganzes Stadtquartier beziehen. Sie darf nicht lediglich propagiert werden, sondern sie muss durch gemeinsame Praxis, also Aktivitäten getragen werden. Herkömmliche Freizeitbeschäftigungen können durch die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen bei der Gestaltung ihres Wohnquartiers ergänzt werden. Mit einem solchen Ansatz lassen sich Gemeinsamkeiten betonen und Differenzen zwischen Bevölkerungsgruppen in die zweite Reihe stellen – damit werden ziemlich genau die Fähigkeiten gefördert, die für ein ziviles Zusammenleben in einem heterogenen Nationalstaat benötigt werden.

Fazit

Rechter Gewalt muss auf verschiedenen Ebenen Einhalt geboten werden: Neben den Interventionen der unmittelbaren Gefahrenabwehr durch die Polizei und wünschenswerten Zivilisierungen im öffentlichen Diskurs müssen langfristig angelegte und abgesicherte Maßnahmen der Prävention stehen. Viele aussichtsreiche Arbeitsansätze wurden seit 1990 entwickelt. Weitere Modellprojekte scheinen vorerst nicht erforderlich zu sein, es kommt viel mehr darauf an, die vorhandenen Ergebnisse dauerhaft in Praxis umzusetzen.

Literatur

Andreas Beelmann/ Michael Saur/ Petra Ziegler: Thüringer Studie zur Vorurteilsprävention und Toleranzentwicklung. Projektbericht: Zeitraum 2005-2009, Jena 2010

Michael Kohlstruck/ Daniel Krüger/ Anna Verena Münch: Berliner Projekte gegen Rechtsextremismus, in: Berliner Forum Gewaltprävention 8 (2007), Nr. 30, verfügbar im Internet: http://www.berlin.de/lb/lkbgg/bfg/2007/nummer_30.html

Michael Kohlstruck / Daniel Krüger/ Katharina Krüger: Was tun gegen rechte Gewalt? Arbeitsansätze der sekundären und tertiären Prävention in Berlin, in: Berliner Forum Gewaltprävention 11 (2009), Nr. 39, verfügbar im Internet: http://www.berlin.de/lb/lkbgg/bfg/2009/nummer_39.html

Michael Kohlstruck/ Birgit Glock/ Carl-Eric Linsler/ Konstanze Dobberke: Die Praxis von Vorurteils- und Gewaltprävention in zwei Berliner Quartieren, in: Berliner Forum Gewaltprävention 13 (2012), Nr. 47, verfügbar im Internet: http://www.berlin.de/lb/lkbgg/bfg/2012/nummer_47.html

Tobias Raabe/ Andreas Beelmann: Development of Ethnic, Racial, and National Prejudice in Childhood and Adolescence. A Multinational Meta-Analysis of Age Differences, in: Child Development 82 (2011), No. 6, S. 1715-1737

Thomas Rauschenbach: Ein anderer Blick auf Bildung, in: DJI-Impulse Nr. 100 (2012) H. 4, S. 4-6, verfügbar im Internet: http://www.dji.de/bulletin/d_bull_d/bull100_d/DJIB_100.pdf

Uwe Volkmann: Grundprobleme der staatlichen Bekämpfung des Rechtsextremismus, in: Juristenzeitung (JZ), 65 (2010), H. 5, S. 209-217

Christoph Kopke / Gebhard Schultz:

Feindbild Polizei

Wie reden Rechtsextreme im Internet über die Polizei?⁷

Kommt die Rede auf das Themenfeld „Rechtsextremismus und Polizei“, so geraten oftmals nur negative Tendenzen, Versäumnisse oder Skandale in den Blick: Tatsächliches oder vermeintliches polizeiliches Versagen im Kampf gegen rechtsextreme Straftaten - etwa bei der Aufklärung der NSU-Morde; Skandale wie die Mitgliedschaft baden-württembergischer Polizeibeamter im rassistischen Ku-Klux-Klan und deren Nicht-Suspendierung oder die Frage nach fremdenfeindlichen Einstellungen innerhalb der Polizei. Eine unlängst (April 2013) vorgelegte Studie der Amadeo Antonio Stiftung spricht sogar von Staatsversagen und bilanziert: „Im Sicherheitsapparat wird geduldet, verharmlost und weggeschaut“.⁸

Doch mit dem Hinweis auf negative Vorkommnisse lässt sich nur ein Teilaspekt des Verhältnisses von Rechtsextremismus und Polizei beschreiben, zumal aktuelle zuverlässige Studien etwa zu rechtsextremen Einstellungen innerhalb der Polizei nicht vorliegen.⁹

Blicken wir rund zwanzig Jahre zurück: Unmittelbar nach der „Wende“ in der DDR und in den ersten Monaten und Jahren der neuen Bundesländer kam es zu einer bis dahin beispiellosen Welle rechtsextrem und fremdenfeindlich motivierter Gewalt. Die Polizei – ihrerseits in einer Phase der Neustrukturierung – schien mit der Entwicklung zeitweise überfordert und auch die Politik tat sich zunächst schwer, angemessene Gegenstrategien zu entwickeln. Die Polizei galt als eine „verunsicherte Institution“ (Jaschke) und stand angesichts umstrittener Polizeieinsätze, taktischer Fehleinschätzungen und mangelnder Präsenz beispielsweise bei den pogromartigen Krawallen in Rostock-Lichtenhagen 1992 selbst im Fokus der Kritik.¹⁰ Gleichzeitig reagierten Staat und Polizei seit den frühen 1990er mit einer Reihe von Maßnahmen aber auch deutlich auf die neuen Entwicklungen.¹¹

Die Polizeien der Länder, vor allem in verschiedenen ostdeutschen Bundesländern, haben in den letzten zwei Jahrzehnten in unterschiedlichster Weise Konzepte gegen Rechtsextremismus entwickelt und erprobt, sowohl auf dem Feld der Prävention, als auch auf dem Feld der Repression.¹²

Dies wird von Rechtsextremen sehr wohl wahrgenommen. Sie fühlen sich vielfach geradezu in paranoider Weise verfolgt. Verfolgt vom „System“, von einer der Politik willfährig folgenden Polizei, die obendrein noch mit der „Antifa“ unter einer Decke stecke... Wir haben unlängst die verschiedenen gängigen Narrative über die Polizei und die damit verbundenen Verschwörungsmymen etwa in Rechtsrock-Texten oder Internetforen untersucht.¹³

⁷ Dieser Beitrag ist ein überarbeiteter und ergänzter Auszug aus: Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hg.) 2013.

⁸ Amadeo-Antonio-Stiftung 2013: 44.

⁹ Prengel 2012

¹⁰ Jaschke 1994b.

¹¹ Jaschke 1994a.

¹² Kandt 2007.

¹³ MdI Brandenburg 2013

Innerhalb der rechtsextremen Szene hat sich die Haltung gegenüber Polizeibeamten, Staatsanwälten und weiteren Vertretern der inneren Sicherheit in den letzten Jahren verändert. Dies kann auch als Reaktion auf die Professionalisierung polizeilicher Arbeit im Umgang mit rechtsextrem motivierten Straftaten und der Entwicklung entsprechender spezifischer polizeilicher Konzepte auf den Feldern der Repression und Prävention verstanden werden. Neben einer weiter bestehenden traditionellen positiven Sicht auf die Polizei als Ordnungsfaktor aus einer grundsätzlichen Affinität zum „starken Staat“ heraus, ist die Entwicklung eines spezifischen rechtsextremen „Feindbildes Polizei“ festzustellen. Kenner der rechtsextremistischen Szene haben schon seit einiger Zeit darauf hingewiesen, dass „neuerdings auch Richter und Staatsanwälte und Polizisten“ zum Feindbild der Szene gehören.¹⁴

Noch ist die Zahl zielgerichteter Gewaltdelikte auf einem relativ niedrigen Niveau geblieben. Vor der Schilderung von drei Einzelbeispielen heißt es beispielsweise dazu im Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2010:

„2010 kam es erneut zu gewalttätigen Übergriffen von Rechtsextremisten auf Polizeibeamte. Anlass waren Polizeimaßnahmen wie Platzverweise, Durchsetzung von Demonstrationsverboten sowie Abbrüche von Konzerten und Feiern.“¹⁵

Im Rahmen eines Forschungsprojekts,¹⁶ das von 2010 bis 2013 am Moses Mendelssohn Zentrum in Potsdam stattfand, wurde den folgenden Fragen nachgegangen: Welche Sichtweise(n) gibt es in der rechten Szene auf die Arbeit der Polizei im demokratischen Rechtsstaat? Wie wird über Polizei und Polizeiarbeit gedacht und gesprochen? Wie werden polizeiliche Maßnahmen gesehen und bewertet? Wie reagiert die rechtsextreme Szene auf polizeiliches Engagement gegen rechtsextreme Straf- und Gewalttaten? Welche Narrative über Polizei existieren? Gibt es ein spezifisch rechtsextremes Feindbild Polizei? Ausgewertet wurden rechtsextreme Musiktexte, die Berichterstattung der NPD-Medien „Deutsche Stimme“ und „Zündstoff“ sowie rechtsextreme Websites. Im Folgenden soll dargestellt werden, wie Rechtsextreme im Internet über die Polizei reden.

Das Thema Polizei auf rechtsextremen Websites¹⁷

In jüngster Zeit spielt das Internet als Kommunikationsort und Mobilisierungsmedium eine immer wichtigere Rolle.¹⁸ RechtsRock und entsprechende Internetangebote offerieren eine regelrechte neonazistische „Erlebniswelt“.¹⁹ Der Themenkomplex Polizei zählt zu den zentralen inhaltlichen Schwerpunkten rechtsextremer Websites. Es findet eine umfangreiche Medienauswertung zu allen Aspekten „rund um die Polizei“ statt. Die inhaltliche Bandbreite ist praktisch grenzenlos:

¹⁴ Maegerle 2011, Kastner 2009.

¹⁵ Mdl Brandenburg 2011, S. 86.

¹⁶ Ergebnisse in Mdl Brandenburg 2013 und Kopke 2012.

¹⁷ Gesichtet wurden die folgenden Internetangebote aus Brandenburg: spreelichter.info, SFB Infos (senftenberger.blogspot.com), Das Nationale Informationsportal aus dem Landkreis Teltow-Fläming (info-tf.net), Freie Kräfte Neuruppin/Osthavelland (logr.org/nsfkn), Freie Kräfte Königswusterhausen (fk-kwh.net) und Alternative Jugend Potsdam (alternative-jugend-potsdam.info). Darüber hinaus wurden die folgenden Websites mit überregionaler Bedeutung ausgewertet: Deutsches Rechtsbüro (deutsches-rechtsbuero.de), Blaulichtblog (blaulicht-blog.net); Skadi Forum (forums.skadi.net), Thiazi Forum (forum.thiazi.net) und NPD (Bund, Landesverband Brandenburg, „Deutsche Stimme“). Zusätzlich wurden weitere Recherchen, u. a. zu einzelnen Personen sowie zum Demonstrationsgeschehen in Dresden im Februar 2011, durchgeführt. Einige der durchgesehenen Internetseiten sind inzwischen nicht mehr abrufbar, z. T. auf Grund polizeilicher oder juristischer Maßnahmen.

¹⁸ Busch 2010.

Berichtet wird über Ausländerkriminalität, die Fahndung nach „Kinderschändern“, Maßnahmen der Telefon- und Internetüberwachung, die Kontrolle der Winterreifenpflicht, die Einführung von „Safety Bras“ bei der deutschen Polizei etc.

Grundsatzdebatten

Die Zahl der Beiträge, in denen das Verhältnis zur Polizei in einer grundsätzlichen Weise thematisiert wird, hält sich in Grenzen. Eine der wenigen umfangreichen Grundsatzdiskussionen findet sich im deutschsprachigen Thiazi-Forum unter dem Titel „Eure Einstellung gegenüber der Polizei“. Einige Zitate aus der Diskussion:

„Fest steht aber auch wenn der Tag X kommen sollte muß auch bei der Polizei mit dem großen Besen duchgefeigt werden.“

„Und ja, wir brauchen eine Exekutive, deswegen sehe ich keinen Grund, Bullen abzuschaffen wie es einige Anarcho-Nationale (?) hier wohl gerne hätten. ... Wir sind hier nicht in einem Kasperletheater! ... ACAB! Schafft die Bullen ab! Na, dann schauen wir mal, wie es sich in einer Anarchie so lebt! Dann könnt ihr euch ja zu den Punks in der Karlsruher Innenstaff gesellen. Die schreien auch immer ‚Bullen sind scheisse‘.“

„Nur ein neu erstarkter nationalsozialistischer Staat in Deutschland kann die Polizei wieder zu dem machen, was sie einst war, was sie sein sollte. Zum Freund und Helfer.“

Zahlreiche User vertreten in diesem Thread polizeistaatliche Vorstellungen, die mit demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien nicht in Einklang zu bringen sind. In einem Teil der Beiträge wird offen gefordert, man solle sich am historischen Vorbild der nationalsozialistischen Polizei orientieren. Derartige „Argumente“ finden sich z. B. auch in der Thiazi-Diskussion „Bremer Polizei warnt vor Triebtäter - statt diesen aus dem Verkehr zu ziehen“:

„die untätigkeit der polizei in den ‚goldenen zwanziger jahren‘ gegen verbrecher aller art wurde immer wieder damit erklärt (wie auch heute) das man verbrechen nie ausmerzen könne. das wurde aber ab 1933 durch eine wahrhafte vokspolizei, glänzend widerlegt. das berliner scheunenviertel bevorzugtes rückzugsgebiet von judengauern und gelumpe aller herrenländer ‚wurde eines tages durch berliner schupos hermetisch abgriegelt und wohnung für wohnung durchsucht, nach geheimgängen und verstecken ausschau gehalten. alles was an unsicheren kandidaten aufgeriffen wurde, sofern es deutsche waren, 3 monate zur sommerfrische nach oranienburg oder dachau entsendet. danach war ruhe und ordnung bis 45‘.“

„Damals gab es auch Leute wie Heydrich. Die würden sowas nicht durchgehen lassen - und das Volk wusste das auch.“

In anderen rechtsextremen Website-Kommentaren werden staatsfeindlich-individualistische Haltungen vertreten. So heißt es z.B. in einem Altermedia-Kommentar:

„Persönlich bin ich der Meinung, dass die Polizei abgeschafft gehört. Ich wurde z.B. noch nie in meinem Leben ausgeraubt. Außerdem sollte man den Erwerb von Schusswaffen vollkommen freigeben, damit jeder in Sicherheit leben kann. Wenn mich dann jemand schlägt

¹⁹ Glaser/Pfeiffer 2007.

oder belästigt schieß ich ihm einfach ne Kugel ins Gesicht, wozu braucht man dann noch ne Polizei.“

Derartige Tendenzen finden sich gelegentlich auch bei der NPD. Hier zwei Zitate aus der Online-Ausgabe der Parteizeitung „Deutsche Stimme“:

„In Zeiten, in denen die Bevölkerung schutzlos kriminellen Zuwanderern preisgegeben wird, muß die Bevölkerung sich wieder selbst schützen lernen.“

„Privater Schußwaffenbesitz erhöht die innere Sicherheit.“

Die Polizei als Freund

Die Polizei wird im rechtsextremen Internet keineswegs ausschließlich negativ gesehen. In vielen Beiträgen werden neutrale Begriffe (Polizei, Polizist, Staatsschutz etc.) verwendet. In manchen Negativbezeichnungen wird zudem primär die Funktion des Polizisten angegriffen, weniger die Person. Im Vergleich zu anderen Gruppen (Ausländer, Juden, Schwule, Kriminelle etc.) kommen Polizisten jedenfalls „noch gut weg“.

Die Polizei spielt im rechtsextremen Denken eine wichtige Rolle. Sie ist als Organ unverzichtbar zum „Aufräumen“ und zur Schaffung einer nationalsozialistischen Ordnung. Man schätzt die hierarchischen Strukturen, die Uniformierung und die Problemlösung durch Gewalt. So schreibt ein User im Skadi Forum:

„If some crack head hanging in the middle of the street or some crook gets their head bashed in with a night stick, who am I to have something against it.“

Im Senftenberger Blog (SFB Infos) heißt es in einem Kommentar:

„Die Polizei ist nicht unser Feind und wir kämpfen auch nicht gegen sie, sondern für das Überleben und eine Zukunft unseres Volkes.“

Die Argumentation auf vielen rechtsextremen Websites ist oftmals durchaus „polizeifreundlich“. Man zeigt Verständnis für schlechte Arbeitsbedingungen und mäßige Bezahlung. „Jeder gut ausgebildete Dachdecker verdient mehr“, meint ein User im Thiazi Forum. Einsparungen im Polizeibereich (wie z. B. die geplante Schließung von Polizeiwachen in Brandenburg) werden kritisiert. Zu erwähnen sind in diesem Kontext insbesondere die zahlreichen Erklärungen der NPD:

„NPD unterstützt Volksinitiative der Polizei“ [zur Polizeireform Brandenburg, mit Link zur Unterschriftensammlung der GdP].

„NPD-NRW solidarisiert sich mit Duisburger Polizei“ [gegen Vorwürfe einer Bundestagsabgeordneten der Linken]

„NPD unterstützt Polizeigewerkschaft: Thierse muß weg!“

Nicht selten wird behauptet, es gebe auch innerhalb der Polizei Sympathien für rechtsextremes Gedankengut. Die folgenden drei Zitate stammen aus dem Thiazi-Forum:

„Die sind manchmal schon recht freundlich und erzählen sogar mit uns übers Wetter usw. Und dann im stillen und kleinen hört man auch mal: Eigentlich finde ich es ja gar nicht schlecht, was ihr macht.“

„Als wir am Gedenkstein nach einer eindrucksvollen Gedenkrede für die Opfer unsere Kränze ablegten und in einer Schweigeminute verharrten, nahmen viele der anwesenden Polizisten Haltung an und Helm ab. Diese Geste hat viele von uns beeindruckt.“

„Hab auch schon am ende einer demo mitbekommen wo wir die nationalhymne gesungen haben das ein bulle mitgesungen hat... (alle bullen saßen mehr oder weniger, ausser der eine...) Doch leider sind ganz wenige polizisten gute polizisten.“

Interessant ist in diesem Kontext die sehr umfangreiche Diskussion „'Antisemitismus-Skandal' an Polizeischule“ auf Thiazi. Dort meldet sich ein angeblicher Polizeischüler („Freund der Sonne“) zu Wort, der sich u.a. über seine Berufswahlmotive äußert:

„... kann man so aktiv mithelfen die Straßen von ‚Schmutz‘ und ‚Ungeziefer‘ zu säubern. Und ich wollte schon immer mal schießen um ehrlich zu sein.“

Ein angeblich früherer Angehöriger des Bundesgrenzschutz (BGS) behauptet:

„Eingestellt wurde ich übrigens aufgrund meiner Nationalsozialistischen Einstellung ...“

Der User „Robert“ will (offenbar vom Hörensagen) wissen, dass in einer Polizeischule im Rahmen der Staatsbürgerkunde das Horst-Wessel-Lied gespielt wurde:

„Als die Musik einsetzte, stand die gesamte Klasse auf, reckte den rechten Arm nach oben und sang das jeweilige Lied mit Es gab keine Probleme mit dem Text. Es erübrigt sich, die Reaktion des Lehrers zu beschreiben, der mit hochrotem Kopf zwar Fraktur redete, aber es blieb dabei belassen. Ab diesem Zeitpunkt hörte man keine Platten mehr.“

Die Polizei als Feind

Andererseits sind sich die rechtsextremen Internetaktivisten natürlich darüber im Klaren, dass die Polizei dem System dient, das die extreme Rechte bekämpfen und abschaffen will. So heißt es im Skadi Forum:

„As part of the system, which we reject and fight against in it's entirety, they're part of the problem; and become enemies like the rest of the system they chose to work for.“

Doch Polizisten werden nicht nur gehasst, weil sie dem System dienen, sondern auch weil man annimmt, dass sie im Zweifel jedem System dienen würden. (Letzteres erscheint manchem noch schlimmer.) Ein Skadi-User sieht es so:

„The police, I don't trust them or like them....the fuckers would sell their grandmothers for a pension and they have done more harm to the far right in the UK than anyone.“

Die Polizei wird in umfassender Weise beobachtet. Quantitativ steht die Demonstrationsberichterstattung im Vordergrund. Polizeiliche Aktivitäten werden ausführlich beschrieben, kritisiert und oft auch fotografisch dokumentiert. Auch strategische und taktische Überlegungen zum Verhalten bei zukünftigen Aktionen sind in manchen Internetforen nachzulesen. Auf der Internetseite des „Nationalen Widerstands Berlin“ heißt es:

„Einige Wochen vor der Maidemonstration in Berlin wurde ein bisher noch zu stark vernachlässigtes Thema aufgegriffen: Wie verhalte ich mich im Rahmen von Demonstrationen, bei Übergriffen durch Linke oder Polizisten. Um auf diesen Fall besser vorbereitet zu sein, wurde dies von ca. 50 Nationalen Sozialisten geübt. So wurde nun im Raum Berlin ein ruhiges Waldstück ausgewählt und der ‚Sportplatz‘ in Beschlag genommen.“

Allzu heftige Kritik an der Polizei ist bei manchen Usern allerdings unbeliebt. Dazu ein Zitat aus dem Thiazi Forum:

„Würde es heutzutage eine Polizei unter NS-Führung geben, würden einige jammernde vermeintliche Nationalsozialisten den Knüppel noch härter spüren, als sie es unter ‚BRD-Mandat‘ gewohnt sind. Viele würden sicherlich schneller in Arbeitslagern verschwinden, als sie ‚Adolf‘ sagen könnten...“

Demonstrationsberichterstattung

Im Mittelpunkt steht die Kritik an vermeintlicher „Polizeiwillkür“: Der Polizeieinsatz sei „völlig überzogen“ gewesen, es habe „Schikanen“ gegeben und die Polizei habe „provoziert“. Oft wird behauptet, die Polizei bevorzuge oder schütze linke Demonstranten und kooperiere mit diesen. Aus einem Demonstrationsbericht im „Nationalen Informationsportal Teltow-Fläming“:

„Die Polizei ließ sich ... jede Menge Zeit die Blockierer wegzuräumen und fasste diese regelrecht mit Samthandschuhen an. ... Die Polizei war allerdings recht schnell dabei die kleine Pause zu nutzen um ein halbes dutzend Nationaler Widerstandskämpfer aus fadenscheinigen Gründen festzunehmen.“

Weitere beliebte Argumentationsmuster: Die Polizei sei „unfähig“. Man habe die Polizei an der Nase herumgeführt.²⁰ Beliebt sind amüsante Anekdoten über polizeiliche Maßnahmen.²¹ Berichtet wird jedoch auch über Begegnungen mit „freundlichen“ Polizisten und über gelegentliche Erfolge in der „Zusammenarbeit“:

„Schönes Wetter und relativ freundlich gesinnte Polizisten erwarteten uns (...)“ (Nationales Informationsportal Teltow-Fläming).

„(...) die Kinder durften sich derweil im ‚großen Polizeiauto‘ vergnügen und einmal die ‚Kelle‘ schwingen (...)“ (Freie Kräfte Neuruppin/Osthavelland).

„Nur durch die gestochen scharfen Fotos der ‚Anti – Antifa‘ war es der Polizei möglich, den Flaschenwerfer zu verhaften“ (Nationales Informationsportal Teltow-Fläming).

²⁰ In einem Sprechlichter-Beitrag wird berichtet, ein Pizzaservice habe die von Demonstranten geordnete Bestellung in einen Polizeikessel geliefert.

²¹ Im Senftenberger Blog wird z.B. eine polizeiliche Überwachung beim Kaffeetrinken geschildert. „Die haben garantiert aufgepasst, dass wir nicht zu viel Kaffee trinken, kann ja sehr gefährlich sein.“

Zur Koordination von Demonstrationen (z.B. Dresden 2011) wird auch auf die Kommunikationsplattform Twitter zurückgegriffen (Vorab-Berichterstattung über Gerichtsurteile, Mitteilung von Infonummern, Hinweise zur Anreise, „Echtzeitberichterstattung“ vom Demonstrationsgeschehen, Nachbereitung usw.). Häufig wird dabei von Verlinkungen Gebrauch gemacht (Berichte, Blogs, Videos u. ä.).

Engagierte Polizeibeamte im Visier

Das Feindbild Polizei wird in der rechtsextremen Szene nicht nur abstrakt propagiert. Vertreter der Polizei werden im Internet auch namentlich genannt und „ins Visier“ genommen. Die Bandbreite der Internetaktivitäten ist dabei groß:

- Veröffentlichung biographischer Informationen
- Kontinuierliche Berichterstattung/Kommentare zu beruflichen Aktivitäten
- Aktionen und Kampagnen
- Strafrechtlich relevante Beiträge (persönliche Beleidigungen, Aufruf zu Gewalttaten, Benennung des Wohnorts u. ä.)

Rechtsextreme „verteidigen“ den Rechtsstaat

„Unter Bezeichnungen wie ‚Rechtsextremisten‘, ‚Rechtsradikale‘, ‚Neonazis‘, ‚Nazis‘, ‚Faschisten‘ und ähnlichem findet ein kalter Bürgerkrieg gegen Bürgerrechtler, Dissidenten, Freiheitskämpfer und Oppositionelle statt.“

Die Polizeikritik auf rechtsextremen Internetseiten ist nicht selten juristisch formuliert. Angeblich „rechtswidrige“ Handlungen der Polizei werden oft aus einer scheinbar liberalen, bürgerrechtlichen Perspektive thematisiert. Zu den wichtigsten Kritikpunkten gehören:

- die angebliche Verletzung von Grundrechten (Versammlungsfreiheit, freie Meinungsäußerung usw.)
- der als „Gesinnungsparagraph“ bezeichnete § 130 des Strafgesetzbuchs²²
- Vereinsverbote sowie die anhaltende Diskussion um ein NPD-Verbot
- Vereinzelt wird auch ein Widerstandsrecht nach GG Art. 20 Abs. 4 in die Diskussion gebracht. So meinte der NPD-Politiker Udo Pastörs im Februar 2010 vor dem Hintergrund eines durch Gegendemonstranten verhinderten rechtsextremen „Trauermarsches“ in Dresden: „Und ich habe großes Verständnis dafür, wenn jetzt in Kameradenkreisen darüber diskutiert wird, ob es nicht langsam an der Zeit sei, auf der Grundlage des Artikels 20, Absatz 4 des Grundgesetzes dem Unrechtssystem BRD aktiven Widerstand entgegenzusetzen. Es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, wann die Polizei das erste Mal auf friedliche, nationale Demonstranten schießen wird.“

Bei manchen Blogkommentaren und Forenbeiträgen muss man aus sprachlichen und inhaltlichen Gründen vermuten, dass sie von Juristen verfasst sind:

„Vor allem freut es mich aber, immer mehr Juristen in der Bewegung begrüßen zu dürfen. Nach dem tragischen Ableben Jürgen Riegers braucht es einige Nachrücker, um diese Lücke zu schließen!“ (Kommentar auf spreelichter.info)

²² § 130 StGB stellt „Volksverhetzung“ unter Strafe.

„Da kann ich ja froh sein, dass ich meine Scheine bei Ministerialdirigent Dr. Glauben gemacht habe und nicht bei dir“ (Kommentar im Thiazi Forum).

Weit verbreitet sind juristische Ratgeber zu den unterschiedlichsten Themen, die oft – aber nicht ausschließlich – vom Deutschen Rechtsbüro verfasst wurden.²³ Andererseits ist die Berufung auf den Rechtsstaat in der rechtsextremen Szene keineswegs unumstritten. So schreibt z.B. das Aktionsbüro Nordsachsen im Februar 2011 anlässlich gescheiterter rechtsextremer Demonstrationen in Dresden:

„Die Nationale Bewegung braucht künftig völlig andere Konzepte und Methoden im Kampf gegen das System. Diese sollten aber auf keinen Fall darauf wurzeln, das Grundgesetz im Rücken zu haben.“

DDR-Vergleiche

Auf praktisch allen ausgewerteten Internetseiten wird die Bundesrepublik Deutschland gelegentlich mit der DDR verglichen.²⁴ Besonders beliebt ist der Stasi-Vergleich. Auf der Homepage der Rechtsrockband „Spreegeschwader“ ist zu lesen:

„Bereits 2002 versuchten LKA und Verfassungsschutz mit Hilfe eines Ausreiseverbotes, die Band ‚Spreegeschwader‘ daran zu hindern an einem Konzert in Ungarn teilzunehmen. Die Band spielte allerdings einige Wochen später trotzdem ein großartiges Konzert mit riesiger Stimmung in Ungarn! Was allerdings übel aufstieß, war die Tatsache, dass man einer legalen Band mit derartig ‚DDR-lastigen‘ Methoden die Reisefreiheit einschränkt. Ob es auch noch den Schießbefehl gibt, sollte die Band unerlaubt die Staatsgrenze überschreiten???“

Im Senftenberger Blog heißt es:

„Es ließ nicht allzu lange auf sich warten, und auch das neue System entpuppte sich als Überwachungs- und Unterdrückungsapparat, in dem nur derjenige liebsam ist, der schweigend zusieht und sich nicht dagegen wehrt. Altes behielt Methode und wurde nochmals verfeinert. Jene Täter von einst erhielten erneut Einfluss, Macht und Positionen, die Verbrechen von einst wurden unter den Tisch gekehrt. Alles Unliebsame muss wieder verfolgt, unterdrückt, eingesperrt und mundtot gemacht werden. Ihre Fußtruppen stehen wieder bereit.“

²³ Bei unseren Recherchen stießen wir u. a. auf die folgenden Ratgeber: Empfehlungen zum Aussageverweigerungsrecht, Ratgeber zum Verhalten bei Demonstrationen, Musterbrief für den Widerspruch gegen erkenntnisdienliche Behandlung, Vorlage für eine Dienstaufsichtsbeschwerde, Verhaltensempfehlungen bei Anwerbeversuchen durch den Verfassungsschutz, Musterschreiben für ein Auskunftersuchen zu gespeicherten Daten bei LKA und Verfassungsschutz, Positionspapier zum Flashmob. Im Thiazi Forum wird das Buch „Wege durch die Wüste – ein Antirepressionshandbuch für die politische Praxis“ empfohlen. „Ist zwar von der Antifa geschrieben, aber hochinteressant.“

²⁴ Man findet aber auch zahlreiche Vergleiche zum Nationalsozialismus. So findet sich z.B. im Thiazi Forum mehrfach die Abkürzung SS für Staatsschutz.

Besonders häufig wird der DDR-Vergleich auf den südbrandenburgischen Websites spreelichter.info und Senftenberg Infos verwendet. Im Senftenberger Blog findet sich kaum ein polizeibezogener Beitrag ohne DDR-Vergleich. Thematisiert werden u. a.

- personelle Kontinuitäten: z. B. ehemalige MfS-Mitarbeiter im Brandenburgischen Polizeidienst
- angebliche methodische Kontinuitäten: z. B. „staatsfeindliche Hetze“ gestern - §130 heute; Verbot von Blues-Messen gestern – Rechtsrockverbot heute; Telefonüberwachung gestern – Internetüberwachung heute

Auf den beiden südbrandenburgischen Internetseiten wird die Geschichte von Opposition und Widerstand in der DDR aber auch eigenständig (d.h. ohne unmittelbaren Gegenwartsbezug) bearbeitet. In beiden Blogs finden sich immer wieder Zitate bzw. längere (nicht autorisierte) Textauszüge von Bürgerrechtlern, Künstlern und Wissenschaftlern (z. B. Jürgen Fuchs, Sibylle Schönemann, Christa Wolf, Hubertus Knabe). Mehrere Blogeinträge sind mit Szenenfotos aus dem Film „Das Leben der Anderen“ versehen.

Thema: Die Freiheit des Internets

„Mit der Befreiung der Information von der physischen Bindung an das Papier durch ihre Digitalisierung haben die traditionellen Kontrollmechanismen ein Ende gefunden. Das Meinungsmonopol der Herrschenden schwindet und jeder, der Zugang zu einem Rechner hat, kann sich heute nicht nur außerhalb der vorgeschriebenen ideologischen Grenzen informieren, sondern besitzt auch eine Stimme, die gehört werden kann. Das ist der Grund, warum wir so viel Energie für die Arbeit im Netz aufbringen und auch dafür, warum die Demokraten das Netz durch die Anwendung des Zugangerschwerungsgesetzes unter ihre Kontrolle bringen wollen“ (spreelichter.info).

Die Debatten über Internetbeschränkungen (Online-Durchsuchungen, Vorratsdatenspeicherung, Sperrung von Kinderpornographie usw.) werden auch in rechtsextremen Blogs und Foren aufmerksam verfolgt. Wiederum ist hier die Internetseite spreelichter.info zu erwähnen, auf der sehr kenntnisreiche Texte zu Internetthemen zu lesen sind. spreelichter.info vertritt dabei eine scheinbar liberale Position,²⁵ die sich auf den ersten Blick kaum von der Haltung anderer netzpolitischer Blogs unterscheidet.²⁶ Unter dem Titel „Vorsicht, Stasi hört mit!“ bekommt der geneigte Leser Empfehlungen zur Abwehr des „Bundestrojaners“ mit Hilfe von „Knoppix“ und „Truecrypt“. Unter der Überschrift „Transparente Polizeiarbeit“ amüsiert sich spreelichter.info über die versehentliche Veröffentlichung polizeiinterner Daten durch den Versand einer Word-Datei.

Themenfeld: Polizei und „Ausländer“

Zahlreiche Beiträge thematisieren eine gegen die angebliche grassierende Ausländerkriminalität und gezielte Überfremdung wehr- und hilflose Polizei. Nach der Demonstrationsbeobachtung steht dieses Thema quantitativ an zweiter Stelle.²⁷ Im Einzelnen werden insbesondere die folgenden Aspekte diskutiert:

²⁵ So lehnt Spreelichter z. B. eine Sperre kinderpornographischer Internetseiten ab, weil dieses Mittel auf die Schaffung einer Zensurinfrastruktur gerichtet sei.

²⁶ Auch mit ihrer Verlinkungspolitik (z. B. zu netzpolitik.org) klinkt sich Spreelichter.info umstandslos in die liberale Blogger-Diskussion ein.

²⁷ Das „Sammelthema Ausländerkriminalität“ im Thiazi Forum umfasst z. B. 376 Seiten (Stand: 30.10.2011).

- „Ausländerkriminalität“ in Großstädten: Polizei schaue weg, traue sich nicht in Berliner Problemviertel. Auffallend häufig wird in diesem Kontext auf Stellungnahmen von Vertretern der GdP verlinkt. Beliebt sind außerdem anonyme Zitate und Verweise auf angebliche Äußerungen von Polizeibeamten. So schreibt ein User im Thiazi Forum: „‘80% der Straftaten hier in der Ecke sind von dem Asylheim ausgehend‘ sagte mir mal ein Polizist von hier hinter vorgehaltener Hand.“
- Kritik an der Anwerbung „fremdrassiger“ Polizisten, also der Einstellung von Beamtinnen und Beamten mit Migrationshintergrund: Diese bevorzugten angeblich ihre Landsleute, ließen sich besser im Kampf gegen Rechts und zur Unterdrückung der „deutschstämmigen“ Einwohner einsetzen.
- Kriminalitätsstatistiken werden angeblich bereinigt, die Täterherkunft dürfe nicht benannt werden.

„Da muss ich Mitleid mit den heutigen Polizeibeamten haben. Noch vor 25 Jahren, als ich im Streifendienst stand, waren solche Dinge undenkbar. Warnschuss, wenn das nicht hilft, 9mm in die hohle Birne. Und kein Staatsanwalt wäre gegen den Polizisten vorgegangen. Jeden Tag eine solche Migratte hinweggepusht und der Abschaum wäre in einem Jahr außer Landes“ (Kommentar im Thiazi-Forum).

„Tja, der Deutsche Polizist darf sich nicht gegen den rassistisch minderwertigen Aggressor wehren. Vor 70 Jahren wäre so etwas noch völlig undenkbar gewesen. So will uns der Jude demütigen“ (Kommentar im Thiazi Forum)

Polizeinahe Foren

Rechtsextreme Äußerungen finden sich auch in Internetforen, die angeblich oder tatsächlich von Polizeiangehörigen organisiert werden.²⁸

Das stark frequentierte Forum „Copzone“ wird von Henning Oelschläger (Osterrönnfeld) verantwortet, der selbst bei der Bundespolizei tätig sein soll. Trotz eindeutiger Kommentarregeln („Beleidigungen, sexuelle Anspielungen und sexistische oder rassistische Äußerungen sind untersagt.“) werden in den Forumsdiskussionen auch rechtsextreme bzw. rassistische Argumentationsmuster verwendet. Es gibt hierbei allerdings immer wieder auch User, die argumentativ deutlich dagegenhalten. So wird z.B. der Thread „Arabische Großfamilien, Staat kuscht vor kriminellen Clans“ vom Moderator „Trooper“ mit folgenden Worten geschlossen:

„Und das wars... jetzt reicht mir. Ich habe x-mal und immer wieder klargestellt, daß es in diesem Forum keine gesellschaftspolitische Debatte zum großen Gesamthema Migration/Integration geben wird. Das Thema sprengt erstens den Rahmen der Cop-zone und führt zweitens unweigerlich dazu, daß Leute auf verschiedensten Seiten der Debatte ausfällig werden und häßliche Äußerungen aus dem extremistischen Lager von sich geben... und ich habe schlicht und einfach weder Zeit noch Lust dazu, so einen Thread 24/7 zu überwachen. Wenn ihr nicht willens und in der Lage seid, beim Thema zu bleiben, habt ihr es euch wieder mal selbst zuzuschreiben.“

²⁸ Nicht alle User, die sich in derartigen Foren zu Wort melden, sind Polizisten.

Der „Blaulicht-Blog“²⁹ soll nach Angaben der Betreiber „dazu dienen, daß Polizei- und Justizmitarbeiter sich zu ihrem Alltag äußern können“. Man sei „wertkonservativ“. Und wolle „zeigen, wo der Werteverfall in Deutschland direkte oder mittelbare Auswirkungen auf den Polizeialltag hat.“ Die Blogregeln enthalten Distanzierungen vom Antisemitismus sowie vom Links- und Rechtsextremismus. Häufig distanzieren sich die Autoren von der NPD. Das Impressum enthält neben einer Kontaktmailadresse lediglich den Hinweis auf eine „Koc Ofis Hizmetleri Holding“ in Ankara. Das mangelhafte Impressum wird (in Reaktion auf einen Userkommentar) wie folgt begründet:

„Solange es Berufsdenunziaten gibt; Menschen aufgrund ihrer politischen Einstellung durch die Antifa und Linksradikale verleumdet und gesellschaftlich zerstört werden, werden Sie ein Impressum vergeblich suchen.“

Auffallend ist die positive Bezugnahme auf die Wählervereinigung „Bürger in Wut“ sowie die Thematisierung von Ereignissen in der Hansestadt Bremen. Der Blaulicht-Blog enthält zahlreiche, teilweise durchaus sachlich formulierte Texte bzw. Diskussionen zu polizeipraktischen Themen (z.B. Schusswaffeneinsatz, Notwehrrecht, Pfefferspray, Gummigeschosse) sowie Demoberichte aus der Sicht von Polizisten. Wesentliches Thema ist jedoch die „Ausländerkriminalität“ (insbesondere: Kritik an „nicht integrationswilligen“ Muslimen, Forderung nach Abschiebung krimineller Ausländer). Positiv zitiert bzw. verlinkt werden entsprechende islamkritische und islamfeindliche Autoren und Websites wie: Geert Wilders, Udo Ulfkotte, Tilo Sarrazin, Die Freiheit, Junge Freiheit, Kopp-Verlag, pi-news u. ä.

Trotz der Blogregeln enthalten insbesondere die User- Kommentare oftmals rechtsextremes bzw. rassistisches Gedankengut. Auch mancher Beitrag lässt die formale Distanzierung vom Rechtsextremismus fragwürdig erscheinen (z.B. die Übernahme eines Interviews mit dem in Sachsen-Anhalt 2010 von der SPD zur NPD konvertierten Kommunalpolitiker Püschel).

Fazit

Der Themenkomplex Polizei gehört zu den zentralen Themen auf fast allen rechtsextremen Websites. Häufig treffen wir auf Unterscheidungen zwischen „guten Polizisten“ und schlechter Polizei. Polizeiliche Maßnahmen gegen rechtsextrem motivierte Straf- und Gewalttaten werden als politische Verfolgung Andersdenkender beschrieben. Dabei wird regelmäßig der Vergleich mit DDR-Unterdrückung und Stasimethoden angestrengt. Sämtliche polizeilichen Maßnahmen gegen Rechtsextreme werden häufig pauschal als unbegründet, überzogen oder rechtswidrig angesehen. Gleichzeitig wird die Polizei als unfähig oder unwillig beschrieben, Kriminalität zu bekämpfen, es sei denn, es geht gegen Rechtsextreme. Einzelne Polizeibeamte werden an den Pranger gestellt, nicht selten verbunden mit recht unverhohlenen Aufrufen zu Gewalt bis hin zum Mord.

²⁹ Aktuell (Juli 2013) nicht mehr aufrufbar.

Literatur

Amadeo-Antonio-Stiftung 2013: Staatsversagen. Wie Engagierte gegen Rechtsextremismus im Stich gelassen werden. Ein Report aus Westdeutschland. Berlin 2013, <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/staatsversagen.pdf> (zuletzt 2.07.2013)

Busch, Christoph 2010: Rechtsradikalismus im Internet. Siegen.

Erb, Rainer 2006: Protestorganisation und Eventmanagement: Der Typus des rechtsextremen Bewegungsunternehmers, in: Klärner, Andreas / Kohlstruck, Michael: Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg, S. 142–176.

Glaser, Stefan / Pfeiffer, Thomas (Hrsg.) 2007: Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Schwalbach.

Jaschke, Hans-Gerd 1994a: Staatliche Institutionen und Rechtsextremismus, in: Kowalsky, Wolfgang / Schröder, Wolfgang: Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz. Opladen, S. 302-321.

Jaschke, Hans-Gerd 1994b: Eine verunsicherte Institution. Die Polizei in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus. Frankfurt, S. 305-339.

Kandt, Klaus 2007: Polizeiliche Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus in Brandenburg. Beispiele aus der Praxis, in: Schoeps et al. (Hg.), S. 230-236.

Kastner, Bernd 2009: Die Polizei ist ihr neues Feindbild, in: Süddeutsche Zeitung, 27.03.2009 [online abgefragt 19.01.2011].

Kopke, Christoph 2012: „Wer von Euch den Knüppel hob gegen deutsche Nationalisten: An den werden wir uns erinnern, kommt auf unsere schwarze Listen“. Polizei als Gegenstand rechtsextremer Musiktex-te, in: Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2012/2013, S. 169-180.

Maegerle, Anton 2011: Gewalt und Terror von Rechts, in: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 2/2011, S. 102-114.

Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hg.) 2011: Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2010, Potsdam.

Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hg.) 2012: Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2011, Potsdam.

Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hg.) 2013: Feindbild Polizei. Wie reden Rechtsextreme über die Polizei. Potsdam

Pieper, Detlef 2007: Strategien der Landesregierung gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und politisch motivierte Gewalt, in: Schoeps et al. (Hg.), S. 178-183.

Prengel, Heiko 2012: Niemand weiß, ob Polizisten fremdenfeindlich sind, in Die Zeit, 18.12. 2012: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-12/rechtsextremismus-fremdenfeindlichkeit-polizei> (letzter Aufruf 10.07.2013)

Schoeps, Julius H. / Botsch, Gideon / Kopke, Christoph / Rensmann, Lars (Hg.) 2007: Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin.

Uwe Steinbeiß / Thomas Weidlich

„Ohne Blaulicht – Feuerwehr ist mehr als Retten, Löschen, Bergen, Schützen“

Ein Beratungsprojekt des Landesfeuerwehrverbandes Brandenburg

„Retten, Löschen, Schützen, Bergen“. Mit diesen Schlagworten werden die Aufgaben der Feuerwehren zusammengefasst. Unter diesem Motto gewährleisten tausende Ehrenamtliche die flächendeckende Gefahrenabwehr und bringen schnelle Hilfe an jeden Ort. Für diese Arbeit genießen die Männer und Frauen der Feuerwehren zu Recht hohes Ansehen. 95 Prozent der Deutschen haben großes Vertrauen in die Feuerwehr – keine Institution genießt mehr Wertschätzung als die Feuerwehr.

Innerhalb des Landesfeuerwehrverbandes Brandenburg wurde im März 2011 ein neues Vorhaben ins Leben gerufen. Das Projekt „Ohne Blaulicht“ geht von der Annahme aus, Feuerwehr sei „mehr als Retten, Löschen, Bergen, Schützen“.³⁰ Das Projekt behauptet, dass Feuerwehren auch zivilgesellschaftliche Akteure sind, gesellschaftliche Funktionen über ihren Auftrag hinaus erfüllen und damit eine politische Bedeutung haben.

Vermutlich hatte auch der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck diesen Aspekt der Feuerwehridee im Blick, als er 2010 beim Parlamentarischen Abend des Landesfeuerwehrverbandes Brandenburg die Feuerwehren „ein tragendes Element des gesellschaftlichen Lebens in Brandenburg“ nannte. Vielleicht dachte der damalige Bundesinnenminister de Maizière auch an die Feuerwehren, als er das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ auf den Weg brachte, mit dem die demokratische Praxis in Vereinen, Verbänden und Kommunen gerade dort gestärkt werden soll, wo sich Menschen bereits bürgerschaftlich engagieren. Der Landesfeuerwehrverband Brandenburg und das Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung nutzten die Förderung aus dem Programm „Zusammenhalt und Teilhabe“, um ihre jahrelange bewährte Zusammenarbeit bei der Unterstützung der Feuerwehren nun in Gestalt des Projekts „Ohne Blaulicht“ fortzusetzen.

Drei Wirkungsfelder der Feuerwehren

Blickt man durch die „Ohne-Blaulicht-Brille“ auf die Feuerwehren, werden drei Wirkungsfelder der Feuerwehrarbeit erkennbar.

Wirkungsfeld „Brandschutz“

Jeder weiß, wozu es die Feuerwehren gibt. Ihr Sinn ist der Brandschutz. Gefahrenvorbeugung, Gefahrenabwehr und Brandschutzerziehung sind zentrale Tätigkeitsbereiche. Aktuell erfolgt die Weiterentwicklung der Feuerwehren in verschiedenen Handlungsfeldern: die Fähigkeiten zum Katastrophenschutz werden ausgebaut, Stützpunkfeuerwehren werden etabliert, Digitalfunk

³⁰ Das Projekt wird vom Bundesministerium des Innern im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ gefördert. Vgl. die Website des Bundesprogramms: <http://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de>, zuletzt eingesehen am 1.6.2012.

wird eingeführt und in der Nachwuchsgewinnung sollen Frauen, Quereinsteiger und Migranten verstärkt angesprochen werden.

Wirkungsfeld „Feuerwehrkultur“

Viele wissen, dass Feuerwehren auch gesellige Veranstaltungen sind. Das Stichwort „Feierwehr“ benennt eine Feuerwehrkultur, die wichtige soziale Bedürfnisse erfüllt. Feuerwehr lebt auch von den Bierabenden und Grillfesten, von den Ortsfesten aller Art, Jubiläen, Tagen der offenen Tür, Treffen, Wettbewerben und Sternfahrten. In vielen Kommunen tragen Feuerwehren in hohem Maße zum geselligen Leben teil. Die Jugendfeuerwehren sind Sozialisationsagenturen für ihre Jugendlichen und Verantwortungsschulen für die Jugendwarte. Feuerwehrsport, Feuerwehrorchester, Museen und Sammlungen, Historik und Traditionspflege, Messen und Kongresse sind wichtige kulturelle Institutionen.

Wirkungsfeld „gesellschaftliche Funktion“

Viele werden sich wundern, wenn Feuerwehren als politische Kraft angesprochen werden. Selbstverständlich verstehen sich die Feuerwehren als „unpolitisch“. Wo es Versuche gibt, Feuerwehren politisch zu instrumentalisieren, treffen sie auf Distanzierung oder hinterlassen Beschädigungen. Dem liegt das berechnete Selbstverständnis der Feuerwehren als „Unpolitische“ zugrunde und ein bestimmtes Verständnis von Politik.

Weit über die Feuerwehren hinaus gilt das Politische als Sphäre, in der „die Politiker“ in Parteien klüngeln, Klientele bedienen, Machtkämpfe unfair austragen, nicht sagen, was sie denken und die Probleme der Gesellschaft in Kommunen, Ländern und Bund ungenügend bearbeiten. Manchmal korrespondiert diese Auffassung mit Haltungen, nach denen Streit als nörgelndes Gezänk gilt, der eigene Horizont am lokalen Tellerrand endet und geistige Homogenisierung und Konformitätsdruck als Ausdruck von Kameradschaft missverstanden werden. Hier können unter bestimmten Umständen Rechtsextreme anschließen und ihre Interpretationsmuster plausibel erscheinen lassen.

In strukturschwachen Räumen können diese Zusammenhänge besonderes Gewicht bekommen. Der demographische und ökonomische Wandel hat hier weit reichende Konsequenzen. Vereinfachend und zugespitzt formuliert dominieren Tendenzen einer Zentralisierung und Entmischung mit den Folgen einer Verringerung von wichtigen Elementen der sozialen Infrastruktur: Die Zahl der Unternehmen wird geringer und das Spektrum ihrer Tätigkeit reduziert sich. Die Förderpolitik ist auf die so genannten „Leuchttürme“ ausgerichtet, d.h. wenige erhalten viel. Viele kleine Orte haben ihre Eigenständigkeit verloren und voller Sorge erwartet man die nächste Kommunalreform. Schulen werden zunehmend zentralisiert und die Wege dorthin werden weiter. Der lokale Bezug von Kirchengemeinden verringert sich, da sie zu Großgemeinden fusioniert wurden. Die örtliche Präsenz der Polizei nimmt deutlich wahrnehmbar ab. Und bei den großen Volksparteien fragt man sich, inwiefern sie außerhalb der Städte überhaupt existieren.

Die Feuerwehren aber bleiben. Sie tun, was sie immer taten. Sie gewährleisten den Brandschutz. Sie leben die Feuerwehrkultur. Sie erfüllen gesellschaftliche Funktionen und das in einem anderen Sinne von Politik als dem oben beschriebenen. Das Politische im hier gemeinten Sinne findet statt, wenn gemeinsame Angelegenheiten offen verhandelt werden, wenn die Orientierung dabei auf das Gemeinwohl gerichtet ist, wenn eigene und gemeinsame Interessen erkannt und formuliert werden, wenn sie in einen Debattenzusammenhang eingebracht und dort vertreten und vielleicht durchgesetzt oder vielleicht verändert werden. Politisch in diesem Sinne ist es, wenn Konflikte offen benannt und konstruktiv in kameradschaftlicher Weise bearbeitet werden, wenn also Männer und Frauen der Feuerwehren oder ihre Kameradschaften beschließen, Akteure zu sein,

eine Stimme zu haben und Meinungen zu vertreten, wenn sie die Mühsal des Sachkundigwerdens nicht scheuen und auch nicht die Zumutung des Beratens, Diskutierens und Verständigens – kurz: wenn sie sich also „einmischen in die eigenen Angelegenheiten“.

Das Politische in diesem Sinne ist gelebte Praxis in den Feuerwehren. Das gilt für die Wahrnehmung der Ehrenämter, für die Arbeit im Verband oder in der Ausübung von Mandaten in kommunalen Vertretungsgremien. Das gilt etwa für die langjährige Partnerschaft im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“. Das gilt für Foren demokratisch engagierter Feuerwehrleute. Das gilt gerade in strukturschwachen Regionen für manche junge Feuerwehrleute, die heute in der Feuerwehrarbeit lernen, Verantwortung zu tragen und damit möglicherweise bereitstehen als potentielle „Bürgermeister von morgen“. Nicht zuletzt gilt das für das Geschehen an den Stammtischen der Feuerwehren. Auch dort, also am Rande von Dienstabenden und Ausbildungsdiensten, findet Meinungs- und Willensbildung statt und zwar in „Klartext“.

Das Politische in diesem Sinne stößt auf Hindernisse in den Feuerwehren. Neben dem erwähnten Selbstbild als „Unpolitische“ sind hier weitere Faktoren zu nennen. Abkömmlichkeit und Zeit sind knappe Ressourcen. Hierarchie und Befehlskultur der Einsatzlogik werden hier und da verallgemeinert und als bestimmendes Muster auch in einsatzferne Kommunikationssituationen eingebracht. Die unterschiedlichen Prägungen der Generationen spielen eine Rolle. Feuerwehrleute selbst sprechen davon, es fehle ihnen kommunikatives „Handwerkszeug“.

Das Politische in dem hier gemeinten Sinne gewinnt an Bedeutung sowohl für die Feuerwehren als auch für die Gesellschaft, vor allem auf der kommunalen Ebene. Mit Blick auf die Personal- und Nachwuchslage in den Feuerwehren wird deutlich, dass es sich die Feuerwehren nicht mehr leisten können, auch nur eine Person deshalb zu verlieren oder nicht zu gewinnen oder nicht von den Jugendfeuerwehren zu den Einsatzabteilungen zu übernehmen, weil vielleicht das Klima in der Kameradschaft verschreckte oder Konflikte solange gedeckelt wurden, bis der Pieper wütend auf den Tisch geknallt wurde. Manche Kommune dagegen wird einsehen, dass in Zeiten, in denen der Rückbau von Infrastrukturen erwogen wird, die Feuerwehren das letzte „analoge Netzwerk“ bilden, das über seine Struktur Grenzen hinaus wirkungsmächtig sein kann. Sie wird froh sein, eine Feuerwehr zu unterhalten, die den Brandschutz gewährleistet und darüber hinaus gesellschaftliche Funktionen übernimmt: Verantwortungsbereitschaft, Meinungsbildung, Partizipation, Integration, Inklusion, Jugendarbeit, Qualifikation wie Führungskompetenz oder Teamfähigkeit, Kulturleben, kommunales Selbstverständnis, Heimatpflege und Ortsverbundenheit, Kooperation und Konfliktbearbeitung, Rechtsextremismusprävention, Diskursorientierung. Hierfür sollen die Männer und Frauen in den Feuerwehren nicht noch mehr leisten, als sie es hoch engagiert bereits heute tun. Dies wäre eine wirkliche Überforderung. Aber sie können es bewusster und geklärt tun, selbstverständlicher und selbstbewusster, kompetenter und vernetzter. Nicht mit mehr Zeitaufwand, sondern mit ihrer Motivation als Feuerwehrleute, die um ihre Wirkungen in verschiedenen sozialen Feldern wissen und darüber zu diskutieren gelernt haben.³¹

³¹ Mit dieser Haltung befänden sich die Freiwilligen Feuerwehren in guter Gesellschaft. Unter dem Titel „Bildung ist mehr als Schule“ diskutierten die großen christlichen Kirchen und der Deutsche Olympische Sportbund auf einer Konferenz in Berlin im April 2012 die Bedeutung „nonformaler Bildungsleistungen“, die in Vereinen, in Kirchen und im Sport sowohl für die Persönlichkeitsentwicklung als auch für das gesellschaftliche Miteinander in der Demokratie erbracht werden: „Ohne außerschulische Lernorte funktioniert Gemeinwesen nicht. Bildungskonferenz und Spitzengespräch von Kirche und Sport in Berlin.“ www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/05/nl10_tagungsbericht.pdf, zuletzt eingesehen am 25.5.2012.

„Ohne Blaulicht“

In ihren mitlaufenden sozialen Funktionen sollten die Feuerwehren unterstützt werden. Das Projekt „Ohne Blaulicht“ tut dies. Ein Feuerwehrmann und ein Berater bringen zusammen ihre unterschiedlichen Kompetenzen in das Projekt ein, lernen voneinander und gehen den damit verbundenen Irritationen nicht aus dem Weg – sie werden als produktiv erfahren und erweitern die Zahl der Handlungsoptionen. Die beiden Mitarbeiter verhalten sich innerhalb des Projekts zueinander damit in der gleichen Weise, wie sie es bei den Begegnungen mit ihren Partnern in den Feuerwehren anstreben.

Das Projekt sucht die Freiwilligen Feuerwehren im Land Brandenburg auf und stärkt sie in ihrer Rolle als demokratische Akteure im Gemeinwesen. Dafür knüpft es an die „brennenden Anliegen“ der Feuerwehren an. Das Schlagwort **„brennende Anliegen“** ist mehr als ein Spiel mit Bildern aus der Feuerwehrwelt. Es nimmt die Tatsache ernst, dass Akteure nur dann Veränderungsprozesse entwickeln, wenn sie darin einen Sinn („Motivation“) sehen. Es will der Versuchung widerstehen, Akteure zur oberflächlichen Anpassung an Erwartungen von außen und „oben“ zu drängen. Es zeigt an, dass die Feuerwehren und die Menschen darin für das Projekt nicht „Gegenstände“ einer „zielorientierten“ (erwachsenenpädagogischen, demokratiepädagogischen, methodischen) Bearbeitung sind, sondern mündige Bürgerinnen und Bürger, ehrenamtlich Tätige, Menschen mit begrenztem Zeitfonds und unterschiedlichen Verantwortungsbereichen, Bildungsniveaus und Grundeinstellungen. Ihre „brennenden Anliegen“ beziehen sich auf das Klima in der Kameradschaft, auf das Verhältnis von Feuerwehr und Gemeinde, auf Kooperationsmöglichkeiten mit den „Lokalen Aktionsplänen“ (LAP), auf das Miteinander der Generationen, auf die kritische Auseinandersetzung mit verschiedenen Varianten des Rechtsextremismus, auf die Mediation von Konflikten und auf das Erlernen von „Handwerkszeug“. ³²

Die Bearbeitung der „brennenden Anliegen“ folgt dem **dialogischen Prinzip**. Gefordert ist damit eine Haltung, nach der sich die Partner einer Gesprächssituation bei aller Unterschiedlichkeit als Gleichwürdige auf Augenhöhe begegnen und die Verständigung über ihre Themen in beidseitiger Verantwortlichkeit erfolgt. Es geht um Verständigung und Rückmeldung, um den Austausch von Positionen und ihren Begründungen, um kritisches Denken auch gegenüber den eigenen Ansichten und Annahmen. Damit werden gegenseitiges Lernen und Veränderungen gefördert. Für Beratungssituationen bedeutet das, sowohl systemeigenes Wissen der Feuerwehren einzu-beziehen als auch den externen Blick der Projektmitarbeiter produktiv zu machen. Der externe Blick der (verbandseigenen) Projektmitarbeiter kann hilfreich werden, wenn es gelingt, Sachbezug und Fachlichkeit zu stimulieren, ungewohnte Fragen zu stellen, auftragsbezogene inhaltliche Impulse zu setzen und auch inhaltliche Positionen zu beziehen, Themen und Strukturierungen anzuregen, Abläufe zu moderieren etc.

In den Fortgang der Bearbeitung kann das Projekt dann mit den jeweiligen Partnern gut **abgestimmte Leistungen** einbringen. Sie lassen sich in die Kategorien Beratung, Schulung und Moderation einteilen. Dazu gehören auch Veranstaltungsformate wie Zukunftswerkstätten, Argumentationstrainings oder Gedenkstättenführungen. Sie sind in jedem Fall auf die Situation und Ressourcen der Partner zugeschnitten und sollten im Rahmen des Auftrags thematisch, methodisch und organisatorisch flexibel sein. Gegebenenfalls können sie prozessbegleitend eingesetzt werden.

³² LAP sind ein Format innerhalb des Bundesprogrammes „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Vgl. die Website http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/tfks_lokale_aktionsplaene.html, zuletzt eingesehen am 1.6.2012.

Diese säuberliche Einteilung der Arbeit in einzelne Kategorien ist natürlich etwas abstrakt. Die „Einsätze“ des Projekts können je nach Situation und Möglichkeiten Elemente verschiedener Kategorien enthalten. Eine besondere Rolle spielt dabei der Begriff „**integrierte Bildung**“. Er meint die Bereitschaft, Bildungselemente aus den Feldern der politischen Bildung eingebettet in die Arbeitsbeziehung oder die sonstigen Abläufe bei geeigneten Gelegenheiten einzupassen. Integrierte Bildung setzt die Interventionsberechtigung voraus. Sie reagiert anlassbezogen, verzichtet auf curriculare Vollständigkeit ebenso wie auf die üblichen seminaristischen Arbeitsformen. Integrierte Bildung bringt Anliegen der politischen Bildung dann ins Spiel, wenn dies von den Partnern der Situation nachgefragt wird. Die Erfahrung zeigt, dass sich bei positiver Resonanz weitergehende thematische Veranstaltungen daran anschließen können.

Auf diese Weise werden die „brennenden Anliegen“ der Freiwilligen Feuerwehren und ihre Bearbeitung als **Lerngelegenheiten** für politische Bildung, soziale Kompetenzen und demokratische Haltungen verstanden. Lerneffekte erfolgen dabei auf zwei Ebenen. Zum einen werden konkrete Ergebnisse erzielt, also Klärungen, Verabredungen, Veränderungsschritte etc. Zum anderen werden auf einer zweiten Ebene allgemeinere Erfahrungen gemacht: Wie kann Kommunikation gelingen? Wie können Konflikte konstruktiv bearbeitet werden? Wie können Feuerwehrrolle und Bürgerrolle miteinander verbunden und aufeinander bezogen werden? Wie können rechtsextreme Äußerungen in angemessener Weise thematisiert werden, ohne die kameradschaftliche Beziehung zu zerstören? Wie können auch in einer hierarchischen Struktur demokratische Verständigungen erfolgen, in denen verschiedene Bedürfnisse und Ansichten geachtet und unterschiedliche Fähigkeiten und Ressourcen eingebracht werden? Demokratie wird also nicht besungen, sondern praktiziert. Die dabei gesammelten Erfahrungen können auch auf andere Situationen übertragen werden.

Was anfangs möglicherweise wie ein „Problem“ aussah, erweist sich so als Anlass für **Veränderungsprozesse aus eigener Kraft**, die möglich wurden, weil das jeweilige „Problem“ nicht mehr ausgesessen, sondern angepackt wurde und dafür der „Blick von außen“ zugelassen und Teilhabeprozesse gewagt wurden. Die Veränderungen mögen sich auswirken auf die Kameradschaft der Feuerwehr, auf ihre Rolle in der Kommune, auf die Wirksamkeit des Verbandes, auf das demokratische Klima in der Gesellschaft. Vielleicht rechtfertigen es diese Möglichkeiten, die Feuerwehren mit ergänzenden Schlagworten zu kennzeichnen: Feuerwehr ist auch: „*Bilden, Verständigen und Teilhaben*“.

Kompakt – Entwicklung von Kooperationsformen zwischen Polizei, Kommune und Zivilgesellschaft Stadt Königs Wusterhausen

Projektziele und –aufgaben

Ausgangspunkt der Entwicklung des Projekts war zum einen die Einschätzung, dass rechtsextreme Szenen bzw. Gruppen, die zu diesen Szenen zuzurechnen gewesen wären, sich in den vergangenen Jahren immer weniger auf gewohnte Art und Weise in der Öffentlichkeit trafen. Damit gingen auch Möglichkeiten verloren, junge Menschen aus diesen Gruppen präventiv beispielsweise über Jugendarbeit anzusprechen und erreichen zu können. Zum anderen galt, dass es ein wichtiger Pfad der Intervention sein könne, mit eigenen (präventiven) Angeboten am potentiellen Nachwuchs dieser rechtsextremen Szenen anzusetzen, den personellen Zulauf mindestens punktuell einzugrenzen und somit ein Feld in der wirkungsorientierten Auseinandersetzung mit den erwähnten Szenen zu erschließen. Von diesen Annahmen ausgehend wurde festgestellt, dass unabhängig von den äußerlichen Entwicklungen, entsprechende szenezugehörige oder –affine Jugendliche noch immer im Wirkungsbereich der Polizei oder eben einiger gemeindlicher Verwaltungen anzutreffen sind. Das Projekt sollte eine kooperative Verbindung zwischen der Institution/den Institutionen schaffen, bei denen die relevanten jungen Menschen auftauchen und der Institution, die die Kapazitäten für eine benötigte pädagogische Intervention besitzt. Es wurde eine sehr enge Kooperation zwischen der Polizei, einigen gemeindlichen (Ordnungs-) Behörden und einem Freien Träger der Jugendhilfe entwickelt. Das Projekt startete im damaligen Schutzbereich der Polizei Dahme-Spreewald und wird heute in den Territorien mehrerer Inspektionen der Polizeidirektion Süd umgesetzt. Die Laufzeit des Projekts ist derzeit befristet bis 2013. Die zentralen Ziele des Projekts lassen sich auf den folgenden drei Ebenen darstellen:

- Unterstützung von Kooperationsstrukturen zwischen kommunalen, polizeilichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren
- Entlastung oder Bündelung vorhandener Netzwerke der verschiedenen Akteure in der Arbeit mit rechtsextremen jungen Menschen
- Initiierung neuer Netzwerke in Fällen, bei denen nicht auf vorhandene Strukturen zurückgegriffen werden kann

Arbeitsweisen

Die zentralen Arbeitsweisen des Projekts lassen sich in zwei Säulen abbilden. In der ersten Säule wird der Kontakt zu Einzelfällen rechtsextremer/-orientierter Jugendlicher gesucht. Der Kontakt wird nach einem klar umrissenen Prozedere über Mitarbeiter/innen der Behörden hergestellt. Dabei entscheiden die jungen Menschen bzw. deren Eltern, ob Mitarbeiter/innen des Projekts zu ihnen Kontakt aufnehmen dürfen. Erst nach einer Einwilligung kommt es zum Erstkontakt, bei dem das Projektangebot im Detail dargestellt und das endgültige Einverständnis abgefragt werden. Bei Nichteinwilligung kommt es spätestens hier zum Kontaktabbruch. Anhand dieser

konkreten Fälle werden mit den verschiedenen Akteursgruppen auf die Person zugeschnittene Kooperationskonzepte entwickelt und umgesetzt. Die zweite Säule nimmt die strukturelle Ebene in den Blick. Hier werden in vorhandenen Gremien grundsätzliche Kooperationsmöglichkeiten, gemeinsame Zielkriterien und abgestimmte Vorgehensweisen außerhalb von Ermittlungsverfahren erarbeitet. Die Ergebnisse werden wiederum in der Einzelfallbearbeitung umgesetzt.

Handlungsfelder und Bezüge der Jahre 2012 und 2013

- Einschließlich der derzeit aktiven Fälle sind in den zurückliegenden anderthalb Jahren 16 junge Menschen bzw. deren Eltern und in der gesamten Projektlaufzeit 24 junge Menschen kontaktiert worden. In sechs Fällen haben sich daraus auch intensive Arbeitsbeziehungen zu den Eltern oder Elternteilen entwickelt. Der Kontakt zu Eltern ist zeitlich begrenzt, hält erfahrungsgemäß aber über die akute Betreuungsphase des jungen Menschen hinaus an.
- In der überwiegenden Zahl der Einzelfälle sind kleine Arbeitsrunden unmittelbar betroffener „Bearbeiter/innen“ eingerichtet worden. In insgesamt fünf Fällen entwickelten sich daraus Arbeitsstrukturen, die unter Einbeziehung anderer Akteure aus dem jeweiligen Gemeinwesen eher an der Entwicklung eines gemeinsamen Lagebildes bzw. an grundsätzlich aufeinander abgestimmten Vorgehensweisen gearbeitet haben. In zwei Fällen wurde das Projekt wegen seiner Expertise selbst Akteur in Gremien, in denen es um die Entwicklung eher langfristig und strategisch orientierter Handlungslinien gehen sollte.
- In drei Fällen wurden gemeinsame Weiterbildungen zwischen Jugendarbeitern/innen und Polizisten/innen organisiert bzw. selbst durchgeführt. Dabei wurden Themen wie die Deeskalation von Konflikten, die Lenkung von Situationen durch kommunikative Techniken und bereits erprobter Kooperationsformen zwischen Jugendarbeit und Polizei in anderen EU-Ländern behandelt. In zwei Fällen führte das Projekt Schulungen für Mitarbeiter/innen der Polizei durch.

Kooperationen

Im Verlauf der Umsetzung des Projekts sind verschiedene Kooperationspartner/innen erreicht bzw. auch miteinander in Verbindung gebracht worden. Dabei handelte es sich um folgende Akteure:

- Mitarbeiter/innen der Revierpolizei, der Kriminalpolizei, des Präventionsbereiches, des polizeilichen Staatsschutzes, der MEGA
- Vertreter/innen kommunaler und gemeindlicher Verwaltungen (Ordnungs-, Sozial- und Jugendämter)
- Mitarbeiter/innen der Jobcenter und Arbeitsagenturen
- Lehrer/innen
- Jugendarbeiter/innen
- Jugendliche aus dem Umfeld der Einzelfälle

Die notwendigen Erstkontakte sind dabei beinahe zu gleichen Teilen von der Polizei und der Jugendgerichtshilfe (nach einem ähnlichen Verfahren) ausgegangen. In der gesamten Laufzeit des Projektes erfolgte in insgesamt sechs Fällen der Erstkontakt über Eltern, die Informationen über das Projekt im Internet bzw. von Behördenmitarbeitern/innen bekommen haben.

Fallbeispiel A:

- Kontakt über Staatschutz/Kripo
- Mehrfachauffälligkeit in Bezug auf Delikte
- Organisation von hoher Betreuungsdichte über kooperierende Jugendhilfeträger
- Organisation von Beschäftigungsmöglichkeiten
- Stabilisierung und Aktivierung der Eltern
- Rückmeldung zu eigenen Arbeitsschritten an Polizei
- Gestaltung des Übergangs in JVA, Begleitung in Haft

Fallbeispiel B:

- Kontakt über JuHi-Träger
- Identifizierung von Veränderungspotentialen bei Klienten
- Krisenintervention bei individuellen Notlagen
- Aktivierung des Klienten
- Kontaktpflege und regelmäßiges Controlling

Fallbeispiel C:

- Kontakt über Eltern
- Sondierung des Unterstützungsbedarfs
- Sondierung der Problemlagen und Unterstützungsmöglichkeiten
- Rückfrage an Polizei
- Information der Eltern
- Stabilisierung und Aktivierung der Eltern

Fallbeispiel D:

- Kontakt über JGH
- Aufbau einer belastungsfähigen Beziehung
- Identifizierung individueller Problemlagen und Entwicklungswünsche
- Entwicklung Kooperation mit Jobcenter
- Organisation eines Verhaltenstrainings
- Organisation von Wohnraum
- Kontaktpflege

Aufwände

In einem Fall, dessen Bearbeitung sich über die gesamte Projektlaufzeit erstreckte, mussten von Januar bis Dezember 2012 insgesamt 318 Zeitstunden für die direkte Auseinandersetzung mit dem Jugendlichen, seinen Eltern oder anderen Akteuren aufgebracht werden. Diese Zahl umfasste die Kontaktstunden ohne die entsprechenden Vorbereitungs- oder Evaluationszeiten. Bei den 1, 5 Mitarbeitern/innen des Projekts konnte von einer Gesamtarbeitszeit von 2.160 h ausgegangen werden. Pro Fall wurden also zwischen 60 – 80 h/Quartal bzw. 20 -30 h/Monat anfällig. Daraus und aus den Erfahrungen bezüglich der durchschnittlichen Verweilzeiten von bis zu zwei Jahren an den Einzelfällen und den erfahrenen Intensitäten der Betreuung lässt sich bei der gegebenen Personalstärke ableiten, mit 24 Fällen in zweieinhalb Jahren gut ausgelastet gewesen zu sein.

Effekte

Was funktioniert: Einzelfallarbeit

- Es werden Konkurrenzen zu bislang unantastbaren rechtsextremen Strukturen und Einzelpersonen eingegangen. Diese Konkurrenzen erscheinen zumeist sehr lebendig. Die Szenen halten in der Regel an ihrem Nachwuchs fest.
- Alternative individuelle Bindungsangebote können an den Stellen eröffnet werden, die bislang nicht einmal ausgeleuchtet werden konnten, weil die potentiellen Kandidaten/innen (Einzelfälle) gar nicht als solche erhoben und angesprochen worden sind. Auch deren Bindung an Vertreter/innen der rechtsextremen Szenen erfolgte nicht über bloße Ideologie, sondern über eine individuelle Ansprache durch eine reale Person.
- Den meisten angesprochenen jungen Menschen mussten bestimmte strafrechtliche Relevanzen ihres Tuns (86 a-Delikte, Delikte in Gruppenzusammenhängen und ggf. gemeinschaftlicher Täterschaft, Charakter und potentielle Gefährlichkeit der Milieus und Szenen, in denen sich bewegt wurde) erst vermittelt werden, um Selbstschutz durch eigene Verhaltensweisen oder das Vermeiden bestimmter kritischer Situationen überhaupt zu ermöglichen. Von den unter 14jährigen kannte keiner der erfassten jungen Menschen entsprechende gesetzliche Regelungen oder konnte real Szenen oder Gruppen einschätzen.
- Alle betreuten Jugendlichen (mit zwei Ausnahmen) über 18 Jahre hatten mit komplexen Problemlagen in den Bereichen Konflikte im Elternhaus, Schwierigkeiten in Schule oder Ausbildung, Ausbildungsabbruch oder mehrfacher Arbeitsplatzverlust, Schulden und Beziehungsabbrüchen zu tun. Hier konnte das Projekt über die Bearbeitung von psychosozialen und ökonomischen Problemlagen eindeutig zur „Reduzierung von Negativsaldos“ beitragen.
- Über die eingerichteten und gepflegten Netze von lokalen Akteuren kam es eindeutig zu einer Verstärkung sozialer Kontrolle der Einzelfälle und in manchen Fällen damit direkt zur Reduzierung von Tatgelegenheiten, sofern diese mit einem Agieren der Einzelfälle im öffentlichen Raum zu tun hatten. Letztendlich konnten über diese Netzwerke erfolgreich Informationen verdichtet und „Warnungen“ über potentiell gefährliche Grenzüberschreitungen an die zu betreuenden Personen verbindlicher und zumeist auch nachhaltiger herangetragen werden.
- Vier Jugendliche lehnten den Kontakt mit dem Projekt nach kurzer Zeit ab. Drei dieser Jugendlichen wiesen eine hohe Szeneeinbindung auf. Der vierte Jugendliche begründete seine Entscheidung mit dem ansonsten drohenden Beziehungsverlust in seiner Peergroup. Bei zwei weiteren Jugendlichen muss mittlerweile davon ausgegangen werden, dass sie ihren Weg zurück in ihre Szene gefunden haben.

Was funktioniert: Elternarbeit

- In allen Fällen, bei denen mit den Eltern über ein informatives Gespräch hinaus gearbeitet werden konnte, ist es gelungen, den Eltern einen alternativen Zugang zur Institution Polizei zu eröffnen. Das ging in der Regel einher mit einer Stärkung der Kooperationsbereitschaft in dem Sinne, dass Polizei nicht mehr nur als feindliche Institution betrachtet wurde, vor deren unbarmherzigem Zugriff das eigene Kind zu schützen sei. Vielmehr ist durch den Transfer von benötigten Informationen Polizei als kompetenter Akteur mit einem festumrissenen Auftrag begriffen worden, der eben nicht unmittelbar mit dem betroffenen Kind, sondern mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen zusammenhing. Es gelang auch hier zumeist, die Eltern in der Entwicklung ihrer elterlichen Handlungskompetenz zu unterstützen. Eltern konnten

- motiviert und aktiviert werden, sich in die Auseinandersetzung mit ihren Kindern zu begeben, ohne das Gefühl haben zu müssen, ihre Kinder zu verraten oder einer Institution auszuliefern.
- Darüber hinaus äußerten Eltern beinahe übereinstimmend die Erfahrung, bei den Behörden, mit denen sie bislang zu tun hatten, entweder im Bezug auf die Thematik „Rechtsextremismus“ oder im Hinblick auf den adäquaten Umgang mit ihren eigenen Unsicherheiten in der Auseinandersetzung mit ihrem Kind nicht hinreichend unterstützt worden zu sein. Durch die Möglichkeit, sich den Eltern umfangreich widmen zu können, konnten diese zum einen entlastet werden (Kummerkasten) und zum anderen gelang es in allen Fällen, pragmatische Positionen, Rollenbilder und Verhaltensweisen für den Umgang mit dem Kind im Kontext der Auffälligkeit, also im Kontext des Umgangs mit rechtsextremen Orientierungen und Einstellungen zu entwerfen. Die mögliche Unterstützung ging in zwei Fällen sogar so weit, dass ein Coaching für das Verhalten in ganz konkreten Konfliktsituationen umgesetzt wurde. Damit sind reale Versagensängste reduziert worden, die bei den Eltern entstanden waren, als sie beginnen sollten aktiv und mitunter auch konfrontativ in die Auseinandersetzung mit ihren Sprösslingen einzusteigen, deren Entwicklung sie vermeintlich selbst verschuldet hatten.

Was funktioniert: Gremien- und Gemeinwesenarbeit

- Zunächst ist es als Erfolg zu betrachten, Akteure, die teilweise seit längerem parallel am Thema „Rechtsextremismus“ arbeiteten, in eine direkte und kleinteilige, ergebnisorientierte Kooperation zu bringen. Dabei konnte nicht davon ausgegangen werden, dass diese Akteure (Polizei, Jugendhilfe, kommunale Behörden) sich nicht kannten. Allerdings waren Form und Resultate der wechselseitigen Kooperation oft nur allgemein oder abstrakt.
- Darüber hinaus gelang es, bestehende Netzwerke dadurch zu unterstützen, dass Ressourcen für die Bearbeitung von „Spezialaufgaben“ genutzt werden konnten. Dabei handelte es sich um die Versorgung mit notwendigen Informationen, das Knüpfen von Kontakten aus jeweils anderen Berufs- oder Handlungsfeldern und die Begleitung von kooperativ tätigen Netzwerken aus teilweise vollkommen unterschiedlich motivierten und beauftragten Akteuren.
- Vor allem die Moderationsleistung war zumindest im ersten Laufjahr des Projekts nicht zu unterschätzen weil im Rahmen von „Kompakt“ Akteure zusammenkamen, die teilweise vollkommen unterschiedliche Vorgaben, Arbeitsabläufe, Kommunikationsgewohnheiten und vor allem Vorstellungen vom bzw. Ansprüche an das Funktionieren ihres jeweiligen Gegenübers hatten.

Was funktioniert nicht: Arbeiten ohne Probleme

- Eine „Problemlosigkeit“ der Klientel erschwerte das Ansetzen eines Projektes wie Kompakt. Wenn die Voraussetzung zur verbindlichen Kontraktaufnahme die Freiwilligkeit der Adressaten/innen ist, brauchen diese in der Regel einen konkreten Grund oder mindestens einen Anlass. Dieser Anlass besteht in den seltensten Fällen im eigenen Wunsch, sich kritisch mit rechtsextremen Orientierungen auseinandersetzen zu wollen oder sich von den entsprechenden Szenen und Milieus zu distanzieren. Diese Orientierungen oder Szenen werden in der Regel ja weder als Problem noch als Ursache eines Problems wahrgenommen. Vor allem bei den jüngeren Adressaten/innen war ein Veränderungsdruck anfangs nie vorhanden.
- Die Bearbeitung sozialarbeiterischer Problemlagen schafft Zugänge, Vertrauen und vor allem die grundlegende Interventionsberechtigung zur Hinterfragung der eigenen Einstellungen. Ungeachtet aller aufgeführten Veränderungen bleiben die Wirkungsmechanismen in der

Auseinandersetzung mit den konkreten Adressaten/innen die gleichen. Mittlerweile ist auf der Grundlage aller gesammelten Erfahrungen klar, dass Veränderungen bei den Adressaten/innen, die über das Anpassen von Verhaltensweisen in bestimmten Situationen hinausgehen, in Gruppenzusammenhängen nicht zu erzielen sind. Schon gar nicht, wenn es sich bei diesen Gruppen nicht um beliebige Neigungsgruppen mit einem rechtsextremen Einschlag handelt, sondern um Gruppen mit einer klaren Hegemonie rechtsextremer Einstellungsmomente oder sogar einer Anbindung an Kaderstrukturen. Veränderungen von Motiven und Einstellungen werden auf der individuellen Ebene erzielt. Es bleibt dabei, dass der persönliche und individuelle Kontakt, die Zuwendung zum Einzelnen elementare Grundlage erfolgsorientierten Arbeitens ist. Die Aufnahme einer Beziehung darf allerdings nicht zum Selbstzweck angestrebt werden. Sie ist kein Ziel, sondern Mittel zum Zweck. Ziel muss einerseits die Relativierung oder Veränderung von Einstellungen sein. Andererseits ist dieses Ziel ohne die erwähnte Interventionsberechtigung bei der Klientel des Projekts nicht realistisch zu verfolgen.

Was funktioniert nicht: Arbeiten ohne Peilung

- Der Zugang zu jüngeren Jugendlichen über die beschriebenen Wege ist oft nur möglich, bevor minimalste Aufwertung in rechtsextremen Szenen erfolgt. Diese Aufwertung kann bereits einsetzen, wenn durch Szenevertreter/innen eine wiederholte individuelle Ansprache oder gar die Übertragung kleinster Aufgaben erfolgte. Der Zugang zu älteren Jugendlichen mit Szeneerfahrung gelang im Rahmen des Projekts nur bei Vorliegen individueller Enttäuschungen, die mit den Szenen wenigstens mittelbar in Zusammenhang gebracht werden konnten. Dabei konnte es sich um Konkurrenzen um Beziehungspartner(innen) handeln oder aber auch um die stillschweigende Erkenntnis, dass bestimmte vor allem sozio-ökonomische Problemlagen (Arbeitslosigkeit, Schulden) in der Szene nicht zu klären waren.
- Wir konnten im Verlauf des Projekts eine zunehmende aktive Konkurrenz feststellen. So bald klar war, dass Akteure an den jungen Menschen an der „anderen Seite zerrten“, die deren Einstellungen und Szenekontakte wenigstens im Fokus hatten, wurde auf die jungen Menschen eingewirkt, den Kontakt zum Projekt abubrechen oder wenigstens sehr genau zu beobachten und zu berichten.
- Eine zentrale Erfahrung war, dass es der Kooperation mit problemsensiblen und kooperationsbereiten Partnern/innen bedurfte. Das wurde vor allem dann relevant, wenn außerhalb gängiger Verfahrensweisen von Trägern oder Behörden schnell oder spezifisch gehandelt werden musste (Wohnortverlagerung bei Bedrohungssituationen, Einigung auf Beobachungskriterien, Sensibilität für Äußerungen der jungen Menschen etc.).

Was funktioniert nicht: Arbeiten ohne Zeit

- Die Verweildauer am Einzelfall bzw. in der Familie lag selten unter einem Jahr, in der Regel sogar deutlich darüber (1, 5 Jahre). Das lag u. A. zum einen möglicherweise daran, dass Auseinandersetzungen initiiert werden mussten, an die jahrelang vorher gar nicht zu denken gewesen wäre. Zum anderen ging es um das Anschieben von Ablöseprozessen nicht nur von Einzelpersonen oder Szenen, sondern oft von sozialen oder kulturellen Milieus.
- Eine möglichst langfristige Kontrolle reduziert ein Rückfallrisiko deutlich oder hilft, positiver ausgedrückt, bestimmte Entscheidungsprozesse in ihren Auswirkungen zu stabilisieren. Junge Menschen sowie deren Eltern können in ihren Positionen zunächst wenigstens bestätigt und gestärkt werden.

Was funktioniert nicht: Arbeiten ohne Partner

- Eine Erhebung des Brandenburger Landesverbandes für Mobile Jugendarbeit/Streetwork ergab, dass ca. 75 % der dort vertretenen Träger und Projekt mit zumindest rechtsaffiner Klientel zu tun hätten. Diese Beobachtung hätte auch dem Eindruck des Projekts entsprochen. Allerdings musste im Projektverlauf festgestellt werden, dass die Zahl qualifizierter und vor allem motivierter Fachkräfte im Jugendhilfe-Bereich für direkte und konfrontative Arbeit mit projektrelevanter Klientel eher gering oder wenigstens deutlich ausbaufähig ist. Die fundiertesten Erfahrungen wurden im Streetwork-Bereich und in einigen Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit festgestellt. Im Bereich der Umsetzung von Maßnahmen der Hilfen zur Erziehung war das Kenntnis- und Motivationsniveau deutlich niedriger.
- Vor allem zivilgesellschaftliche Akteure auf kommunaler Ebene müssen in manchen eher ländlichen Gemeinden noch immer damit rechnen, hinter den Kulissen und nach den großen Öffentlichkeitsträchtigen Events als „Nestbeschmutzer“ diffamiert zu werden, wenn sie das Thema „Rechtsextremismus“ offensiv und öffentlich angehen wollen. Dieses Risiko hemmt vor allem diese Gruppe von wertvollen Kooperationspartnern/innen.
- Allgemein wurde ein Rückgang der Bindungskraft des Phänomens „Rechtsextremismus“ für Entwicklung netzwerkabhängiger Kooperationen festgestellt. Das könnte an der langen Zeit, der hohen Intensität und der Kampagnenorientierung liegen, mit der das Thema vor allem in der Öffentlichkeit in den vergangenen beinahe 20 Jahren bearbeitet worden ist. Punktuell musste das Projekt eine Ermüdung von Schlüsselakteuren/innen vor Ort zur Kenntnis nehmen.

Eva Prausner

Licht-Blicke: ElternStärken - Beratung, Vernetzung, Fortbildung zum Thema Familie und Rechtsextremismus

Im Juli 2008 startete das Projekt Licht-Blicke: ElternStärken, pad e.V. in Berlin. Es wird durch den Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration gefördert und ist angeschlossen an das Landesprogramm Demokratie. Vielfalt. Respekt. In Berlin.

Das Projekt hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Erziehungs- und Selbsthilfekompetenzen von Eltern rechtsextrem orientierter bzw. gefährdeter Kinder und Jugendlicher zu stärken. Es unterstützt Eltern bei der Organisation von Selbsthilfe und – wenn gewünscht - zivilgesellschaftlichem Engagement.

Problembewusste Eltern von rechtsextrem orientierten Kindern und Jugendlichen sehen sich dieser Situation häufig ausgeliefert und besonders von seinen Auswirkungen auf das Familiensystem massiv betroffen. Neben der notwendigen *inhaltlichen* Auseinandersetzung mit den Kindern und Jugendlichen geht es für Eltern auch darum, die eigene Rolle im Geschehen, Erziehungsstile, innerfamiliäre Konfliktstrukturen wie auch den eigenen Umgang mit dem Erwachsenwerden der Kinder zu reflektieren. Dies sind Aspekte, die Eltern und Angehörige in Beratungsgesprächen ansprechen und die darauf verweisen, wie bedeutsam die Reflektion familialer Ressourcen für die weitere Entwicklung der Kinder, aber auch für die Stärkung von Eltern sein kann.

Eine besondere Herausforderung besteht darin, Zugänge zu betroffenen Eltern zu schaffen.. Die Hemmschwelle, mit diesem angst- und schambesetzten Thema nach außen zu gehen, ist offenbar hoch. Es suchen sich vorrangig Mütter Unterstützung. In Zukunft wäre es darum ein Ziel, verstärkt auch Väter in diese wichtige Arbeit einzubeziehen. Eltern berichten nicht selten über das Problem, eine Beratung zu diesem speziellen Thema zu erhalten. Schulen und Beratungsstellen sehen sich mitunter nicht zuständig oder auch nicht in der Lage, Eltern mit diesem besonderen Hilfebedarf zu unterstützen.

MultiplikatorInnen verschiedener Fachdienste sind weiterhin in der Position, auch solche Eltern zu erreichen, die für ein offenes Beratungsangebot zum Thema Rechtsextremismus nicht zugänglich sind. Langfristiges Ziel des Projekts ist es darum, solche Fachstellen und Institutionen – Schulen, Beratungsangebote und Einrichtungen der Jugendhilfe (Erziehungs- und Familienberatungsstellen, Familienzentren, Familienhilfe) in den Bezirken thematisch so einzubinden, dass eine sozialräumliche Versorgung möglich wird. Für Fachkräfte aus der Jugendhilfe bietet das Projekt weiterhin Coaching und regelmäßige Fortbildungen an. Mittlerweile gibt es sieben Familien- und Erziehungsberatungsstellen in Berlin, die Eltern rechtsextrem orientierter Kinder beraten.

Dass die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus eine langfristige Aufgabe ist, ist bekannt und gilt gleichermaßen für die Politik wie auch für die betroffenen Familien. Nicht immer ist eine Abkehr der jungen Menschen von rechtsextremen Einstellungen und Szenen ein realistisches Ziel. Oftmals kann aber durch die Unterstützung und Entlastung der Eltern der Kontakt zu den

Kindern wieder verbessert, Situationen geklärt und damit wieder mehr Zugänge zu inhaltlichen Gesprächen geschaffen werden. Eltern können wieder stärker auf Unterstützungsnetzwerke zurückgreifen und sehen sich in ihrer Rolle gestärkt – für Einige bereits ein großer Schritt. Die Erkenntnisse aus der Projektdurchführung von „Licht-Blicke: ElternStärken“ zeigen, dass Eltern und Familie, wenn sie über ein entwickeltes Problembewusstsein verfügen, wichtige Potenziale im Umgang mit dem rechtsextremen Kind mobilisieren können. Die Arbeit der Eltern-Initiative „Eltern gegen Rechts“ hat viele Erkenntnisse über Interventions- und Verhaltensoptionen von Eltern zutage gefördert, die als empirische Basis der Beratungsarbeit genutzt werden können.

Rechtsextrem orientierte Eltern in Jugendhilfe

SozialarbeiterInnen nehmen im Rahmen ihrer Aufträge (Familienhilfe, Einzelfallhilfe, Erziehungsbeistand u.ä.) Eltern wahr, die sich erkennbar dem rechtsextremen Spektrum zuordnen. Wohnzimmer und Kleidung sind mit einschlägiger Symbolik „dekoriert“, Äußerungen lassen auf eine rechtsextreme Gesinnung oder Einbindung in die Szene schließen. Daraus resultieren für viele Fachkräfte – durchaus unabhängig von deren Berufserfahrungen – Unsicherheiten im Umgang mit diesen Wahrnehmungen. Diese beziehen sich auf die folgenden vier Ebenen:

Strafrechtlich Relevantes: Was ist verboten und wie ist auf Verbotenes zu reagieren? (z.B. das Anzeigen von verbotenen Symbolen, Materialien oder Konsequenzen aus der Kenntnis über die Planung verbotener Handlungen).

Die Einschätzung der Gefährdungssituation (Kinder- und Jugendschutz): In welchem Fall liegt eine Kindeswohlgefährdung in rechtsextremen Milieus vor? Greift diese Kategorie überhaupt bei Phänomenen dieser Art?

Die sozialarbeiterische Falldimension: Wie verhält sich das Thema rechtsextreme Orientierung/Inszenierung zum eigentlichen Fall bzw. zum Problemhintergrund der Familie? Wie muss, wie kann, wie sollte reagiert werden? Wann bzw. unter welchen Bedingungen ist eine Intervention sinnvoll, wann nicht? In welcher Beziehung stehen die Wahrnehmungen des Rechtsextremismusproblems zum eigentlichen Auftrag in der Familie?

Die Person des/der Sozialarbeiters/In: Was wird fachlich erwartet und was erwarten Fallarbeitende von sich selbst in dieser Situation? In welcher Weise beeinflussen diese Wahrnehmungen die Arbeit? Wo liegen die eigenen Grenzen? Inwieweit ist das Handeln vom Träger und vom Jugendamt abgesichert?

Welche ethischen und politischen Anforderungen stellen sich hier für Fachkräfte?

Fachkräfte der Familienhilfe befinden sich in einer Dilemma-Situation: Es gilt einerseits die Arbeitsbeziehung zu einer Familie zu sichern und andererseits sich von nationalsozialistischer Symbolik oder Äußerungen abzugrenzen – zwei normative Forderungen von Gewicht. Frau Prof. Dr. Großmaß von der Alice-Salomon Hochschule betont die Notwendigkeit, auch ethische und politische Reflexion in die Arbeit einzubeziehen, denn: eine Fachkraft muss sich - trotz der parteiichen Arbeit mit ihrer KlientInnen - nicht an der *Normalisierung nationalsozialistischer Symbolik* beteiligen. Da Fachkräfte im Auftrag des Jugendamts oder einer öffentlichen Einrichtung tätig sind und einen Bereich des öffentlichen Dienstes repräsentieren, gilt hier die moralisch-politische Zurückweisung dieser Symbole in besonderem Maße. Licht-Blicke stellt für Fachkräfte Material zur

Verfügung und gibt Einschätzungen und Handlungsempfehlungen zu rechtlichen und ethischen Dimensionen und zu der Frage der Kindeswohlgefährdung in rechtsextrem orientierten Familien.

Das Projekt hat zu den wichtigsten Ergebnissen der Projektarbeit Materialien erarbeitet, in denen die Erfahrungen von Eltern aber auch die Perspektive von Fachkräften dokumentiert sind:

- Licht-Blicke „ElternStärken – Rechtsextremismus als Thema in der Jugendhilfe, 2010
- „Eltern gegen Rechts“ (Broschüre der Initiative „Eltern gegen Rechts - Erfahrungen, Wissen und Botschaften einer Elterninitiative“); 2012
- „Rat und Hilfe: Unterstützungsmöglichkeiten für Eltern“ (Leitfaden Elternberatung: Orientierungshilfe für Eltern rechtsextrem orientierter Jugendlicher)

Alle Broschüren zum Download: www.lichtblicke-elternprojekt.de

Initiative „Handeln Statt Wegsehen“ - Antirassistisches Engagement in Betrieben, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Unter dem Titel „Handel[n] verbindet“ startet im Sommer 2013 die neue Kampagne der Initiative „Handeln statt wegsehen“. Die Kampagne ermutigt Betriebe und Berufsschulen, sich im Arbeitsalltag gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu engagieren. Ein Stoffbeutel mit dem Slogan „Rassismus kommt nicht in die Tüte“ ist gefüllt mit Informationsmaterial zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung. Auch rechtliche Möglichkeiten und Handlungstipps für Betriebe, Unternehmen und Berufsschulen finden sich darin. Zudem bietet die Initiative Workshops, Argumentationstrainings und umfangreiche Beratung an. Dank der Finanzierung durch die Landeskommision Berlin gegen Gewalt ist der Beutel kostenlos.

Bereits im Jahr 2008 haben sich der Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V., der ver.di-Bezirk Berlin und der Deutsche Gewerkschaftsbund Bezirk Berlin-Brandenburg in Kooperation mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) zusammengeschlossen, um sich mit „Handeln statt Wegsehen“ im beruflichen Alltag gegen Diskriminierung zu engagieren. Seither wächst die Zahl der Partnerinnen und Partner des Projekts stetig. Ihr gemeinsamer Kodex lautet:

„Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus haben in unserem Betrieb keinen Platz! Wir tolerieren keine diskriminierenden Äußerungen oder körperlichen Angriffe, zum Beispiel wegen Hautfarbe, Religion, Nationalität oder sexueller Orientierung! Wir stehen für Gleichbehandlung und Achtung der Menschenwürde ein!“

Umfangreiche Qualifizierungsmaßnahmen sollen in den teilnehmenden Unternehmen und Verbänden die Sensibilität gegenüber Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung innerhalb der Belegschaft erhöhen. Als Auszeichnung für dieses Engagement erhalten die Betriebe ein hochwertiges Plexiglas-Schild mit dem Projekt-Kodex, das am Firmengebäude angebracht wird. So können die Unternehmen auch nach außen ein deutliches Zeichen setzen und auf ihr vorbildliches Engagement aufmerksam machen.

Auch kleine Betriebe wie Läden, Gaststätten, Imbisse und Kioske können sich ganz einfach an der Aktion beteiligen. Sie erhalten kostenlose Aufkleber für ihre Schaufensterscheiben, die neben dem Kampagnenslogan wahlweise den Spruch „Hausverbot für Rassismus“ oder „Kaufleute gegen Rassismus“ tragen.

Wenn auch Sie gegen rassistische Vorkommnisse in Ihrem Betrieb aktiv werden oder mit einem Workshop präventiv handeln wollen, schreiben Sie uns.

Den kostenlosen Infobeutel erhalten Sie hier:

Handeln statt wegsehen
c/o Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V.
Mehringdamm 48
10961 Berlin
www.handeln-statt-wegsehen.de

Der Verfassungsschutz als Demokratie- dienstleister

„Der Verfassungsschutz muss ein demokratisches Selbstverständnis leben, das von den Grundprinzipien der Transparenz, der Offenheit und der Kooperation geprägt ist.“

Diese Forderung stammt aus einem Bericht des Arbeitskreises IV der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren vom 03.12.2012. Darüber hinaus heißt es:

Als demokratische Institution darf sich der Verfassungsschutz nicht auf die Rolle des nachrichtlichen Beobachters und des Warners vor extremistischen und sicherheitsgefährdenden Bestrebungen zurückziehen. Vielmehr muss er gleichzeitig für die Bürgerinnen und Bürger ansprechbar sein, soll sie informieren und sich auch kritischen Fragen offen stellen. Information und Prävention müssen im Aufgabenprofil ein stärkeres Gewicht bekommen (...)

Diese Anforderungen sind nicht neu. Schon 1974 beschlossen die Innenminister die Öffnung des Verfassungsschutzes. Hierzu sollen in den einzelnen Behörden Organisationseinheiten für die Aufgabe „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ eingerichtet werden, um

... die Öffentlichkeit intensiver als bisher über verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Bestrebungen und ihren ideologischen Hintergrund, sowie über gesetzliche Grundlagen, Aufgaben, Organisation, Arbeitsweise und Problem des Verfassungsschutzes [zu] unterrichten.

Schon zur Zeit des Kalten Krieges – als der Verfassungsschutz wesentlich stärker als heute auf Spionageabwehr ausgerichtet war – wurde gefordert, neben der Informationssteuerung zu extremistischen Bestrebungen auch die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes in der Öffentlichkeit zu thematisieren. Und das hat gute Gründe. Ein Nachrichtendienst befindet sich immer in einem Spannungsfeld. Einerseits soll er möglichst früh vor Gefahren warnen, andererseits werden seine Methoden, wie zum Beispiel das Führen menschlicher Quellen oder der Eingriff in die Telekommunikation, als problematisch wahrgenommen. Hinzu kommt, dass es unumgänglich ist, bestimmte Informationen geheim zu halten. Dies öffnet Vorurteilen und Verschwörungstheorien Tür und Tor.

Das Bild des Verfassungsschutzes wird auch von Praktiken anderer Nachrichtendienste geprägt. Schließlich gibt es Regierungen, die Nachrichtendienste dazu nutzen, ihre Bürger zu kontrollieren und Freiheitsrechte zu unterdrücken. Gerade in den neuen Bundesländern schwingen bei dem Begriff Nachrichtendienst unangenehme Erinnerungen an die DDR-Vergangenheit mit. Doch eine Demokratie funktioniert anders: Hier sind die Zielsetzungen von Nachrichtendiensten und Zivilgesellschaft identisch.

Der Verfassungsschutz ist ein Instrument, das die Gesellschaft für die wehrhafte Demokratie nutzen soll. Er beobachtet Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, und zwar im Vorfeld der Strafrechtlichkeit. Der Verfassungsschutz ist somit

ein Frühwarnsystem. Idealerweise warnt er, sobald sich Gegner der Demokratie formieren. Dazu erhebt der Verfassungsschutz Informationen und steuert sie an Bedarfsträger. Als Behörde ohne exekutive Befugnisse ist er darauf angewiesen, relevante Informationen so zu steuern, dass sie Wirksamkeit entfalten. Entsprechend muss der Verfassungsschutz wissen, wo die Bedürfnisse von Verwaltung und Zivilgesellschaft liegen. Will er die Gesellschaft gegen extremistische Strömungen immunisieren, ist er auf einen offenen Diskurs mit ihr angewiesen. Dazu gehören nicht nur das Darlegen von Strukturen und Zielen extremistischer Bestrebungen, sondern auch Arbeitsweise und Befugnisse der Behörde selbst. Mit anderen Worten: Der Zivilgesellschaft muss die Gebrauchsanweisung für den Verfassungsschutz mitgeliefert werden.

Seit Bekanntwerden der NSU-Morde wird die Rolle des Verfassungsschutzes in der Öffentlichkeit massiv diskutiert. Teils wird seine Abschaffung gefordert, teils die Einschränkung seiner Kompetenzen oder die Zusammenlegung der Landesämter mit dem Bundesamt. Diese Debatte ist sinnvoll und richtig. Das heutige Praxisseminar erhebt nicht den Anspruch, all diese Dinge zu erörtern oder gar Lösungen zu finden. Es zeigt lediglich den Weg, den Brandenburg gewählt hat, um seiner Funktion als Demokratiedienstleister bestmöglich nachzukommen.

Im März 2012 gab es in der brandenburgischen Hauptstadt Potsdam ein Experiment. Eingeladen hatte die Landeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz. Es sollte gestritten werden, wie weit die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes gehen soll oder darf. Diskutanten waren Dr. Hartwig Möller und Dr. Michael Kohlstruck, beides Spezialisten, die jedoch die Rolle des Verfassungsschutzes mit gänzlich unterschiedlichen Augen betrachten.

Dr. Hartwig Möller, der ehemalige Leiter der Verfassungsschutzbehörde NRW, sagte: *Die Aufklärungsarbeit des Verfassungsschutzes ist rechtlich nicht zu beanstanden. (...) Der seit 1974 auf Aufforderung des Deutschen Bundestages konzipierte „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ wurde ständig weiterentwickelt und entspricht in seiner neueren dialogorientierten Öffentlichkeitsarbeit der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes in besonderem Maße.*

Dr. Michael Kohlstruck hielt so dagegen: *Der administrative Verfassungsschutz ist ein Fremdkörper in einer offenen, pluralen, auf Transparenz und rationalen Diskurs unter Gleichen ausgerichteten Zivilgesellschaft. (...) Er hat keinen Bildungsauftrag. Er darf als Nachrichtendienst und wegen seiner repressiven Praxis nicht zugleich als Bildungsakteur anerkannt werden.*

Auch wenn hier eine juristische Position gegen eine politologische steht, wird augenfällig, dass hinsichtlich der Rolle des Verfassungsschutzes in der Öffentlichkeit kein klarer Konsens besteht. Betrachten wir zunächst die gesetzlichen Grundlagen. Als Institution ist der Verfassungsschutz im Grundgesetz verankert. In Artikel 87 steht: *„Durch bundeseigenes Gesetz können ... Zentralstellen ... zur Sammlung von Unterlagen für den Zweck des Verfassungsschutzes ... eingerichtet werden.“* In der Bundesrepublik Deutschland gibt es insgesamt 17 Verfassungsschutzbehörden. Jedes Bundesland unterhält eine auf Grundlage eines eigenen Verfassungsschutzgesetzes. Ebenso der Bund, wobei dem Bundesamt für Verfassungsschutz daneben koordinierende Funktionen zukommen. In §3 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes heißt es: *„Zur Erfüllung ihres Auftrages sammelt die Verfassungsschutzbehörde Informationen (...), über Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (...) gerichtet sind ...“.* Und in §5: *„Die Verfassungsschutzbehörde informiert die Öffentlichkeit in zusammenfassenden Berichten über Bestrebungen und Tätigkeiten im Sinne von § 3 Abs. 1. Sie unterrichtet jährlich die Öffentlichkeit über die Summe ihrer Haushaltsmittel und die Gesamtzahl der Bediensteten.“*

Obwohl die Verfassungsschutzgesetze in den einzelnen Ländern kaum variieren, kann die Auslegung in den Ländern äußerst unterschiedlich ausfallen. Aufklärungsarbeit kann sich auf die jährliche Veröffentlichung eines mehr oder weniger umfangreichen Jahresberichtes beschränken, oder auch Vieles mehr umfassen.

Seit einigen Jahren hat der Verfassungsschutz Brandenburg seine strategische Kooperation immer weiter ausgebaut. Mitarbeiter des Verfassungsschutzes führen Informationsveranstaltungen für Lehrer und Schüler durch. Immer wieder wird der Vorwurf erhoben, Verfassungsschutzbehörden würden in Schulen politische Bildungsarbeit leisten. Doch das ist unzutreffend. Der Verfassungsschutz hat nur einen Informationsauftrag. Nicht mehr und nicht weniger. Er enttarnt Werbestrategien von Extremisten und sensibilisiert für die damit verbundenen Gefahren. Gerade weil Rechtsextremisten es auf das Freizeitverhalten von Jugendlichen abgesehen haben, ist dies auch an Schulen so wichtig. Darüber hinaus präsentiert sich der Verfassungsschutz mit seinen Zuständigkeiten und Grenzen und legt dar, welchen Auftrag er für die demokratische Gesellschaft erfüllt.

Gesicht zeigen und in einen gemeinsamen Diskurs über die Feinde der Demokratie eintreten, ist die beste Form der Prävention. Dazu müssen Mitarbeiter des Verfassungsschutzes ihren Schreibtisch verlassen. Sie müssen auf die Zivilgesellschaft zugehen. Je mehr die Zivilgesellschaft über den Verfassungsschutz weiß, desto eher wird sie ihn als Kommunikationspartner akzeptieren.

Enge Kooperation besteht auch mit der Feuerwehr. Jugendwarte werden durch Informationsveranstaltungen für rechtsextremistische Werbestrategien und Radikalisierungsprozesse sensibilisiert. Mit Infotischen sind Mitarbeiter des Verfassungsschutzes zusätzlich bei Veranstaltungen der Feuerwehr und auch bei Volksfesten präsent. Sie sind ansprechbar, beraten vor Ort und stellen geeignetes Informationsmaterial zur Verfügung. Der Bürger muss also nicht zum Verfassungsschutz kommen, sondern der Verfassungsschutz kommt zu den Bürgern. Für solche Einsätze wurde ein Infomobil angeschafft. Seit dem Jahr 2010 kam es achtundsechzigmal zum Einsatz. Bislang ist das brandenburgische Infomobil das einzige in Deutschland.

Auch bei den Mitarbeitern der Verwaltung selbst besteht ein hoher Bedarf an den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes. In Kooperation mit dem Landkreistag, dem Städte- und Gemeindebund, dem „Toleranten Brandenburg“, dem brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung, dem Landsjugendamt und der brandenburgischen Kommunalakademie sowie der Fachhochschule der Polizei wurden Informationsveranstaltungen konzipiert, die eng auf Informationsbedürfnisse der Verwaltung zugeschnitten sind. Die Kooperationspartnerschaft besteht seit 2008. Damals stand Brandenburg vor der Kommunalwahl. Die DVU war mit fünf Abgeordneten im Landtag vertreten. Wahlkampf rechtsextremistischer Parteien stellt Mitarbeiter von Polizei- und Ordnungsbehörden immer wieder vor besondere Herausforderungen. Der Wunsch der Gesellschaft, Rechtsextremisten keinen Raum zuzubilligen, steht gegen die im Grundgesetz verbrieftene Chancengleichheit der Parteien. Eine konsequente Anwendung des Ordnungs- und Eingriffsrechts kann diesem Problem begegnen. Das dazu nötige Instrumentarium wurde in Informationsveranstaltungen vermittelt. 2009 wurde eine ähnliche Veranstaltungsreihe vor den Landtagswahlen durchgeführt. Weitere Themen waren: Umgang mit rechtsextremistischen Mandatsträgern in der öffentlichen Verwaltung (2009), Umgang mit rechtsextremistischen Anfragen und Anträgen in kommunalen Vertretungen (2010), Rechtsextremismus im öffentlichen Dienst (2011), Rechtsextremismus und die Herausforderung an die Jugendarbeit (2011), rechtsextremistische Reichsbürgeraktivitäten (2012) und in diesem Jahr rechtsextremistische Parteien und die Wechselwirkungen mit den Neonationalsozialisten. Bislang nahmen an 31 Veranstaltungstagen rund 1300 Interessierte teil. Einen Blick über den Tellerrand bieten Fachtagungen. Hier wird eine vertiefte Sicht auf Spe-

zialthemen geboten. Gäste anderer Sicherheitsbehörden, aus der Wissenschaft und von zivilgesellschaftlichen Einrichtungen referieren und diskutieren hier in einer Tiefe über aktuelle Themen, welche im Behördenalltag nicht erreicht werden kann. Um die Ergebnisse möglichst breit zu streuen, werden die Vorträge im Nachgang publiziert und sind als Broschüre, als PDF-Datei und als eBook zu haben. Die Themen sind vielfältig. Letztes Jahr wurden die Finanzströme im Rechtsextremismus diskutiert, im Jahr zuvor setzten sich Spezialisten mit extremistischer Musikkultur unter dem Titel „Kultur des Hasses“ auseinander. 2011 widmeten wir uns dem Thema „Schwarze Blöcke von Rechts und Links“ und griffen so den Trend der Rechtsextremisten auf, sich von Linksextremisten Demonstrationstaktiken anzueignen.

Doch nicht nur bei der Prävention gegen Rechtsextremismus ist Brandenburg sehr aktiv. In den Jahren 2009 bis 2011 wurden umfangreiche Maßnahmen zur Sensibilisierung im Bereich des islamistischen Extremismus vorgenommen. Seit dem Anschlagsversuch der Kofferbomber von 2006 und der Verhaftung der „Sauerlandgruppe“ 2007 ist deutlich geworden, dass sich Vorbereitungshandlungen für Anschläge sehr wohl in ländlichen Gegenden abspielen können. Solche Handlungen sind auch für ein Land wie Brandenburg nicht auszuschließen. Dazu kommt die stetig wachsende Bedeutung des Internets. Hier findet die Verbreitung islamistisch-extremistischer Ideologie gänzlich losgelöst von bekannten islamistischen Hotspots statt. Islamistische Extremisten erscheinen so zunächst nicht auf dem Schirm der Sicherheitsbehörden. Wenn eine Radikalisierung überhaupt wahrnehmbar ist, dann eher durch das unmittelbare persönliche Umfeld. Vor diesem Hintergrund führte der Verfassungsschutz 19 ganztägige Veranstaltungen unter dem Titel: „Regionale Sicherheitsdialoge – Integration, Radikalisierung und islamistischer Extremismus“ durch. Da hier Interessen von Minderheiten berührt waren, fanden die Sicherheitsdialoge in Kooperation mit der Landesintegrationsbeauftragten statt. Die Veranstaltungen waren gut besucht und die Evaluierung zeigte, dass auch in Brandenburg ein hoher Informationsbedarf zu diesem Thema besteht. Über 900 Interessierte nahmen an diesen Veranstaltungen teil.

Die Entwicklungen im islamistischen Extremismus verlaufen rasant. Die Klientel ist wesentlich jünger geworden. Zudem zielen Werber, ähnlich wie im Rechtsextremismus, auf das Freizeitverhalten Jugendlicher ab. Noch komplexer wird der Phänomenbereich durch das Auftauchen sogenannter „Einsamer Wölfe“, die gänzlich unabhängig agieren. Arid Uka, der am Flughafen Frankfurt am Main amerikanische Soldaten erschoss, ist ein Beispiel dafür. Er hatte sich über einschlägige Websites radikalisiert und agierte aus der Annahme, ein Vergewaltigungsvideo gesehen zu haben. Tatsächlich war es jedoch ein Ausschnitt aus einem amerikanischen Spielfilm.

Islamfeindlichkeit ist in den letzten Jahren verstärkt in den Vordergrund getreten und hat auch Brandenburg erreicht. In Anbetracht der neuen Entwicklungen wurden 2013 die „zweiten regionalen Sicherheitsdialoge - Integration, Fremdenfeindlichkeit und islamistischer Extremismus“ ins Leben gerufen. Erneut in Kooperation mit der Integrationsbeauftragten fanden vier ganztägige Veranstaltungen statt, die über die neuen Entwicklungen aufklärten. 320 Personen nahmen teil.

Der brandenburgische Verfassungsschutz hat erkannt, dass seine Qualität als Demokratiedienstleister vom Grad seiner Vernetzung und Akzeptanz abhängt. Je offener ein Verfassungsschutz agiert, desto mehr Wirksamkeit kann er entfalten. Durch Informationsbeschaffung weit im Vorfeld, kann er Tendenzen in den extremistischen Phänomenbereichen prognostizieren, zeitnah entsprechende Instrumentarien entwickeln und weitergeben. Dabei ist Prävention ein dynamischer Prozess. Entwicklungen in Phänomenbereichen stellen Behörden und Zivilgesellschaft immer wieder vor neue Herausforderungen. Hier muss von allen Seiten unverzüglich reagiert werden. Dies kann nur nachhaltig zum Erfolg führen, wenn Verfassungsschutz und Zivilgesellschaft

in einen kontinuierlichen offenen Dialog treten. Der Verfassungsschutz ist nicht wie eingangs zitiert *„ein Fremdkörper in der demokratischen Gesellschaft“, sondern ein Teil von ihr. Und kein Gegensatz zu einer „offenen, pluralen, auf Transparenz und rationalen Diskurs ausgerichteten Zivilgesellschaft“, sondern deren Partner.*

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Dr. Michael Kohlstruck

Politikwissenschaftler,
Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zentrum
für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin
E-Mail: michael.kohlstruck@tu-berlin.de

Dr. Christoph Kopke

Moses Mendelssohn Zentrum
für europäisch-jüdische Studien (MMZ)
E-Mail: kopke@uni-potsdam.de

Sabine Kritter

Initiative „Handeln Statt Wegsehen“ - Antirassistisches Engagement in Betrieben, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)
E-Mail: info@mbr-berlin.de

Eva Prausner

pad e.V. Geschäftsstelle, Berlin
E-Mail: post@licht-blicke.org

Sascha Quäck

Stiftung SPI, Niederlassung Brandenburg
E-Mail: quaeck@stiftung-spi.de

Gebhard Schultz

Moses Mendelssohn Zentrum
für europäisch-jüdische Studien (MMZ)
E-Mail: geschult@uni-potsdam.de

Andreas Statzkowski

Vorsitzender der Landeskommision Berlin gegen Gewalt,
Staatssekretär für Sport und Verwaltung
E-Mail: andreas.statzkowski@seninnsport.berlin.de

Uwe Steinbeiß

Landesfeuerwehrverband Brandenburg e.V.
E-Mail: uwe.steinbeiss@lfv-bb.de

Prof. Dr. Dietmar Sturzbecher

Institut für angewandte Familien-, Kindheits-
und Jugendforschung (IFK) e.V.
an der Universität Potsdam
E-Mail: dietmar@sturzbecher.de

Jana Voigt

Institut für angewandte Familien-, Kindheits-
und Jugendforschung (IFK) e.V.
an der Universität Potsdam
E-Mail: jana.voigt@ifk-vehlefanzenz.de

Thomas Weidlich

Landesfeuerwehrverband Brandenburg e.V.
E-Mail: thomas.weidlich@lfv-bb.de

Dr. Silke Wolf

Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
Verfassungsschutzabteilung
E-Mail: silke.wolf@mi.brandenburg.de

Rudolf Zeeb

Staatssekretär im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
E-Mail: poststelle@mi.brandenburg.de

Veröffentlichungen der Landeskommision Berlin gegen Gewalt

Broschüren und Papiere

Berliner Modell: Kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention, 1996
Aktionsplan Graffiti - Fortschreibung, 1997
Schüler- und Elternbrief Graffiti, 1997
Aktionsplan Hilfen für wohnungslose Frauen, 1998
Psychische Krankheit bei wohnungslosen Frauen, 1998 Ein ergänzender Beitrag zum Aktionsplan Hilfen für wohnungslose Frauen
Antidiskriminierungsregelungen in den Bundesländern, 1998
Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Berlin, 1999
Handreichung für Schule und Jugendhilfe zum Umgang mit Schuldistanz, 2003
Häusliche Gewalt: Präventive Ansätze auf bezirklicher Ebene – Projekte, Maßnahmen, Aktivitäten, Initiativen, Strukturen, 2003
Adressen gegen Gewalt, 2009
Empfehlungen der von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt eingesetzten Arbeitsgruppe „Schuldistanz“ zum Umgang mit Schuldistanz, 2004
Möglichkeiten für Gewalt- und Kriminalitätsprävention in der Berliner Schule – Informationspaket, 2005
Gewalt der Sprache – Sprache der Gewalt, Prof. Dr. Sybille Krämer, 2005
Integration von Migrantinnen und Migranten – Dokumentation des Open Space am 26. / 27.09.2006 der Landeskommision Berlin gegen Gewalt und der Friedrich – Ebert – Stiftung, 2006
Sexuelle Gewalt – Entwicklung und Standortbestimmung eines facettenreichen Themas des Kinder- und Frauenschutzes, Prof. Dr. Barbara Kavemann, 2007
Sexuelle Gewalt – Wo stehen wir heute? Ein Überblick über die Zugänge zu Vergewaltigung und sexueller Gewalt in Großbritannien, Prof. Liz Kelly, 2008
Schreibwettbewerb der Landeskommision Berlin gegen Gewalt für alle Berliner Schulen zum Thema „Das ist mir fremd. Das war mir fremd. Das kenne ich. Die Suche nach Wegen zur interkulturellen Verständigung“ – Die Texte der Preisträgerinnen und Preisträger, 2007

Flyer

Flyer: Elterinformation „Null Bock auf Schule“ zum Thema Schuldistanz, 2003 Deutsch, Russisch, Türkisch, Arabisch
Flyer: Elterninformation zum Thema: Was tun, wenn Ihr Kind erstmals beim Ladendiebstahl erwischt wurde?, 2004 Deutsch, Türkisch, Russisch, Polnisch, Arabisch, Serbo – Kroatisch
Elternflyer: Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter, 2006

Plakate

Siegerplakat des Wettbewerbs zum Thema „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus“, 2004
Siegerplakat des Wettbewerbs für ein respektvolles Miteinander gegen Rechtsextremismus mit dem Titel: „Intoleranz betäubt die Sinne“, 2008
Siegerplakat des Kunstwettbewerbes „Welche Farbe hat deine Toleranz?“, 2011

Hefte aus der Reihe

Berliner Forum Gewaltprävention (BFG)

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 1, 1999 Schwerpunkt: Kommunale Prävention in Berlin
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 2, 2000 Schwerpunkt: Gewaltprävention in der Schule Teil I
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 3, 2000 „Kriminalität, Gewalt und Gewalterfahrungen von Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft in Berlin“ - Dokumentation eines Erfahrungsaustausches
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 4, 2001 Dokumentation des 1. Berliner Präventionstages am 8.11.2000 Schwerpunkte: Kommunale Prävention in Berlin, Schule – Jugend – Gewalt, Beteiligung von Gewerbe und Einzelhandel an der Präventionsarbeit, Beteiligung von Wohnungsbaugesellschaften an der Präventionsarbeit, Beteiligung ethnischer, kultureller und religiöser Minderheiten, Prävention und Polizei, Gewalt gegen Frauen und Mädchen
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 5, 2001 Dokumentation der Tagung „Wer ist fremd?“ am 6.7.2000 Schwerpunkt: Binationalität
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 6, 2001 Dokumentation der Tagung „Kooperation von Jugendhilfe, Polizei und Justiz – Projekte und Standpunkte“ am 23. und 24.11.2000
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 7, 2001 Schwerpunkt: Gewaltprävention in der Schule Teil 2
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 8, 2001 Schwerpunkt: Rechtsextremismus
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 9, 2002 Dokumentation des 2. Berliner Präventionstages am 10.10.2001 Schwerpunkte: Männliche Sozialisation und Gewalt, Rechtsextremismus, Beteiligung – Vernetzung und Prävention, Justiz als Partner in der Prävention, Sport und Gewaltprävention, Kooperation von Polizei und Schule
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 10, 2002 Schwerpunkt: Häusliche Gewalt

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 11, 2003 Dokumentation des 3. Berliner Präventionstages am 14.11.2002 Schwerpunkte: Gewalt in der Erziehung, Kommunale Gewalt- und Kriminalitätsprävention, Männliche Sozialisation und Gewalt, Soziales Lernen in der Schule, Häusliche Gewalt, Rechtsextremismus, Antiaggressionstraining
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 12, 2003 Kriminalitätsoffer
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 13, 2003 Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter – Eine Elterninformation
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 14, 2004 Schuldistanz
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 15, 2004 10 Jahre Landeskommision Berlin gegen Gewalt
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 16, 2004 Dokumentation des 4. Berliner Präventionstages am 13.11.03 Schwerpunkte: Prävention und Wirtschaft, Gewalt in der Erziehung, Ressourcen für die Gewaltprävention, Opfer von Rechtsextremismus, Streitschlichtung im Stadtteil, PiT – Prävention im Team, Jugendrechtshäuser und Rechtspädagogik
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 17, 2004 Dokumentation eines Workshops zur Jugenddelinquenz – Entwicklungen und Handlungsstrategien vom 29.04. bis 30.04.2004
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 18, 2004 Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus – Programme, Maßnahmen, Projekte
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 19, 2005 Dokumentation der Konferenz der Friedrich – Ebert – Stiftung und der Landeskommision Berlin gegen Gewalt „Erziehen für’s Leben – Eltern in der Verantwortung“ am 30.11.2004, Schwerpunkt: Elternkurse
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 20, 2005 Dokumentation der Fachtagung „Engagement erwünscht! Konsequenzen aus Berliner Bezirksstudien und Lokalen Aktionsplänen für Demokratie und Toleranz“ am 23.11.2004 in der Friedrich – Ebert – Stiftung Schwerpunkt: Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 21, 2005 Dokumentation des 5. Berliner Präventionstages am 3.11.2004 Schwerpunkte: Gewalt der Sprache, Antisemitismus, Prävention und Medien, Intensivtäter, Präventionsräte für alle Berliner Bezirke?, Communities von Bürger/innen nichtdeutscher Herkunft und Gewaltprävention, Prävention im Internet
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 22, 2005 Soziales Lernen in der Berliner Schule – Grundlagen, in Unterricht und Schulleben, Lernprogramme
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 23, 2005 Plakatwettbewerb der Landeskommision Berlin gegen Gewalt „Die Opfer von rechter Gewalt brauchen Unterstützung“

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 24, 2006 Dokumentation des 6. Berliner Präventionstages am 24.11.2005 Männliche Sozialisation und Gewalt
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 25, 2006 Dokumentation der Tagung „Häusliche Gewalt gegen Migrantinnen“ am 22.2.2006
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 26, 2006 Intensivtäter Teil I – Ergebnisse der Analyse von Intensivtäterakten der Staatsanwaltschaft Berlin
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 27, 2007 Dokumentation der Fachtagung „Das jugendliche Opfer“ vom 28.9.2006
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 28, 2007 Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin – Bericht und Empfehlungen einer von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt eingesetzten Arbeitsgruppe
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 29, 2007 Dokumentation des 7. Berliner Präventionstages am 1.11.2006 Psychische Gewalt
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 30, 2007 Berliner Projekte gegen Rechtsextremismus – Forschungsbericht des Zentrums für Antisemitismusforschung, Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus an der TU Berlin
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 31, 2007 Schreibwettbewerb der Landeskommision Berlin gegen Gewalt – „Das ist mir fremd. Das war mir fremd. Das kenne ich. Die Suche nach Wegen zur interkulturellen Verständigung“
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 32, 2007 Dokumentation der Tagung „Männliche Sozialisation und Gewalt – Geschlechtsbewusste Arbeit mit Jungen: Kita, Schule, Jugendhilfe, Familie, Sport“ am 29. und 30.08.2006
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 33, 2007 Intensivtäter in Berlin - Teil II – Ergebnisse der Befragung von Intensivtätern sowie der Auswertung ihrer Schulakten
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 34, 2007 SCHLAGWORT Integration – Junge Zuwanderer und Gewalt in Berlin Dokumentation der Tagung am 27. und 28.8.2007 Gewalt von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund in Berlin
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 35, 2008 Dokumentation des 8. Berliner Präventionstages am 31.10.2007 Schwerpunkte: In Würde aufwachsen (Prof. Dr. Klaus Hurrelmann), Stärkung von Erziehungskompetenzen, Frühe Hilfen, Zusammenarbeit von Eltern und Schule, Erziehungspartnerschaften, Koordinierter Kinderschutz
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 36, 2009 Dokumentation des 9. Berliner Präventionstages am 14.10.2008 Kinder- und Jugenddelinquenz
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 37, 2009 Plakatwettbewerb der Landeskommision Berlin gegen Gewalt für ein respektvolles Miteinander gegen Rechtsextremismus „Vielfalt entdecken. Neugier empfinden. Zusammenhalt stärken. Mach mit!“

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 38, 2009 Dokumentation der Veranstaltung „Jugendgewalt: Was leisten Trainings, Kurse und Seminare“ am 7.10.2008
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 39, 2009 Was tun gegen rechte Gewalt? Forschungsbericht der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zentrum für Antisemitismusforschung, September 2009
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 40, 2010 Schnittstellenanalyse zum Themenkomplex Sexuelle Gewalt
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 41, 2010 Dokumentation des 10. Berliner Präventionstages am 10.11.2009 Evaluation und Qualitätsentwicklung in der Gewalt- und Kriminalitätsprävention
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 42, 2010 Analyse der Gewalt am 1. Mai 2009 in Berlin
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 43, 2010 Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von Modellprojekten der Landeskommision Berlin gegen Gewalt zur Steigerung der Erziehungskompetenz von Eltern mit Migrationshintergrund und zur Steigerung der Konfliktlösungskompetenz von männlichen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 44, 2011 „Intensivtäter“ in Berlin Teil III Haftverläufe und Ausblicke auf die Legalbewährung junger Mehrfachtäter
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 45, 2011 Jugendliche als Täter und Opfer von Gewalt in Berlin
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 46, 2012 Dokumentation des 11. Berliner Präventionstages vom 03.11.2011 „Brücken bauen – Respekt fördern – Vielfalt gestalten“
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 47, 2012 Die Praxis von Vorurteils- und Gewaltprävention in zwei Berliner Quartieren - Forschungsbericht der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zentrum für Antisemitismusforschung
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 48, 2013 Dokumentation des 12. Berliner Präventionstages vom 16. Oktober 2012 „Schöne neue Welt – total vernetzt! Fluch oder Segen?“
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 49, 2013 Dokumentation des Berlin-Brandenburger „Fachtages gegen Rechtsextremismus/Kommunale Netzwerke, Beratung, Bildung und Aufklärung“ am 12. Juni 2013 in der Staatskanzlei Potsdam

Alle Veröffentlichungen der Landeskommision Berlin gegen Gewalt können unter www.berlin-gegen-gewalt.de herunter geladen werden oder bestellt werden bei der

Landeskommision Berlin gegen Gewalt
Klosterstr. 47, 10179 Berlin
Tel.: 90223 2913, Fax: 90223 2921

